Nr. 230. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1806.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 1. Oktober 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Rußland in Ostasien.

Noch sind die Friedensklänge nicht verstummt, zu welchen die am 24. August von Murawiew den fremden Gesandten in Petersburg überreichte Einladung zum Friedenskongreß unsere rührselige liberal-bürgerliche Journalistik begeistert hat, und schon läßt die russische Diplomatie ihrem gleicherweise auf die Herzenseinfalt, wie Vergeßlichkeit des lieben großen Publikums berechneten ersten Trick einen zweiten folgen, der nicht nur den Werth des Friedensmanifestes recht drastisch illustrirt, sondern zugleich auch einen neuen Beleg für die Skrupellosigkeit liefert, mit der die russische Diplomatie in Ostasien ihre Ziele verfolgt. Denn daß die dieser Tage vom Telegraph gemeldete Absetzung des chinesischen Kaisers und die Uebernahme der Regierung durch die Kaiserin-Wittwe auf Machinationen der russischen Vertretung in Peking zurückzuführen ist, die den seit längerer Zeit zwischen dem schwächlichen jungen Kaiser und der Exregentin bestehenden Zwiespalt geschickt für ihre Zwecke auszunutzen gewußt hat, das ist so zweifellos, daß diesmal selbst jener Theil der deutschen Presse die russische Mache zugiebt, der, als vor einigen Wochen die Friedenskundgebung des Zaren erschien, sich in den kindischsten Illusionen wiegte.

Rußland befindet sich zur Zeit in Ostasien in einem Stadium der Vorbereitungen auf den unvermeidlichen Entscheidungskampf, den es dort mit England um die Herrschaft auszufechten haben wird. Dank der Rückgratlosigkeit der englischen Politik ist es ihm möglich gewesen, ein größeres Gebiet in seine Machtsphäre einzubeziehen, als seinen wirklichen Machtmitteln entspricht, und es muß nun vor allem darauf sehen, die erlangte Position zu befestigen und auszubauen. Vorläufig steckt die Erweiterung seiner Flotte, für die durch eine Verfügung des friedliebenden Zaren kürzlich 90 Mill. Rubel ausgesetzt sind, noch in den Anfängen. Die Befestigung von Port Arthur ist kaum halb fertig und von dem geplanten Eisenbahnnetz, durch das die Tientsin-Niutschwang-Linie mit Port Arthur, sowie mit der transsibirischen und der Ussuri-Bahn verbunden werden soll, sind bisher nur einzelne unzusammenhängende Strecken ausgebaut, so daß heute im Falle eines Krieges mit England nur sehr schwer eine halbwegs genügende Verbindung zwischen Nordchina und dem immer mehr zu einer Militärkolonie gewordenen Ussuri-Gebiet hergestellt werden könnte.

Hinzu kommt noch, daß es um Rußlands Finanzlage zur Zeit recht mißlich bestellt ist und daß man, wie sich jetzt herausstellt, die Kosten der mandschurischen Linie bei weitem unterschätzt hat. Die Zufuhr der Holzmaterialien, die von den Lagerungsplätzen am Amur und Sungari größtentheils auf mühseligen Wegen nach den betreffenden Baustellen geschleppt werden müssen, hat sich schwieriger erwiesen, als angenommen worden ist, und außerdem hat die durch den Bahnbau veranlaßte Nachfrage nach Arbeitskräften in den an der Bahn liegenden Gegenden eine beträchtliche Steigerung der Löhne hervorgerufen. Käme es heute zum Kriege, so würde sich also Rußland trotz der Truppenmacht, die es in der Küstenprovinz zusammengezogen hat, in einer keineswegs günstigen Lage befinden; dagegen bedeutet jeder Fortschritt des Bahnbaues zugleich eine Vermehrung seiner Gewinnchancen. Es handelt sich demnach zunächst darum, Zeit zur Weiterführung der begonnenen Rüstungen zu gewinnen.

Unter diesem Gesichtspunkt muß sowohl der neuerliche Konferenz-Vorschlag des Zaren, als auch die Haltung Rußlands in der Frage der Niutschwang-Bahn betrachtet werden. Als England endlich, nachdem es schon seinen Protest gegen den russisch-chinesischen Eisenbahnkontrakt hatte fallen lassen, zum Kriege entschlossen schien, da wich Rußland zurück und verstand sich sogar zur Abberufung seines Gesandten in Peking: ein Zugeständniß, das allerdings, sobald sich die erregten Wogen zu glätten begannen, nicht zur Ausführung kam, wenigstens befindet sich bis jetzt Pawlow noch immer wohlgemuth in Peking.

So wären wohl in der Schachpartie, die beide Gegner am Pekinger Hof spielen, noch manche die beiderseitige Stellung wenig verändernden Hin- und Herzüge erfolgt, hätte nicht einer der bisher ziemlich passiven Zuschauer sich ins Spiel gemischt und dadurch Rußlands Gewinn-Aussichten zu verringern gedroht. Unter dem Druck der seit einiger Zeit wieder von der russischen Diplomatie in Korea befolgten anti-japanischen Politik ist nämlich in Japan mehr und mehr eine gewisse Neigung zur Verständigung mit China entstanden, die, von England begünstigt, wenn nicht vielleicht gar im geheimen direkt gefördert, schließlich zur Mission des Ito Hirobumi nach dem Pekinger Hof führte. Das durfte nicht sein. Eine solche Verständigung konnte der ganzen politischen Lage nach nur gegen Rußland und seine Stellung in Peking gerichtet sein. Zwar bestehen für eine solche Verständigung in den Kreisen der hohen chinesischen Beamtenschaft, die mit wenigen Ausnahmen theils instinktiv, theils aus „klingenden Gründen" zu Rußland hält, herzlich wenig Sympathien; aber bei der Geneigtheit des Kaisers zu Reformen und dem Einfluß seiner Günstlinge Kan-Yu-Wei und Tschang-Yin-Huang (früher chinesischer Gesandter in Washington) auf ihn, schien demnach ein Einlenken in neue Bahnen nicht unmöglich. Das wollte Rußland verhindern, und in diesem Streben fand es an der hochkonservativen chinesischen Beamtenklique, an deren Spitze die frühere Kaiserin-Regentin steht, einen um so willigeren Bundesgenossen, als im chinesischen Mandarinenthum ein tiefer Haß gegen Japan und speziell gegen den aus einer niederen Samurai-Familie herstammenden Ito vorhanden ist, der bekanntlich nach Beendigung des letzten Krieges als japanischer Unterhändler die Friedensverhandlungen leitete. Der russische Gesandte, Pawlow, blieb also in Peking und — konferirte mit der Kaiserin-Wittwe. Die Folge war die gewaltsame Beiseiteschiebung des Kaisers und die Usurpation der Regierungsgewalt durch die Exregentin. Charakteristisch für die russische Diplomatie ist dabei, daß während sie in Peking daran arbeitete, dem ihr ergebenen Li-Hung-Tschang den früheren Einfluß wiederzuverschaffen, sie gleichzeitig von Petersburg aus verbreiten ließ, der schlaue Li hätte eine Schwenkung im englandfreundlichen Sinne vollzogen. Die allernächste Zeit wird lehren, wie wenig Wahres daran ist. Vorläufig allerdings, scheint Li-Hung-Tschang die Absicht zu haben, sich etwas im Hintergrund zu halten, wenigstens läßt die Zurückberufung des früheren Gouverneurs von Peking und einstigen Tataren-Generals Jung-Lu darauf schließen. Er soll anscheinend mit seiner Person Li's nächste Machinationen decken.

Für die Position Englands, das ohnehin seinen einstigen Einfluß immermehr schwinden sieht, ist die Umwälzung ein schwerer Schlag. Vorerst hat es sich damit begnügt, seine Flotte im Golf von Tschili zusammenzuziehen, allem Anschein nach, um bereit zu sein, sie im Fall eines Einmarsches russischer Truppen sofort nach Taku und Schan-hai-kwang dirigiren zu können.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. September.

Die Zuchthausvorlage soll nun fertig und den Bundesregierungen zugegangen sein. In Bestätigung anderweitiger Mittheilungen will die Münchener „Allgemeine Zeitung", die häufig von Berliner Ministerien Nachrichten erhält, erfahren haben, daß der vom Kaiser in der Oeynhauser Rede angekündigte Gesetzentwurf nicht in einer Aenderung der Gewerbe-Ordnung, sondern in spezialisirten Bestimmungen zum Schutze der persönlichen Freiheit auf dem Gebiet des allgemeinen Strafgesetzes bestehen werde.

Die Forderung, daß der Gesetzentwurf zur allgemeinen Diskussion gestellt werde, muß neuerdings von allen Seiten erhoben werden, vor allem von den offiziösen, damit an stelle der Erörterungen, die lediglich an die von der Regierung für unverbindlich erklärte Oeynhauser Rede die Kritik des Gesetzentwurfes selbst trete. So lange derselbe nicht publizirt ist, muß man sich allein an die Kaiserworte halten, was wir, ohne zu drehen und zu deuteln, fortfahren werden, zu thun. —

Schon der erste Tag der parlamentarischen Berathung des österreichisch-ungarischen Ausgleiches hat eine große Differenz zwischen den beiden Vertrag schließenden Regierungen aufgedeckt und zwar in der Verhandlung des ungarischen Abgeordnetenhauses. Hier erklärte Ministerpräsident Banffy, daß Graf Thun, sein österreichischer Kollege, direkt unrichtiges über die Abmachungen der beiden Regierungen dem cisleithanischen Parlamente eröffnet habe.

Ueber die Verhandlungen des ungarischen Parlamentes liegt die folgende Depesche vor:

Der Landesvertheidigungs-Minister Frhr. v. Fejervary reichte einen Gesetzentwurf betr. das Rekrutenkontingent ein. Präsident v. Szilagyi beantragte, auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung die Wahl des Vizepräsidenten und der Ausschuß-Mitglieder zu setzen. Polonyi (unabhängig) erklärte, er nehme diese Tagesordnung an, mache aber das Land darauf aufmerksam, daß die Regierung das Haus nicht zu beschäftigen wisse, oder daß sie vielleicht Komplize der österreichischen Regierung sei, welche einen Staatsstreich vorbereite. Kossuth pflichtete dieser Ansicht bei. Graf Apponyi nahm gleichfalls die Tagesordnung an und wies darauf hin, daß die Lage bezüglich des Ausgleichs heute verworrener sei, denn je. Die den österreichischen Vorlagen beigegebene Begründung beweise, was die Regierung stets leugne, daß sie nämlich in die Quotenerhöhung eingewilligt habe. In dieser Beziehung werde er Aufklärung fordern. Ministerpräsident Baron Banffy erklärte, er halte es für nothwendig, zu konstatiren, daß beide Regierungen den Gesetzentwurf selbst unter gegenseitigem Einvernehmen festgestellt haben, und daß den beiden Parlamenten gleiche Gesetzentwürfe unterbreitet worden sind. Die Begründung der Gesetzentwürfe sei aber von keiner Seite zum Gegenstande einer gegenseitigen Beurtheilung gemacht worden. Er, der Ministerpräsident, habe die Begründung des österreichischen Gesetzentwurfes nicht gekannt und brauche dieselbe auch nicht zu kennen. Er habe in den Blättern gewisse Inhaltsangaben gelesen, müsse jedoch erklären, daß zwischen beiden Regierungen keinerlei Vereinbarung besteht. Die ungarische Regierung stehe auch heute auf dem Standpunkt, daß die Quotendeputationen berufen seien, in dieser Frage vorzugehen. Wenn die österreichische Regierung in der Begründung ihrer Vorlage ihre Hoffnung, oder wenn es beliebe, ihre Forderung daran knüpfe, daß diese Quote erhöht werde, so könne dies ihre individuelle Ansicht oder ihr Wunsch sein, doch bestehe in dieser Hinsicht keinerlei wie immer geartete Vereinbarung zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der Ministerpräsident konstatirte hierauf, daß es nicht an ihm liege, wenn das Haus nicht arbeite; er forcire die Verhandlung nicht, obwohl die Erledigung einzelner Vorlagen zweckmäßig wäre. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ferdinand Horanszky erklärte, wenn keine Vereinbarung mit der österreichischen Regierung bezüglich der Quote zu stande gekommen sei, so enthalte die Vorlage der österreichischen Regierung eine Unwahrheit. Der Vorschlag des Präsidenten wurde angenommen. —

* * *

Deutsches Reich.

Die Schwenkung der deutschen Afrikapolitik, welche aus den Aeußerungen v. Buchka's und des Kaisers (diese unglückliche Depesche an Krüger!) deutlich wurde, wird durch eine Mittheilung der Londoner „Daily News" bestätigt. Danach habe der transvaal'sche Gesandte Dr. Leyds Berlin verlassen, ohne den Kaiser gesprochen zu haben. Er mußte sich mit dem Versprechen begnügen, der Kaiser werde ihn ein anderes Mal empfangen. In Abwesenheit v. Bülow's wurde Leyds vom Wirkl. Geheimrath v. Derenthall empfangen und zwar mit folgenden Worten: „Namens Sr. Majestät habe ich Ihnen den dringlichen Wunsch des Kaisers auszudrücken, daß Sie und Ihre Regierung zum mindesten aufhören sollten, in deutschen Zeitungen gegen das anglo-deutsche Abkommen zu agitiren." Leyds legte Verwahrung gegen diesen Vorwurf ein, aber Derenthall zuckte die Achseln und antwortete kühl, er habe sich seines Auftrages entledigt und könne weiter nichts thun. —

Die „Hamburger Nachrichten" bringen einen Leitartikel: „Die Sozialdemokratie wie sie ist." Der Artikel ist nicht dümmer und nicht gemeiner als frühere derartige Artikel desselben Blattes. Aber Dummheit, die sich stets gleich bleibt, und Gemeinheit, die sich stets in derselben Weise wiederholt, werden schließlich allzu langweilig.

Das einstige Bismarckreptil bringt einige aus dem Zusammenhange gerissene Zitate aus Liebknecht'schen Broschüren aus den 60er und 70er Jahren, um zu zeigen, wie die Sozialdemokratie ist. Bunt damit gemischt werden blutrünstige Zitate aus der — „Freiheit" vom Jahre 1879 und 1880, deren Verfasser heftige Gegner der Sozialdemokratie oder aber preußische Polizeispitzel waren.

Das alles ist so greulich dämlich, daß von einer Diskussion keine Rede sein kann.

Die „Hamb. Nachr." haben seit Bismarck's Tod jede öffentliche Bedeutung verloren. Wir werden das langweilige Blatt von nun an überhaupt nicht mehr auf unserer Redaktion halten und sein blödes Geschrei nach Ausnahmegesetzen völlig unbeachtet lassen. —

Ueber die Ursache des Unglücks auf Zeche „General Blumenthal" wird berichtet, daß beim Wechsel der Schicht der Förderkorb infolge eines Versehens des Maschinisten Pasing zu hoch gezogen worden sei, infolge dessen sei der Korb mit solcher Gewalt unter die Seilscheibe gestoßen worden, daß die Verbindung zwischen Seil und Korb sich gelöst habe und der Korb in die Tiefe gestürzt sei. Es sei eine der besten Fangvorrichtungen angebracht gewesen, die Fangvorrichtung habe ihre Zähne auch tief in die Spurlatten geschlagen und große Spähne herausgerissen, aber die Last des Korbes sei zu groß gewesen. Gerade bei dem betreffenden Schachte, der neu angelegt sei, habe man alles aufgeboten, um ein Loslösen des Seiles zu verhüten. Der vom Ober-Bergamt empfohlene Römer'sche Apparat, der verhüten soll, daß der Korb zu hoch gezogen wird, sei angebracht gewesen und sei in Gegenwart der Vertreter des Ober-Bergamts wiederholt geprüft worden, habe aber jetzt doch versagt. Man stehe hier vor einem Räthsel.

Wie die „Rheinisch-Westfäl. Arb.-Ztg." mittheilt, machte sich unter den Bergleuten großer Unwille gegen die Zechenleitung bemerkbar. Man sagt, dieselbe sei verpflichtet, bei der Menschenförderung **zwei** Maschinisten anzustellen. Von Grubenbeamten wurde indessen bestritten, daß eine dahingehende bergpolizeiliche Vorschrift existire. Das genannte Arbeiterblatt schließt mit der Frage: „Wann bekommen wir die Reform der Berginspektion?"

Wann bekommen wir sie, Herr Brefeld? —

Graf von Posadowsky hat in der vorigen Session des Reichstages eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung angekündigt. Dieselbe wird dem Vernehmen der offiziösen „B. P. N." nach weitere Ausführungen der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Handelsgesetzbuchs enthalten und insbesondere die Verhältnisse der Handlungsgehilfen regeln. Auch soll der Gesetzentwurf Erleichterungen bezüglich der Konzessionirung gewerblicher Anstalten enthalten. —

Die Verordnung betreffs Regelung der Verhältnisse in den Ziegeleien wird in allernächster Zeit der Beschlußfassung des Bundesraths unterliegen. —

Herr Schweinburg singt heute Herrn Bueck, der am 1. Oktober auf eine 25jährige Thätigkeit als Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller zurückblickt, eine Jubelhymne. Herr Bueck, der die durch ihn vermittelten geschäftlichen Beziehungen des Zentralverbandes mit den von Herrn Schweinburg geleiteten „Berl. Pol. Nachr." kennt, wird das ihm gewordene Lob nach Gebühr und Verdienst einzuschätzen verstehen. —

Die Schutzzöllner an der Arbeit. Die schon früher angekündigte Versammlung der Baumwollspinner hat vorgestern im Kaiserhof stattgefunden. Eingeladen und geleitet war dieselbe von dem bekannten Depeschen-Entrepreneur Herrn Reichsrath Th. v. Haßler, dem Vorsitzenden des Zentralverbandes Deutscher Industrieller. Die Versammlung war mäßig besucht; es waren hauptsächlich vertreten die Vereinigungen der Textilindustriellen und diejenigen Handelskammern, die ein Interesse an der Baumwollspinnerei und Weberei haben. Die ganze Versammlung und das Resultat machte den Eindruck, als ob hinter den Kulissen schon längst die vorgestern gefaßten Beschlüsse abgemacht gewesen wären. Bekanntlich bestanden und bestehen auch noch tiefgehende Gegensätze zwischen den Spinnern und Webern in der Baumwollbranche. Die Weber haben alles Interesse daran, fremdes Garn in Deutschland so billig wie möglich, womöglich also ohne die Vertheuerung durch einen Zoll, zu verarbeiten. Die Weber bestehen um so mehr auf diesem Verlangen, als die Spinner die von den Webern theilweise benöthigten Garne entweder garnicht

oder nicht so gut herstellen können wie z. B. englische Spinner. Die Spinner hingegen suchen durch möglichst hohe Schutzzölle das englische Garn vom deutschen Markte auszuschließen. Man hoffte nun, daß in der gestrigen Versammlung diese Gegensätze der Spinner und Weber offen aufeinander platzen würden. Aber nichts von alledem; man hatte die Rechnung ohne den Wirth, ohne den Reichsrath Th. v. Häßler gemacht. Es ging alles glatt und ohne jeden Widerspruch von statten. Diejenigen Kreise hatten sich von der Versammlung überhaupt ferngehalten, die schon in den siebziger Jahren und heute noch die Garnzölle prinzipiell bekämpften. Es kamen nur diejenigen Interessenten, die mit sich handeln ließen. Da nun anscheinend hinter den Kulissen den Webern für ihre Gewebe ein entsprechender Schutzzoll zugesichert wurde, so war eine Einigung leicht zu erzielen. Die Weber verzichteten auf eine Herabsetzung, die Spinner dagegen auf ein weiteres Hinauftreiben der Garnzölle, und die deutschen Konsumenten haben den Schaden zu tragen. Bisher gab es blos Garnschutzzölle, jetzt sollen auch noch die Produkte der Weber durch Gewebeschutzzölle gegen ausländisches Fabrikat geschützt werden. So sind nach jahrelangen inneren Interessengegensätzen innerhalb der Textilindustriellen auch, die Weber zum Schutzzoll bekehrt. Zusammen mit den Spinnern und den Metallindustriellen ziehen sie am Strange der Lebensmittelvertheuerer. Denn auch die Kleidung und namentlich die Baumwollwaaren gehören zu den nothwendigen Lebensmitteln, die nach dem Wunsch der Herren Fabrikanten durch die neuen Handelsverträge im Jahre 1903 noch mehr als bisher durch den Ausschluß jeder fremden Konkurrenz vertheuert werden soll.

Gegenüber diesem schutzzöllnerischen Vordringen des vereinigten Fabrikantenthums ist ein allgemeiner Zusammenschluß der Konsumenten, vor allem in der Arbeiterbevölkerung dringend nöthig, und es ist zu wünschen, daß der Stuttgarter Parteitag diesem Gedanken energisch Ausdruck verleiht. —

Ueber den ambulanten Gerichtsstand der Presse hat die „National-Zeitung" eine prinzipielle Entscheidung herbeigeführt, in der allerdings erst das Amtsgericht Schneidemühl als erste Instanz den „fliegenden Gerichtsstand" der Presse nicht anerkannt hat. Propst Renkawitz in Ulsch hatte nämlich gegen die „National-Zeitung" wegen eines Artikels, der ihm polonisirende Bestrebungen vorwarf, die Privatbeleidigungsklage beim Amtsgericht Schneidemühl gestellt, zu dessen Bezirk Ulsch gehört; die „National-Zeitung" hatte die Zuständigkeit des Amtsgerichts angefochten, und dieses hat sich dann auch für unzuständig erklärt.

Marburg, 30. September. Der ordentliche Professor an der hiesigen juristischen Fakultät, Geh. Justizrath Dr. Ubbelohde, Mitglied des Herrenhauses, ist gestorben. —

Dresden, 30. September. Bekanntlich hat die sogenannte Mittelstandsretterei in Sachsen in den letzten Jahren sich mit besonderem Eifer auf die Sonderbesteuerung der Konsumvereine verlegt. Diese „sozialdemokratischen" Konsumvereine sollen Schuld daran sein, daß der Mittelstand ruinirt wird. Nun hat das sächsische Ministerium für die Form dieser Besteuerung gewisse „Grundsätze" aufgestellt. Veranlassung dazu gab das allzu blindwüthige Dreinschlagen der Herrn Mittelstandsretter, welches selbst der Regierung zu toll wurde. In dieser Auslassung des Ministeriums ist jenen Heißspornen insofern ein kleiner Dämpfer aufgesetzt, als ein allzu einseitiges Vorgehen gegen die Konsumvereine als nicht angängig bezeichnet wird, indem auf die für das Kleingewerbe nachtheiligen Folgen der Großbetriebe im allgemeinen hingewiesen ist. Die Beachtung dieser Vorschriften macht zwar den kleineren Gemeinderäthen bezüglich der Bekämpfung der Konsumvereine besondere Schwierigkeiten nicht. Anders liegt die Sache aber in den großen Städten, wo die Interessen so mannigfaltig sind und die Großbetriebe das ganze wirthschaftliche Leben beherrschen. Hier ist es sehr schwer, eine Form zu finden, nach welcher die Grundsätze des Ministeriums in bezug auf die Sonderbesteuerung gewahrt, zugleich doch aber die Konsumvereine speziell getroffen werden. In verschiedenen größeren Städten ist deshalb auch eine besondere Besteuerung abgelehnt worden. Nur hier in Dresden will man nicht locker lassen. Seit über zwei Jahren zerbrechen sich Stadtrath und Stadtverordnete den Kopf, wie man das Ding zurecht drechseln könne. Man kann fast sagen: soviel Köpfe, soviel Meinungen. Sehr interessant ist aber, was die Mehrheit des betreffenden Ausschusses in bezug auf die Beurtheilung der ganzen Frage in einem Gutachten äußert. Es heißt da unter anderen:

„Von verschiedenen Seiten ist geltend gemacht worden, die Konsumvereine stünden zum größten Theile unter sozialdemokratischer Leitung, und es wird angedeutet, daß gegen diesen Feind der bestehenden Gesellschaftsordnung gewissermaßen jedes Kampfmittel erlaubt sei. Nach Ansicht des Ausschusses ist dieses Argument zur Entscheidung der vorliegenden Frage absolut unverwendbar, und es ist bedauerlich, daß auch der Verein Dresdener Kaufleute . . . sich dieses Arguments bedient hat. Der politische Kampf darf auf keinen Fall auf das wirthschaftliche Gebiet übertragen werden und zwar am allerwenigsten von der Gemeinde, in deren Gesetzgebung und Verwaltung politische Beweggründe durchaus keine ausschlaggebende (!) Bedeutung gewinnen dürfen . . . Staat und Gemeinde haben gegen ihre Angehörigen Gerechtigkeit zu üben, ohne Unterschied der politischen Parteistellung. Gerade aber die Konsumvereine dürfen umsoweniger den Gegenstand von Bekämpfung von politischen Gesichtspunkten aus bilden, als sie sich nicht nur durchaus auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung, sondern auch der geltenden Gesetzgebung befinden. . . . Diese Maßregel (die Besteuerung) darf daher die Konsumvereine nicht ausschließlich treffen, sondern nur in gleichem Maße, wie alle übrigen Betriebsunternehmungen, die sich der gleichen Vortheile zu erfreuen haben und dem Kleinhandelsgewerbe den gleichen Schaden zufügen."

Was hier gesagt ist, haben die Vertreter von Konsumvereinen wiederholt gegen das blöde Vorgehen der Konsumvereinsgegner geltend gemacht. Hier in Dresden wird diese Frage, ob Umsatzsteuer oder nicht, nächste Woche zur Entscheidung gebracht werden. —

Aus Elsaß-Lothringen, 27. September. (Eig. Ber.) Der in Diedenhofen erscheinenden „Mosel- u. Riedzeitung", welcher, wie bereits mitgetheilt, durch Verfügung des Bezirkspräsidiums in Metz mit Wirkung vom 1. Januar 1899 ab die Eigenschaft des Kreisblattes entzogen wurde, ist durch diese behördliche Maßregelung offenbar die Zunge gelöst worden, und sie beginnt jetzt aus der Schule zu schwatzen. Dieser Tage war in dem Blatte das folgende zu lesen:

„. . . Im Ministerium in Straßburg denkt man jedenfalls auch heut noch liberaler, das heißt wenigstens anders als im Metzer Bezirkspräsidium, wo man bemüht ist, die Presse soweit man es vermag, auf den Standpunkt absoluter Bedeutungslosigkeit herabzudrücken. Politik, Besprechung öffentlicher Zustände ist verpönt. Beweise? Bei einem Besuche im Bezirkspräsidium, als die Haltung der bösen „Mosel- und Ried-Zeitung" wieder einmal einer eingehenden Besprechung resp. Ermahnung unterzogen wurde, äußerte Herr Regierungsrath und Preßdezernent Cordemann: Wozu Politik und Polemik, so etwas paßt nicht in ein Kreisblatt. Bringen Sie Reisebeschreibungen und dergleichen!"

Der Landesausschuß tritt im kommenden Monat zu einer kurzen Herbstsession zusammen, nachdem die Arbeiten der Kommissionen bereits vor einigen Tagen begonnen haben. Die wichtigsten Vorlagen, die ihrer Verabschiedung durch denselben harren, sind die Einführungsbestimmungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch und das Gesetz betreffend die Disziplin der Richter. Die letztere Vorlage dürfte im Plenum des Landesausschusses Anlaß zu scharfer Opposition geben, da sie einige Bestimmungen enthält, die mit der Freiheit und Unabhängigkeit des Richterstandes absolut unvereinbar sind. Selbst die regierungsfreundliche „Straßburger Post" wendet sich gegen die Bestimmung des Entwurfs, nach welcher der Richter, wenn dies „im Interesse der Rechtspflege dringend geboten" ist, versetzt, ja sogar abgesetzt werden kann. Das Blatt warnt davor, daß man sich auf den bedenklichen und aller subjektiven Willkür unterworfenen Standpunkt begebe, das Verbleiben des Richters in Amt und Stelle überhaupt von Opportunitätsgründen abhängig zu machen, und weist darauf hin, daß hier jede Garantie eines ordentlichen Disziplinarverfahrens vollständig fehle. Auch die Einführung des Ober-Landesgerichts in Colmar als letzte Berufungsinstanz im Disziplinarverfahren gegen den Richter an stelle des bisher mit dieser Funktion betrauten Reichsgerichts erweckt in der Presse aller Schattirungen erhebliche Bedenken; man verschweigt sich nicht, daß das Reichsgericht, welches den in betracht kommenden Verhältnissen gänzlich fern steht, in weit höherem Maße die Garantie voller Unbefangenheit zu bieten im stande sei, als dies bei dem Ober-Landesgericht in Colmar der Fall ist. Die neue Vorlage trägt durchweg den Stempel der diktatorischen Gesammtsituation des Landes; sie dürfte, wenn der Landesausschuß sich nicht zu einem energischen Protest gegen die reaktionärsten Bestimmungen derselben aufrafft, in Wirklichkeit zu einem richtigen Knebelgesetz für den Richterstand werden. —

Aus Elsaß-Lothringen, 29. September. (Eig. Ber.) Die reichsländische Polizeigewalt hat die Liste ihrer staatsretterischen Thaten um eine neue Glanznummer bereichert. Vor einigen Tagen fand in Straßburg eine starkbesuchte Versammlung der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter statt, in welcher Herr A. Töpfer aus Hamburg über die Nothwendigkeit der Organisation referirte. In der Diskussion verlangte auch ein italienischer Arbeiter, Fradotti mit Namen, das Wort, um seinen anwesenden Landsleuten das Gesagte zu verdolmetschen. Dagegen legte jedoch der anwesende Polizeibeamte sein Veto ein mit der Begründung, er verstehe nicht italienisch und könne nicht kontrolliren, was der Redner sagen werde. Hier hätten wir also den Grund — so bemerkt zu dieser neuesten Polizeimaßregel unser reichsländisches Parteiorgan — warum die etwa 5000 in Straßburg lebenden italienischen Arbeiter keine öffentlichen Besprechungen über ihre wirthschaftliche Lage veranstalten dürfen: die Straßburger Polizei versteht kein Italienisch, und darum kann sie nicht dulden, daß in öffentlichen Versammlungen italienisch geredet wird. Wäre dieser sehr einleuchtende Grund in dem amtlichen Schreiben, durch welches das Halten von Vorträgen in italienischer Sprache in den letzten Wochen wiederholt verboten wurde, zu finden gewesen, so hätten sich die in Straßburg beschäftigten werkthätigen Unterthanen unseres hohen Alliirten, des Königs Umberto, vielleicht schon dabei beruhigt, und wir anderen hätten im Gemeinderath die Anregung dazu geben können, daß die Straßburger Polizei mit Rücksicht auf das unbestreitbare Koalitionsbedürfniß der so sehr zahlreich hier beschäftigten italienischen Arbeiter ihr Ueberwachungspersonal für öffentliche Versammlungen wenigstens um einen Beamten bereichere, der die Sprache unserer Bundesgenossen jenseits der Alpen versteht.

Nach Elsaß-Lothringen werden in der Regel ostelbische Beamte versetzt, die die dortigen bekannten Verwaltungs-„Grundsätze" auch bei den neugewonnenen Brüdern anwenden. Auch der von unserem Korrespondenten angeführte Fall ist ein in Ostelbien bekannter Kunstgriff, das Versammlungsrecht zu beschränken. Die Polen wissen davon zu erzählen. —

Aus dem lothringischen Kohlenrevier, 29. September. (Eig. Ber.) Der schon so oft gerügte Mangel an genügenden Betriebsmitteln der staatlichen Eisenbahnen hat bei uns zu einer schweren wirthschaftlichen Kalamität geführt. In Klein-Rosseln mußte nämlich gestern auf einem mit 750 Arbeitern belegten Schachte wegen Mangels an Eisenbahnwagen die Arbeit eingestellt werden. Schon das ganze Jahr hindurch hat es dort an Eisenbahnwagen gefehlt. Seit Ende des Monats August hat sich die Sache indessen derart verschlimmert, daß zur Zeit die Stapelplätze sämmtlicher Schächte überfüllt sind. Durch die Einstellung des Betriebes werden die dort beschäftigt gewesenen Arbeiter um so mehr in Mitleidenschaft gezogen, als dieselben seither durch die Stockungen in der Förderung und durch Feierschichten ohnehin schon schwer geschädigt waren. Wenn die gerügten Mißstände auf den Eisenbahnen weiter fortdauern, so ist zu befürchten, daß auch auf den übrigen Schächten der Betrieb eingestellt werden muß. Das Anhalten der gegenwärtigen trockenen Witterung, welches ein fortwährendes Sinken der Wasserstände auf dem reichsländischen Kanalnetz zur Folge hat, könnte die Kalamität noch erheblich verschlimmern. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Auf Rachsucht wurde eine Anzeige wegen Majestätsbeleidigung zurückgeführt, welche heute die Strafkammer am Landgericht II beschäftigte. Angeklagt war der Bäcker Bohnhoff aus Berlin, der im September v. J. in Friedrichsfelde arbeitete. Eines Tages plauderte er mit seinem Arbeitsgenossen, dem Bäckergesellen Hampel, über den deutsch-französischen Krieg, dann kam das Gespräch auf die Freiheitskriege, die Königin Louise und endlich auf den jetzigen Kaiser. Dabei soll der Angeklagte eine grobe Beleidigung gegen den Kaiser ausgestoßen haben. Erst neun Monate später und zwar, nachdem er aus seiner Arbeitsstelle entlassen war — wie er meinte — auf Veranlassung des Bohnhoff, erstattete Hampel die Denunziation. Staatsanwalt und Gerichtshof traten dem Vertheidiger Dr. Schwindt darin bei, daß es doch sehr bedenklich sei, daß das „patriotische Gefühl" des einzigen Zeugen Hampel neun Monate lang schlummerte und erst erwachte, nachdem ihm gekündigt worden war, was er dem Angeklagten in die Schuhe schob. Hier liege unzweifelhaft ein Akt der Rache vor. Der Angeklagte wurde demgemäß freigesprochen.

Oesterreich.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses begann um 12¼ Uhr. Eingegangen sind Dringlichkeitsanträge des Abgeordneten Schönerer auf sofortige Aufhebung der Sprachenverordnungen und des Abgeordneten Hochenburger auf sofortige Zurückziehung der Ausgleichsvorlagen. Nach einigen formellen Anfragen geht das Haus zur Tagesordnung über, d. h. zur Wahl der Quotendeputation. Abg. Schönerer verlangt Namensaufruf vorzunehmen und fordert hierüber namentliche Abstimmung. Die namentliche Abstimmung wird nicht unterstützt. (Lärm bei den Schönerianern.) Sodann werden die Stimmzettel für die Quotendeputation abgegeben. Ministerpräsident Graf Thun ergreift das Wort.

Die heutige Reichsraths-Sitzung nahm einen ziemlich ruhigen Verlauf, da kurz vorher zwischen der Rechten und den Oppositionsparteien ein Kompromiß bezüglich der Eintheilung der Tagesordnung und der Behandlung der Dringlichkeitsanträge zu stande gekommen war. Die erste Lesung der Ausgleichsvorlage ist nunmehr gesichert. Die Obstruktionsbestrebungen der Schönerer-Gruppe werden vorläufig von keiner Partei Unterstützung finden.

Die Oppositionsparteien haben in der heutigen Reichsraths-Sitzung einen überraschenden Erfolg erzielt. Das Haus nahm nämlich mit 172 gegen 162 Stimmen den vom verfassungstreuen Großgrundbesitz gestellten Dringlichkeitsantrag an, wonach die Regierung aufgefordert wird, dem Reichsrath die Abmachung bekannt zu geben, welche Ungarn für den Fall getroffen hat, daß der Ausgleich auf parlamentarischem Wege nicht zu stande käme. Graf Thun hatte den Antrag kategorisch abgelehnt. — Die nächste Sitzung findet am Montag statt. —

Wien, 29. September. Wie die „Neue Freie Presse" meldet, hat der Handelsminister Dr. Bärnreither an den Ministerpräsidenten Grafen Thun gestern Abend ein Schreiben gerichtet, in welchem er denselben seinen Entschluß mittheilt, zurückzutreten. Heute erschien Dr. Bärnreither nicht mehr im Abgeordnetenhause. Ein offizielles Demissionsgesuch an den Kaiser liegt noch nicht vor. Als Grund des Rücktrittes wird angegeben, Dr. Bärnreither habe den Dringlichkeitsantrag des verfassungstreuen Großgrundbesitzes bezüglich der Berathung des Ausgleichs inspirirt und sei durch die Zurückweisung des Antrags, durch welchen der Ausgleich in die parlamentarische Berathung geleitet werden sollte, seitens des Präsidenten Fuchs verletzt gewesen. Als er sichergestellt hatte, daß der Präsident Fuchs mit der Zustimmung des Ministerpräsidenten gehandelt habe, habe er diesem seinen Rücktritt mitgetheilt. Weitere Veränderungen im Kabinet seien, wie das Blatt hinzufügt, für jetzt nicht zu gewärtigen.

Viel wahrscheinlicher scheint uns der Rücktritt des gesammten Kabinets. —

Wien, 30. September. Die Abendblätter betrachten den Rücktritt des liberalen Handelsministers Dr. v. Bärnreither als feststehende Thatsache und bezeichnen als Grund des Rücktritts die sich immer mehr steigernde Spannung zwischen der Regierung und der Linken. Bezüglich des Nachfolgers überwiegt in den Blättern die Annahme, der Sektionschef im Handelsministerium Frhr. v. Weigelsperg werde die Leitung des Handelsministeriums übernehmen.

Wie das offiziöse „Fremdenblatt" bestätigt, hat Handelsminister Bärnreither seine Demission eingereicht und ist durch den Grafen Thun auch nicht zu bewegen gewesen, im Kabinet zu verbleiben.

Prag, 29. September. Der Stellvertreter des Oberstlandmarschalls, Lippert, verabschiedete sich in der heutigen Sitzung des Landesausschusses, da er sein Landtagsmandat niederlegt.

Damit tritt der geistig hervorragendste der national gemäßigten Deutschen aus der Politik und Verwaltung Böhmens zurück. Lippert ist ein hervorragender Kulturhistoriker, dessen Werke auch unter den deutschen Arbeitern nicht unbekannt geblieben sind, —

Schweiz.

Genf, 30. September. Die Tessiner Polizei verhaftete dieser Tage einen gewissen Ugo Ramboni, welcher angeschuldigt wird, an der Ermordung der Kaiserin Elisabeth mitschuldig zu sein. Ramboni wurde heute nach Genf eingeliefert. —

Frankreich.

Paris, 30. September. Nach dem „Gaulois" will die Regierung eine etwaige Broschüre Esterhazy's, wenn sie irgend welche Enthüllungen enthielte, welche die äußere Sicherheit des Staates in Frage stellen, sofort mit Beschlag belegen. —

Italien.

Rom, 27. September. (Eig. Bericht.) Das Mailänder Blatt „Lombardia" berichtete dieser Tage, daß der vom Mailänder Kriegsgericht verurtheilte Priester Albertario auf das Gesuch des Bischofs Bonomelli hin die Erlaubniß erhalten hat, jeden Morgen die heilige Messe zu lesen.

Nun gut, sagt hierzu ein römisches liberales Blatt sehr treffend, damit ist anerkannt, daß der politische Gefangene durch die Natur seines Vergehens selbst, seine Vergangenheit, seine moralische Qualifikation, ein Anrecht hat, anders als der gemeine Verbrecher behandelt zu werden.

Aber nicht nur Albertario, auch die übrigen politischen „Verbrecher" haben eine Seele, auch sie bedürfen der geistigen Anregung. Für den Studenten, den Schriftsteller, den Kämpfer für ein Ideal bedeutet das Absperren von der Menschheit, von dem Geistesleben, eine viel härtere Strafe, als für den gemeinen Verbrecher.

Sehr wahre Worte, aber was ist zu hoffen von einem Soldaten-Minister! Mittlerweile haben auch die Preßvereinigungen von Rom, Mailand und Palermo verlangt, daß den politischen Gefangenen eine bessere Behandlung werde und daß die Amnestie nicht zu lange auf sich warten lasse. Aber dazu hat unsere Regierung keine Zeit; sie beschäftigt sich mit neuen Unterdrückungsmaßregeln.

Der Gerichtshof von Bologna hat in einem dieser Tage ergangenen Urtheil das Recht zum Streiken indirekt anerkannt, indem er es ablehnte, ruhig streikende Arbeiter zu verfolgen und den Bauern das Recht zusprach, den ihnen gebotenen Lohn als zu niedrig abzulehnen.

In Medicina (Provinz Bologna) haben die Sozialisten, die mit den Radikalen zusammen gegangen waren, bei den Kommunalwahlen von 30 Sitzen 15 erobert. —

In Rom ist der Genosse Guido Podrecca, Redakteur des „Avanti" und Chef-Redakteur des „Asino", vor die Kommission zur Verhängung von Zwangswohnsitz zitirt worden. Gegen ihn wird der Vorwurf erhoben, daß er ein „gefährlicher Anarchist" sei. Bis jetzt haben die Polizeibehörden des Königreichs 474 Personen vor diese Zentralkommission verwiesen. —

England.

London, 27. September. (Eig. Ber.) Am Sonnabend empfing der Minister der Lokalverwaltungen, Mr. Chaplin, eine von der Sozialdemokratischen Föderation veranstaltete Deputation, die ihn wegen des Wasser-Nothstandes im Osten Londons interpellirte. Dieser Nothstand ist ein wahrer Skandal, denn wenn auch die außerordentliche Dürre dieses Jahres niemand zur Last gelegt werden kann, so brauchte das Londoner East-End so wenig wie andere Distrikte Londons und andere Städte Englands an Wassermangel zu leiden, wenn die Wasserversorgung Londons statt in den Händen von einer Anzahl Aktiengesellschaften in denen der Verwaltung der Metropole wäre, wie dies nicht nur die Sozialisten, sondern auch die Progressisten und Liberalen verlangen. Das wurde dem Minister von der Deputation, deren Führung Hyndman hatte, und deren Sprecher in dieser Sache vornehmlich gewählte Vertreter der East-End Gemeinden, wie die Genossen H. R. Taylor, George Lansbury, waren, eingehend klargelegt. Mr. Chaplin war ganz ausnehmend höflich und hatte sehr viel sympathische Worte, aber von irgend einer durchgreifenden Maßregel wollte er nichts wissen. Man habe auf die Rechte der Gesellschaften und der Außendistrikte, die von ihnen versorgt würden und entschieden gegen die Munizipalisirung unter London wären, Rücksicht zu nehmen und dergleichen mehr. Die Deputation erklärte sich demgemäß von seiner Antwort unbefriedigt, und im gleichen Sinne lautete das Verdikt einer tags darauf im Viktoriapark abgehaltenen Volksversammlung. —

Spanien.

Madrid, 30. September. Die Zahl der zur Zivilbevölkerung gehörenden Spanier, welche, um der Herrschaft der Amerikaner zu entgehen, Kuba und Portorico verlassen wollen, übersteigt zweihunderttausend.

In Andalusien stehen sieben Bataillone zur Abfahrt nach den Philippinen bereit.

Der Ministerrath beschäftigte sich gestern mit einer Depesche des Generals Rios. Der Marineminister Aunon theilte mit, die Depesche berichte über Bewegungen der Aufständischen auf den Bisayas-Inseln, die Aufständischen seien im Besitze von Kanonen. — Der Kriegsminister Correa meinte, es wäre unpatriotisch, den ganzen Inhalt des Telegramms zu veröffentlichen. — Das Journal „Correo" meldet, die Aufständischen empfingen Verstärkungen und Waffen, um den Aufstand weiter auszudehnen. Die Aufständischen griffen mehrere Provinzen auf der Insel Luzon an und tödteten einige Gendarmerie-Offiziere und deren Familien. Die Gouverneure und die übrigen Beamten sind nach Ilo-Ilo und Manila geflohen.

Der Ministerrath beschloß: 1. den General Rios telegraphisch anzuweisen, die von den Eingeborenen der Bisaya-Inseln verlangten Reformen zu bewilligen und seine Streitkräfte auf der Insel Mindanao zu konzentriren; 2. bei den Vereinigten Staaten von Amerika Beschwerde darüber zu erheben, daß sie die Aufständischen mit Waffen versehen hätten, und die Vereinigten Staaten von der Absendung von Verstärkungen zu unterrichten; 3. den Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris, Montero Rios, telegraphisch über die Lage auf den Philippinen auf dem laufenden zu erhalten.

Die „Correspondencia" wirft den Amerikanern vor, daß sie die Erhebung der Aufständischen duldeten und fordert die Regierung auf, durch die in Paris tagende Friedenskommission Einspruch hiergegen erheben zu lassen. — Es wird versichert, nach der Unterzeichnung des Friedens werde die Suspendirung der verfassungsmäßigen Garantien in Spanien aufhören. —

Aus Madrid wird der „Köln. Ztg." telegraphirt: Die Lage auf den Biscaya-Inseln ist infolge der Landung der Tagalen be-

deutend verschlimmert. Die Tagalen schifften sechs Kanonen und viele Munition aus. Sie ermordeten verschiedene Offiziere nebst ihren Familien. Die spanischen Beamten flüchteten. Die Regierung beschloß, durch den französischen Gesandten Cambon einen energischen Protest nach Washington zu richten. —

Zur Pariser Friedenskonferenz. Der spanische halbamtliche „Correo" veröffentlicht bezüglich der Pariser Konferenz eine längere Darstellung über den muthmaßlichen Gang der Verhandlungen, der wir folgendes entnehmen:

Beide Kommissionen haben nicht so weit gehende Vollmachten, daß sie selbständig über die Einzelbestimmungen des Friedensvertrages entscheiden können. Jede Kommission formulirt ihre Forderungen in ihrer Sprache, übergiebt jedoch in jedem Falle zwei Uebersetzungen, nach denen der Inhalt zu kontrolliren ist. Der Wortlaut wird jedesmal der betreffenden Regierung telegraphisch gemeldet, welche ihre Zustimmung oder Ablehnung binnen 24 Stunden erklärt. Mac Kinley hat ausdrücklich erklärt, daß er die Erledigung der Verhandlungen binnen wenigen Wochen verlange, da er noch im November den Vertrag dem Parlament vorlegen wolle. Deshalb sollen auch die Einzelfragen über das künftige zollpolitische Verhältniß Spaniens zu Kuba und Portorico, sowie über die Stellung der spanischen Staatsangehörigen auf beiden Inseln späteren Sonderverhandlungen vorbehalten bleiben. — Schließlich erklärt der „Correo" noch, die spanische Regierung habe genaue Mittheilungen erhalten, daß Mac Kinley nicht die ganze Insel Luzon fordern werde, da deren Errichtung als Kolonie der Vereinigten Staaten einschließlich der Marinestation eine Ausgabe von etwa einer Milliarde Dollars kosten würde." —

Rußland.

Ueber die litthauische Sozialdemokratie. Von der Redaktion des polnischen Londoner Parteiorgans „Swiatlo" erhalten wir folgende Zuschrift:

Infolge des „Offenen Briefes der Litthauischen Sozialdemokratie", der in Nr. 206 des „Vorwärts" veröffentlicht wurde, glauben wir, wird die folgende Auseinandersetzung für die deutschen Genossen nicht uninteressant sein.

Die ökonomische Entwickelung der sog. litthauischen Provinzen Polens (in denen übrigens die eigentlichen Litthauer nur 1/5 der Gesammtbevölkerung bilden) ist bis heute hinter der Kongreß-Polens zurückgeblieben. Andererseits ist die politische Unterdrückung, welche überhaupt in allen von Rußland unterjochten Ländern grausam betrieben wird, in Litthauen (oder um den Ausdruck der russischen Beamten zu gebrauchen — in Westrußland) noch schlimmer als z. B. in Kongreß-Polen. Unter dem Drucke der alles zermalmenden russifikatorischen Politik der Regierung verkümmert und kränkelt das geistige Leben der ganzen Gesellschaft. Die daraus entstehenden sozialen Unterschiede zwischen Kongreß-Polen und Litthauen sind zwar quantitativ, nicht aber qualitativ. Sie sind keineswegs stark genug, um die Bande zu lockern, mit welchen Jahrhunderte der gemeinsamen Geschichte alle Länder der ehemaligen Republik Polen zusammengeschmiedet haben. Im Gegentheil hat das russische Joch diese Bande vielmehr befestigt. Aber gleichzeitig erklärt uns die in jeder Hinsicht schlimmere Lage Litthauens, warum der Sozialismus hier bis heute schwächer ist, als in Kongreß-Polen, warum das politische Bewußtsein überhaupt und das polnische Bewußtsein der arbeitenden Klassen insbesondere hier weniger entwickelt ist. Das letztere aber erklärt uns weiter, warum solche politische Fatamorgana, wie die sogenannte „Litthauische Sozialdemokratie", hier während einiger Jahre unter den sonst mit zweifellos guten Absichten erfüllten Leuten das Leben fristen konnte.

Der an die polnischen Sozialisten adressirte „Offene Brief" ist uns bis heute nur aus den vom „Vorwärts" gebrachten Auszügen bekannt. In die Richtigstellung der einzelnen faktischen Irrthümer, an denen darin kein Mangel ist, wollen wir uns nicht einlassen, weil dieselben für die deutschen Genossen keine Bedeutung haben. Aber worin besteht der eigentliche Kern dieser von der „Litthauischen Sozialdemokratie" gegen die Sozialistische Partei Polens an das Tribunal der proletarischen Internationale gerichteten Klageschrift? Was für einen allgemeinen Eindruck muß sie auf einen mit unseren Verhältnissen nicht vertrauten deutschen Leser machen?

Nun — um den Sinn des „Offenen Briefes kurz zusammenzufassen: die Sozialistische Partei Polens spricht angeblich „den litthauischen Arbeitern das Recht ab, sich selbständig zu organisiren, weil sie „keinen genügenden Grund für das Bestehen der besonderen unter dem Namen der „Litthauischen Sozialdemokratie" bekannten Gruppe sieht".

Man müßte daraus erstens den Schluß ziehen, daß die sog. „Litthauische Sozialdemokratie" mit recht eben die litthauischen Arbeiter vertritt. Aber die Sache verhält sich anders. Bereits im Jahre 1883 begannen die polnischen Sozialisten die Arbeit in Litthauen, und zwar in der litthauischen Sprache für die eigentlich litthauischen Arbeiter. Solche Thätigkeit der polnischen Sozialisten dauert bis heute fort, aber die mit der polnischen Arbeit vollauf beschäftigte Sozialistische Partei Polens war bis heute nicht im stande, die nöthige Aufmerksamkeit den Litthauern zu widmen. Andererseits sind die Litthauer, obgleich geschichtlich mit den Polen am engsten verbunden, zugleich unter allen Völkerschaften der ehemaligen Republik Polen das ethnographisch vollständig selbständige — besondere Volk. Schon ihre ganz andere Sprache macht die Schaffung einer selbständigen sozialistischen Literatur, die Propaganda in der litthauischen Sprache ꝛc. zur Nothwendigkeit; diesen Aufgaben aber kann eine besondere litthauische Organisation am besten genüge leisten. Die Sozialistische Partei Polens bezweifelte nie die „raison d'être" einer solchen Organisation, sprach niemals dem litthauischen Proletariat das Recht auf eine selbständige Organisation ab. Noch mehr: der letzte Parteitag der Sozialistischen Partei Polens beauftragte den Parteivorstand, eine solche Organisation zu unterstützen. Die betreffende, im „Offenen Briefe" erwähnte aber nicht zitirte Resolution lautet wie folgt:

„In Erwägung, daß die gemeinsamen ökonomischen und politischen Interessen, und zwar dieselbe Nothwendigkeit, sich vom russischen Joche zu befreien, eine gemeinsame Aktion der Litthauer und der Polen erheischen; daß jede litthauische Volksbewegung desto schneller zum Klassenbewußtsein gelangen wird, je enger deren Verbindung mit der polnischen sozialistischen Bewegung ꝛc.; endlich, daß unsere Prinzipien alle chauvinistischen Annexionstendenzen ausschließen, — erkennt der Parteitag die selbständige Organisation der litthauischen revolutionären Gruppen an und giebt dem Parteivorstand den Auftrag, enge, auf gegenseitiger Unterstützung beruhende Beziehungen mit derselben anzuknüpfen, insofern diese Gruppen in ihrer Thätigkeit die den Unterjochungszwecken des Zarismus so nützliche Feindschaft zum polnischen Volke nicht anfachen."

Diese Resolution bezieht sich nicht nur auf die bäuerlich-demokratische Bewegung unter den Litthauern, wie es im „Offenen Briefe" behauptet wird. Freilich ist auch die litthauische bäuerlich-demokratische Bewegung eine uns erwünschte Kampfesgenossin gegen den Zarismus, insofern sie wirklich politisch bewußt und kein Werkzeug in Händen der zarischen Bauernfänger ist. Aber nicht minder selbstverständlich ist es, daß wir vor allem die Entstehung einer sozialistischen litthauischen Organisation herbeiwünschen. Jedoch obgleich es bereits litthauische Sozialisten: Individuen und sogar Zirkel giebt, deren Thätigkeit in der litthauischen Sprache (litthauische sozialistische Broschüren für die ländliche Bevölkerung) der „Offene Brief" irrthümlich der sogenannten „Litthauischen Sozialdemokratie" zuschreibt, so ist bis heute keine litthauische sozialistische Parteiorganisation entstanden. Die sogenannte „Litthauische Sozialdemokratie" ist es nicht.

Die „Litthauische Sozialdemokratie ist ein Gemisch von Leuten der verschiedensten Ansichten, die der verschiedenen Umstände wegen außerhalb der Organisation der sozialistischen Partei Polens geblieben sind und eine Thätigkeit in der polnischen Sprache fast ausschließlich unter den polnischen städtischen Arbeitern entfalten. Es ist zweifellos eine leichtere Arbeit, als unter dem eigentlich litthauischen Dorfproletariat. Und es soll hier zugegeben werden, daß diese Leute — trotz des Mangels an Einheitlichkeit in ihren Ansichten (so z. B. während ihres kurzen Bestehens hat die „Litthauische Sozialdemokratie" nicht weniger als 3 „Parteiprogramme" von bedeutend verschiedenem Inhalte herausgegeben), trotz des Mangels an politischem Bewußtsein bei einigen von ihnen — dennoch manches Gute in der Richtung des Klassenkampfes geleistet haben.

Aber die Leute aus der sogenannten „Litthauischen Sozialdemokratie" wissen den Arbeitern kein bestimmtes politisches Programm darzustellen. Ein solches — den Interessen und Gefühlen unseres Proletariats einzig entsprechendes Programm — denselben zu geben, vermag heute nur die sozialdemokratische Partei Polens. Kein Wunder daher, daß jeder bewußte Arbeiter bei der ersten längeren Berührung mit unserer Partei-Organisation den seltsamen Mischmasch der „Litthauischen Sozialdemokratie" verläßt und unter die Fahne der Partei eilt. Die Sozialistische Partei Polens braucht dazu gar nicht „alle Kräfte anzuspannen, um die Litthauische Sozialdemokratie zu vernichten und selbst ihren Platz einnehmen zu können", wie die klagenden Worte des „Offenen Briefes" lauten.

Wir fassen jetzt das Obengesagte zusammen: Es ist unrichtig, daß die Sozialistische Partei Polens den wirklich litthauischen Arbeitern das Recht auf eine selbständige Organisation abspreche; im Gegentheil wünschen die polnischen Sozialisten die Entstehung einer solchen Organisation von Herzen und sind bereit, mit derselben solidarisch zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu gehen. Es ist zweitens unrichtig, daß das Bestehen der sogenannten litthauischen Sozialdemokratie auf der nationalen, ethnographischen, Litthauischen Besonderheit beruhe, wie es die Bezugnahme des „Offenen Briefes" auf den Beschluß des Londonor Internationalen Kongresses voraussetzen will; im Gegentheil sind die Leute aus der „Litthauischen Sozialdemokratie" auf demselben Gebiete und neben der Sozialistischen Partei Polens thätig, aber indem sie außerhalb der Partei bleiben, können sie ihren Aufgaben nicht wirksam genug entsprechen.

Für das selbständige Bestehen der Litthauischen Sozialdemokratie, wie sie heute ist, giebt es ebenso wenig genügende Gründe, wie etwa für das Bestehen neben der Sozialdemokratie Deutschlands irgend einer besonderen und von derselben vollständig losgetrennten . . . bayerischen Sozialdemokratie oder den gar der Sozialdemokratie Krähwinkels.

Serbien.

Serbien braucht Geld, hat aber bei den Berliner Bankinstituten keinen Kredit mehr. In den Kreisen der Bankgruppe, die bisher Serbien Geld vermittelt hat, ist für die Gewährung neuer Mittel kein ausreichendes Vertrauen zu dem Land vorhanden, namentlich nicht, so lange für dessen Verhältnisse wieder die Person Milan's von Bedeutung ist. Nicht so leicht wird sich trotz aller Bemühungen Serbiens eine andere Gruppe finden, die größere Mittel auf's Spiel setzen wollte und so kann man auch voraussagen, daß das neueste Manöver, das Serbien unternimmt, um in Berliner Finanzkreisen für sich Stimmung zu machen, wohl ins Wasser fallen dürfte. Auf Einladung Serbiens sind nämlich in diesen Tagen eine Reihe von Vertretern kleiner Berliner Banken, von Herren der Börse und von einigen Angehörigen der Tagespresse beglaubigt, nach Serbien abgereist, um dort auf Kosten der serbischen Regierung sich von der Kreditwürdigkeit des gastfreien Landes zu überzeugen. Da Konrad Alberti auch mitgereist ist, so werden wir ja bald im „Lokal-Anzeiger" die verlockendsten Berichte über das schöne und reiche Serbien lesen. Ob es aber nützen wird? Jedenfalls verleben die etwa dreißig bis fünfunddreißig Herren, die der Einladung gefolgt sind, in Serbien einige vergnügte Tage. Ist doch in Aussicht gestellt, daß Se. Majestät der König von Serbien die Berliner Finanz, soweit sie der Einladung gefolgt ist, in Audienz empfangen wird. Serbien freilich wird dabei nicht auf seine Kosten kommen, denn wir glauben kaum, daß unsere Berliner Bankhäuser mit einer solchen plumpen Mausefalle sich fangen lassen. —

Türkei.

Unruhen in Makedonien. Aus Athen wird der „Intern. Korresp." geschrieben: Die bereits vor mehreren Tagen aufgetretenen Gerüchte über blutige Zusammenstöße zwischen Christen und Muhamedanern in Südmakedonien werden jetzt amtlich bestätigt. Als Ursache wird die Erregung angegeben, welche die Vorgänge in Kreta unter der muhamedanischen Bevölkerung hervorgerufen haben; besonders in Koschani und Siatista haben die Muselmanen blutige Exzesse verübt, wobei vier Christen getödtet und viele verwundet wurden. Die türkischen Behörden haben allerdings einige Muhamedaner, welche als Urheber der Ausschreitungen bezeichnet wurden, verhaften und nach Konstantinopel bringen lassen, dafür aber wurden aus den Kreisen der Christen eine viel größere Zahl von Personen verhaftet, über welche ein Kriegsgericht aburtheilen soll. Die griechische Regierung hat deshalb alle für Makedonien ernannten griechischen Konsuln angewiesen, sofort auf ihre Posten zu gehen und über die Vorfälle genaue Ermittelungen anzustellen. —

Asien.

Die Zukunft der spanischen Kolonien in Ostasien. Die „Int. Korr.", der wir die Verantwortung für die Meldungen überlassen müssen, schreibt: Die am 27. Sept. in Washington eingetroffenen philippinischen Aufständischen-Führer Agoncillo und Lopez, welche als Abgesandte Aguinaldos und der „philippinischen Nationalversammlung" Mac Kinley bitten wollen, die Unabhängigkeit der gesammten Inselgruppe anzuerkennen und dieselbe unter den Schutz der Vereinigten Staaten zu stellen, werden voraussichtlich mit ihrer Mission einen vollständigen Erfolg erzielen. Nach den neuesten in Madrid eingetroffenen Meldungen zeigt sich Mac Kinley doch entschlossen, den Forderungen bezüglich der sofortigen Annexion der Philippinen entgegenzutreten und eine solche vorläufige Lösung der Frage vorzuziehen, welche einerseits dem Dazwischentreten anderer Mächte ausweicht und andererseits den Vereinigten Staaten die Möglichkeit bietet, in einem späteren Augenblick das jetzt Beiseitegelassene nachzuholen. Von Personen, die dem Präsidenten nahestehen, wird erklärt, Mac Kinley schrecke vor den finanziellen Opfern zurück, welche die Organisirung eines festen Kolonialsitzes in Ostasien erfordere. Es sei gleichbedeutend, ob in diesem Augenblick nur die Insel Luzon oder gleich die ganze Gruppe der Philippinen und Karolinen in Besitz genommen werde. Schon Luzon erfordere eine starke militärische Besatzung, für welche sehr kostspielige Magazine, Kasernen, Festungen, Kriegshäfen anzulegen seien, außerdem müsse sofort eine Kette von Flotten-Stützpunkten im Stillen Ocean geschaffen werden, wodurch leicht ein Gesammtaufwand von einer Milliarde Dollars nothwendig werden könne. Wenn dagegen jetzt die Inselgruppe eine nominelle Unabhängigkeit unter amerikanischem Protektorat erhalte, so werde die Union doch nach Verlauf einiger Jahre der thatsächliche Besitzer der Inseln sein, auf welches Ereigniß man sich inzwischen langsam vorbereiten könne.

Wie eine in Madrid eingetroffene Depesche aus Ilo-Ilo meldet, dehnt sich die aufständische Bewegung auf den Philippinen immer weiter aus.

Gleichzeitig wird von den Karolinen gemeldet, daß die dortige 200 Mann starke Besatzung schon seit sechs Wochen von mehreren tausend Aufständischen eingeschlossen sei und aus Mangel an Lebensmitteln und Schießbedarf wohl bald kapituliren werde. —

Ueber die provisorische Regierung auf den Philippinen wird aus Manila berichtet: In der Nationalversammlung weigern sich die Delegirten des Nordens, besonders die der Pampangas und der Ilocos, eine Land- oder Kopfsteuer zu genehmigen. Das Volk glaubt nämlich, daß die Revolutionäre überhaupt die Steuern abschaffen wollen. Die Pampangas bewohnen den reichsten landwirthschaftlichen Distrikt der Philippinen, und die Ilocos und Gambalas, die abgehärtetsten und kriegerischsten unter den Insurgenten, mißtrauen den Tagalos und bestehen auf Gründung einer amerikanischen Schutzherrschaft. Bei einer Debatte über die Einführung einer Landsteuer in der Nationalversammlung wiesen einige Redner darauf hin, daß die Lasten dadurch ungleich vertheilt und die Tagalos ungebührlich begünstigt werden würden. Es möge erst ein Ausweis über die Ausgaben vorgelegt werden. Dann solle man zur Abstimmung schreiten. Da der Ausweis nicht produzirt wurde, vertagte man die weitere Berathung über die Angelegenheit. Aguinaldo sieht die Schwierigkeit, so viele widerstreitende Interessen zu versöhnen, ein, hofft aber, daß die Großmächte den Philippinen Gelegenheit geben werden, zu zeigen, ob sie zur Selbstregierung fähig sind. Er beschwert sich darüber, daß die spanischen Priester Uneinigkeit in den Reihen der Insurgenten zu säen bemüht sind und so auch den Amerikanern Schwierigkeiten bereiten. Sie bestechen die Eingeborenen, damit diese Ruhestörungen verursachen, um bei den Amerikanern den Glauben zu erwecken, die ganze Bevölkerung sei unversöhnlich. Die Priester liefern den eingeborenen Offizieren Uniformen, um sich in der Stadt als Rebellenoffiziere zu geriren. Die Flotte der Philippiner zählt jetzt acht Dampfer. Sie werden einstweilen zu Truppentransporten nach den südlich gelegenen Inseln verwandt. Dort soll nämlich ein großer Feldzug gegen die Spanier beginnen. —

Zur Krisis in Peking. Die „Times" melden aus Peking, am 28. d. M. seien sechs Anhänger der Reformpartei, darunter ein Bruder Kang-Yu-Wei's, ein Zensor und ein Sohn des Gouverneurs von Hupe wegen Verschwörung gegen die Kaiserin-Wittwe hingerichtet worden. In der Stadt sei alles ruhig.

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" aus Shanghai will Humantse, der Führer der Aufständischen in Sz'tschwan, die Stadt Tschungking angreifen. —

Der Korrespondent des „Reuter'schen Bureaus" telegraphirt aus Peking von vorgestern, der baldige Tod des Kaisers sei nicht unwahrscheinlich, doch werde derselbe die Lage nicht ändern. Die Kaiserin-Mutter werde wahrscheinlich einen Strohmann als Nachfolger aufstellen und die Regierungsgewalt selbst behalten. Es verlaute, daß die Kaiserin persönlich entschiedene Anschauungen betreffend einen Angriff Rußlands auf die Mandschurei hege. Obgleich sie wahrscheinlich Li-Hung-Tschang wieder einsetzen werde, dürfte sie doch kaum den russischen Plänen Vorschub leisten.

Letztere Auffassung dürfte nicht zutreffend sein. Gewiß wird die Kaiserin-Regentin auch gegenüber Rußland möglichst selbständig bleiben wollen, aber der russische Einfluß in Nord-China ist schon viel zu groß geworden, als daß er noch gänzlich zurückgewiesen werden könnte. —

Amerika.

Washington, 29. September. Nach den amtlichen Berichten über den Stand des gelben Fiebers belief sich bisher im Staate Louisiana die Zahl der Todesfälle auf 8, die der Erkrankungen auf 143, während in Mississippi 17 Todesfälle und 179 Erkrankungen festgestellt wurden. —

Aus Philadelphia melden die „Times", die demokratische Konvention des Staates New York, welche in Syrakus zusammengetreten ist, habe eine Platform angenommen, in welcher der Währungsfrage keinerlei Erwähnung gethan wird. Vor der Annahme der Platform habe der Ausschuß, welcher mit der Feststellung derselben betraut war, eine Abordnung der Silber-Partei empfangen, aber sich endgiltig geweigert, sich in irgend einer Form für Silber auszusprechen. Die Konvention habe sodann als Kandidaten für den Gouverneurposten des Staates New York Augustus Van Wyck aufgestellt, den Bruder des Bürgermeisters von New York, der seinerzeit von dem Demokratenführer Croker und von Tammany-Hall vorgeschlagen wurde. —

Partei-Nachrichten.

Auf dem Stuttgarter Parteitage werden, nach einer vorläufigen Zusammenstellung, durch eigene Delegirte vertreten sein: Berlin mit 16, die übrigen Kreise der Provinz Brandenburg mit 15 Delegirten, ganz Brandenburg zusammen also durch 31 Delegirte. Die Provinzen Pommern und Ostpreußen senden je 2, Westpreußen 1 Delegirten, Schlesien 5, die Provinz Sachsen 11, Schleswig-Holstein 6, die Provinz Hannover 9, Westfalen 6, Rheinland 18, Hessen-Nassau 7, ganz Preußen zusammen 93 Delegirte. Von den Hansestädten werden Hamburg durch 5, Bremen und Lübeck durch je 1 Delegirten vertreten sein. Mecklenburg, Braunschweig, Anhalt und Oldenburg senden zusammen 8, das Königreich Sachsen 21, die thüringischen Herzogthümer 6, Hessen (Großherzogthum) 11, Bayern 14, Baden 11, Elsaß-Lothringen einen eigenen Delegirten. Von Württemberg sind bis jetzt 10 Delegirte gemeldet.

Nach dieser, wie gesagt, vorläufigen Zusammenstellung würden in Stuttgart 182 Delegirte zusammenkommen, welche Zahl sich durch die noch nicht gemeldete Betheiligung aus einer Anzahl Kreisen namentlich Süddeutschlands aber voraussichtlich noch erhöhen wird. Der Kostenersparniß halber haben auch in Süddeutschland die meisten Kreise sich mit der Entsendung eines Delegirten begnügt. Weibliche Delegaturen sind bis jetzt drei bekannt, davon kommt eine auf Hamburg, die übrigen auf Berlin.

In Breslau wurde am Mittwoch der verstorbene Parteigenosse Bruno Geiser unter Betheiligung von vielen Hunderten von Parteigenossen auf dem Oswitzer Kommunal-Friedhofe zur Ruhe bestattet. Die „Breslauer Morgenzeitung" schätzt die Zahl der Leidtragenden auf 2000. Auch in der großen Zahl der durchweg prachtvollen Kranzspenden kam die Sympathie zum Ausdruck, die sich Geiser unter den Arbeitern Breslau's erworben hat. Selbstverständlich durfte bei dem Begräbniß auch die Polizei nicht fehlen. Sie war zahlreich aufgeboten. Vor dem Trauerhause hatte sich ein Polizei-Inspektor postirt, der jeden Kranzträger anhielt, um die Inschriften der Schleifen auf ihre Staatsgefährlichkeit hin zu untersuchen; Schleifen, die Worte wie Freiheit und Recht, Arbeiterbewegung, Mitkämpfer ꝛc. enthielten, mußten so zusammengesteckt werden, daß es unmöglich war, diese Inschriften noch zu lesen. Die „Begründung" dieser obrigkeitlichen Maßregel lautete: „Alles, was über das Maß des Gewöhnlichen hinausgeht, ist nicht gestattet".

Aus Erlangen wird uns geschrieben: Unsere alte Universitätsstadt brachte bei der Reichstagswahl zum Schrecken aller Spießbürger 1500 sozialdemokratische Stimmen auf und gab mit Fürth den Ausschlag, daß Genosse Segitz gewählt wurde. Noch heute randaliren Spießer, Studenten u. s. w. über die „Schande", daß eine so alte „alma mater" sozialistisch vertreten ist. — Ungezogene Kinder, sollten sich lieber über ihre verständige „Mutter" freuen!

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Zu der gestrigen Notiz über die Verurtheilung und sofortige Verhaftung des Genossen Dylong in Beuthen bringt das polnisch-sozialdemokratische Partei-Organ „Gazeta Robotnicza" in der letzten Nummer folgende Erklärung:

„Das betreffende Flugblatt, für dessen Vertheilung der Genosse Dylong zu einer so ungewöhnlich hohen Strafe (1½ Jahr Gefängniß. Red. d. „Vorw.") verurtheilt wurde, ist zum größten Theil die Uebersetzung eines von den deutschen Genossen für Zauch-Belzig-Jüterbogk herausgegebenen Wahl-Flugblattes. Es ist keinem Staatsanwalt in Deutschland eingefallen, dasselbe unter Anklage zu stellen. Der ins Polnische übersetzte Inhalt des genannten Flugblattes wurde schon am 19. März d. J. als Leitartikel in der „Gazeta Robotnicza" abgedruckt und in mehreren tausend Exemplaren an die polnischen Genossen versandt und ist bis heute, nachdem die strafrechtliche Verfolgung verjährt ist, von keiner Seite beanstandet worden. Genosse Dylong, als Vertrauensmann und Kolporteur der „Gazeta Robotnicza", hatte auch kein Bedenken, nach 3 Monaten denselben Aufruf, welcher aus der „Gazeta Robotnicza" in Form eines Wahlflugblattes abgedruckt worden ist, in dem Wahlkreise Beuthen-Tarnowitz zu vertheilen. Und dafür solche hohe Strafe! Ob Berufung eingelegt ist, konnten wir bis jetzt nicht erfahren. Die kapitalistischen Zeitungen in Oberschlesien drücken unverhohlen die größte Freude aus, daß einer der eifrigsten Agitatoren in Oberschlesien für längere Zeit unschädlich gemacht worden ist. Genosse Dylong hinterläßt eine kränkliche Frau nebst 8 Kindern in der allergrößten Noth."

— Aus Glauchau i. S. wird uns telegraphirt, daß Genosse Ignaz Auer, der durch Aeußerungen in einer Wählerversammlung in Callenberg groben Unfug begangen haben sollte, vom Gericht kostenlos freigesprochen worden ist.

— Wegen Hausfriedensbruchs mit 20 M. bestraft wurde der Genosse Brüsch vom Schöffengericht Strasburg i. d. U., weil er gelegentlich der Verbreitung von Wahlflugblättern nicht

sofort einen Gutshof verlassen hat, obwohl er dazu von zuständiger Seite wiederholt aufgefordert worden war.

— Der Parteigenosse Hofer, Gutsbesitzer in Gr.-Skaisgirren in Ostpreußen, hatte vom Amtsvorsteher in Plaschken ein Strafmandat erhalten, weil eine Wahlversammlung daselbst, wo er gesprochen hatte, von dem Einberufer früher einberufen worden war, als die Anmeldebescheinigung besagte. (In der Anmeldebescheinigung war die betreffende Ziffer undeutlich geschrieben.) Hofer selbst hatte die Versammlung weder einberufen noch eröffnet, noch geleitet. Das Schöffengericht in Tilsit, dessen Entscheidung er anrief, kassirte natürlich das Strafmandat des Herrn Amtsvorstehers.

— Das Landgericht in Frankfurt a. M. sprach den Parteigenossen Brühne von der Anklage frei, den Gendarmen Voigt beleidigt zu haben. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängniß beantragt.

Preußische Landtagswahlen.

Der plutokratische Charakter des Dreiklassen-Wahlsystems dürfte bei den bevorstehenden Neuwahlen noch deutlicher zu tage treten, als es bisher bereits der Fall gewesen. Für die Bildung der Wählerklassen gelten diesmal die aus den neuen Steuergesetzen folgenden neuen Bestimmungen vom 1. April 1895, die hauptsächlich darin bestehen, daß für die Eintheilung der Klassen nicht nur, wie noch im Jahre 1893, die direkten Staatssteuern, sondern auch die direkten Gemeindesteuern, Kreissteuern und Bezirkssteuern maßgebend sind. Ferner kommt diesmal auch die Ergänzungssteuer in Anrechnung, wodurch das Wahlrecht der besitzenden Klassen nicht unerheblich verstärkt wird. Ganz besonders bevorzugt sind außerdem noch die Gutsbezirke, in denen keine Gemeindesteuern erhoben werden, wo aber an deren Stelle die vom Staate veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer mit in Rechnung gezogen wird, Steuern, die thatsächlich den Gutsbesitzern erlassen sind, die aber so eingestellt werden, als würden sie wirklich entrichtet.

Welche Folgen diese Aenderungen haben werden, läßt sich im voraus nicht sagen. Im allgemeinen werden sie den plutokratischen Charakter des Wahlsystems ja noch deutlicher offenbaren, was aber nicht ausschließt, daß hier und da die gegentheilige Wirkung erzielt und daß namentlich in solchen Kreisen, wo wenig oder gar keine Besitzenden wohnen, der Einfluß des Proletariats gestärkt wird. Jedenfalls werden wir uns gegenüber der Wahl von 1893 auf große Verschiebungen gefaßt machen müssen.

Einen Schluß auf die durch die Abänderung der Steuergesetzgebung erzielten Aenderungen bei der Bildung der Wählerklassen lassen die Nachwahlen zu, die seit 1893 stattgefunden haben. Es sei als Beispiel hier die im Januar 1896 erfolgte Nachwahl im vierten Berliner Landtags-Wahlkreise angeführt, für die die „Freis. Ztg." vor einigen Wochen beachtenswerthes statistisches Material veröffentlicht hat. Dieser Wahlkreis umfaßt das rechte Spree-Ufer, obere Stadt, die Bevölkerung ist dort weniger wohlhabend als die Bevölkerung Berlins im Durchschnitt, und es kann, wie die „Freis. Ztg." aus dem Ergebniß der letzten Reichstagswahlen folgert, keinem Zweifel unterliegen, „daß die Sozialdemokratie hier in der dritten Abtheilung Aussicht haben würde, eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Wahlmännern durchzubringen, und vielleicht auch in einer allerdings beschränkten Zahl von Urwahlbezirken der zweiten Abtheilung." Im Jahre 1893 wählten hier 1046 Wahlmänner, wovon 821 dem freisinnigen Kandidaten ihre Stimme gaben. Im Jahre 1896 fanden nun in 173 von den 225 Urwahlbezirken dieses Kreises Ersatzwahlen der Wahlmänner statt, wobei die Drittelung bereits nach den neuen Vorschriften vor sich ging. Addirt man nun die Steuersummen, mit denen die letzten Wähler der ersten und zweiten Abtheilung im Jahre 1893 abschlossen, und vergleicht den Durchschnitt dieser Steuersummen mit dem Durchschnitt von 1896, so ergiebt sich, daß 1893 in der ersten Wählerabtheilung die letzten Wähler durchschnittlich 1015 M. Steuern zu zahlen hatten, 1896 hingegen durchschnittlich 1668 M., in der zweiten Abtheilung erhöhte sich der durchschnittliche Steuersatz der letzten Wähler von 113 auf 197 M. Leider ist es infolge der mangelhaften Statistik nicht möglich, nachzuweisen, wie diese Erhöhung der Steuergrenzen auf die Wählerzahl in den einzelnen Abtheilungen eingewirkt hat.

Im einzelnen betrug 1893 der Steuerbetrag an der untersten Grenze der zweiten Abtheilung in 31 Urwahlbeizrken 26 M. und weniger, 1896 hingegen hatte sich die Zahl dieser Bezirke auf 18 vermindert. In 16 Bezirken schloß 1893 die zweite Abtheilung mit 16 M. ab, 1896 nur noch in 6 Bezirken. In 4 Bezirken hatte sich die Untergrenze der zweiten Abtheilung von 6 auf 12 M., in einem sogar von 6 auf 18 M., in 3 Bezirken von 9 auf 18 M. erhöht. Auch in der ersten Abtheilung hat sich die unterste Grenze im allgemeinen erhöht; so gab es 1893 noch 3 Bezirke, welche mit weniger als 100 M. abschlossen, 1896 hingegen betrug der niedrigste Satz für diese Klasse in einem Bezirk 97 M. Andererseits ist hervorzuheben, daß in einzelnen wenigen Bezirken nicht eine Erhöhung, sondern eine Ermäßigung der Steuergrenze eingetreten ist, so daß also Wähler, die 1893 in der dritten oder zweiten Klasse wählten, 1896 in die erste bezw. zweite Klasse aufgerückt waren, ein Beweis dafür, daß trotz des plutokratischen Charakters des Dreiklassen-Wahlsystems durch Zufall doch einmal das Gegentheil von dem bewirkt werden kann, was die Reaktion mit ihrer Verschlechterung des Wahlrechts erstrebt hat. —

Eine litthauische Kandidatur.

Die Litthauer haben in Memel eigene Landtagskandidaten aufgestellt. Diese Kandidaten haben sich den Wählern gegenüber verpflichten müssen, die Nationalität in Sprache und Religion zu schirmen, Förderung der Landwirthschaft als der Quelle alles Volkswohlstandes, kein Zunftzwang, sondern freies Erwerbsleben, keine Gefängnißarbeit und dadurch Beschränkung des freien Mannes, keine Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft durch die Industrie, keine Verschärfung des Vereins- und Versammlungsgesetzes u. s. w. —

Soziales.

Die Häufigkeit der Sterbefälle an Lungenschwindsucht unter der Bevölkerung des Deutschen Reichs und einiger anderen Staaten Europa's. Im Kaiserlichen Gesundheitsamt sind kürzlich eingehende Untersuchungen darüber angestellt worden, ob die durch Lungenschwindsucht und Tuberkulose verursachten Sterbefälle neuerdings zugenommen haben, oder ob etwa eine stetige Abnahme derselben sich hier und da zuverlässig nachweisen läßt. Die Ergebnisse der in Band XIV der „Arbeiten aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamt" veröffentlichten Untersuchungen sind am Schlusse in mehreren Sätzen zusammengefaßt, welche u. a. folgendes besagen:

Die allgemeine Schwindsuchts-Sterbeziffer, d. h. die auf je 1000 Lebende der Gesammtbevölkerung umgerechnete Zahl der Sterbefälle an den unter dem Namen „Schwindsucht" oder „Tuberkulose" zusammengefaßten Krankheiten ist seit dem Jahre 1880 in fast allen europäischen Staaten, aus denen Angaben benutzt werden konnten, geringer geworden.

Mit der Abnahme der allgemeinen Schwindsuchts-Sterbeziffer ging in der Regel eine beträchtliche Abnahme der jährlichen Sterbefälle unter den im Alter von 15 bis 60 Jahren stehenden Personen einher.

In Preußen, Bayern und Sachsen sind Personen von 15 bis 60 Jahren in größter Zahl im Jahre 1890, d. h. zur Zeit der ersten großen Influenza-Epidemie, an Tuberkulose gestorben; seitdem war die Zahl solcher Gestorbenen zwar in keinem Jahre mehr so hoch, jedoch im Jahre 1893 und im Jahre 1894 wieder höher als unmittelbar vorher. In Württemberg, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen ist die höchste Zahl der betr. Sterbefälle seit 1892 im Jahre 1894 beobachtet worden. (Für die Zeit vor 1892 fehlen hier die genauen Angaben.)

Innerhalb Preußens starben im Alter von 15 bis 60 Jahren, wenn man die vier Jahre um die Zeit der beiden letzten Volkszählungen (d. h. 1890, 1891, 1895, 1896) berücksichtigt, auf je 1000 Lebende dieses Alters die wenigsten Personen an Tuberkulose in Ost- und Westpreußen, die meisten in Westfalen und in der Rheinprovinz. (Aus Bayern und Württemberg fehlen genaue Angaben über die Altersgliederung der Bewohner bei der letzten Volkszählung.)

Nach den aus den 6 größten Staatsgebieten des Deutschen Reiches vorliegenden zehnjährigen Ausweisen war gemäß den Eintragungen in die Sterberegister für das Absterben der Gesammtbevölkerung die Lungenschwindsucht und Tuberkulose von der größten Bedeutung im Großherzogthum Hessen, demnächst im Königreich Preußen und in Baden, von geringerer in Bayern und Elsaß-Lothringen, von geringster Bedeutung im Königreich Sachsen. Innerhalb des Staates Preußen war die Tuberkulose von größter Bedeutung in Westfalen, Hessen-Nassau und in der Rheinprovinz, von geringster in Ostpreußen, Westpreußen und Pommern.

(„Reichs-Anzeiger."

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Vergolder und Versilberer! Kollegen! Diejenigen unter Euch, die noch nicht in den Ausstand getreten sind, werden ersucht, sich bei der Kommission, Zeughofstr. 22, zu melden. In verschiedenen Werkstätten wird noch gearbeitet und so glauben die Fabrikanten bei ihrer ablehnenden Haltung beharren zu dürfen. An den Kollegen liegt es also, wenn der Streik seine Wirkung noch nicht ausgeübt hat. Kollegen! Schließt Euch alle den Streikenden an. Die Agitations-Kommission.

Deutsches Reich.

Protestversammlungen gegen die Zuchthausvorlage wurden ferner abgehalten in Erfurt, Döbeln, Hannover, Harburg (3 Versammlungen.)

Ergebnisse der amtlichen Streikstatistik in Preußen. In der zweiten Auflage des Handwörterbuches der Staatswissenschaften die in der Vorbereitung begriffen ist, werden, wie Herr Oldenberg (Marburg) in der „Sozialen Praxis" mittheilt, die Ergebnisse der preußischen Streikstatistik, an deren Fragenschema sich die künftige Reichsstatistik anschließen wird (mit einigen Erweiterungen auch den Schutz der Streikbrecher betreffend), mitgetheilt werden. Die hauptsächlichsten Daten theilt Herr Oldenberg der „Sozialen Praxis" wie folgt mit:

Periode	Zahl der Streiks	Zahl der Betheiligten	Zahl der betheiligten Betriebe	Minderjährige Theilnehmer pCt.	Kontraktbrüchige Theilnehmer pCt.	Forderungen der Arbeiter durchgesetzt: ganz pCt.	theilweise pCt.	nicht pCt.	unbekannt[1]) pCt.
1. I. 1889 bis Ende April 1890	715	289 283	—	10	73	16,8	43,1	36,4	3,8
Sommer 1890[2])	216	28 643	—	10	25	11	23	57	9
Winter 1890—91	71	6 573	—	14,8	46	16,9	18,3	62,0	2,8
Sommer 1891	118	25 100	—	17,4	94	8,5	13,5	72,9	5,1
Winter 1891—92	99	7 787	—	6,7	24,3	15,2	14,1	67,7	3,0
Sommer 1892	99	7 878	—	18,9	48,4	15,6	17,7	64,6	3,0
Winter 1892—93	116	55 882	—	19,1	97,2	10,3	18,1	44,0	27,6[3])
Sommer 1893	74	4 070	—	15,5	36	12,5	11,3	73,0	4,1
Winter 1893—94	48	2 835	—	10	51,3	29,2	18,8	47,9	4,2
Sommer 1894	127	9 754	—	15	49	7,1	13,4	77,2	2,4
Winter 1894—95	71	3 861	—	4,5	45,6	25,3	28,9	49,3	1,4
Sommer 1895	189	6 365	—	6,85	27,8	33,3	15,3	49,2	2,1
Winter 1895—96	606	17 349	—	5,75	27,8	64,5	13,0	20,1	2,3
Sommer 1896	304	51 309	2 696	4,2	14,8	51,2	19,8	20,7	8,3
Winter 1896—97	158	16 181	658	9,2	35,4	36,1	15,0	32,3	16,5
Sommer 1897	285	25 398	1 109	1,7	32,0	31,3	32,4	33,7	2,6

Von den Streikenden gehörten an

Periode	dem Bergbau	dem Baugewerbe	der Textilindustrie	der Metallindustrie	anderen Berufen
1. I. 1889 bis Ende April 1890	179 344	50 508	5 870	8 324	45 237
Sommer 1890[2])	455	6 008	3 595	7 329	11 256
Winter 1890—91	1 985	109	412	211	3 856
Sommer 1891	23 081	590	166	91	1 172
Winter 1891—92	1 845	528	590	276	4 548[4])
Sommer 1892	1 439	1 971	1 300	172	2 996
Winter 1892—93	53 915	360	192	230	1 185
Sommer 1893	449	442	423	48	2 708
Winter 1893—94	—	388	644	139	1 664
Sommer 1894	3 928	1 786	517	210	3 313
Winter 1894—95	237	210	1 584	1 249	581
Sommer 1895	333	2 284	883	331	2 534
Winter 1895—96	2 628	915	1 525	316	11 965
Sommer 1896	1 061	21 673	3 216	4 455	20 904
Winter 1896—97	576	1 402	1 409	1 582	11 212
Sommer 1897	5 401	11 166	730	1 830	6 271

Im Vergleich mit der von der Generalkommission der Gewerkschaften aufgenommenen Statistik sagt der Verfasser: „Die Statistik der Arbeiter ist theils vollständiger, theils lückenhafter als die Staatsstatistik; der Begriff Streik ist anders gefaßt und nicht einmal die Zeiträume der Erhebung decken sich. Es braucht deshalb nicht nothwendig als Widerspruch aufgefaßt zu werden, wenn die Arbeiterstatistik den Erfolg der Streiks optimistischer zu beurtheilen scheint als die Regierungspräsidenten und ihre Polizei-Organe. Es mag beklagt werden, daß nicht statt der Verwaltungsorgane die Gewerbe-Aufsichtsbeamten unter entsprechender Vermehrung ihres Personals zur Berichterstattung herangezogen worden sind.

Maurerstreiks. In Flensburg ist die Lage des Streiks unverändert, obwohl es den Unternehmern gelungen ist, vier Streikbrecher aus Mecklenburg (Umgegend von Rostock) heranzuziehen. Diese besaßen die Unverfrorenheit, 122 M. vom Streikkomitee zu verlangen für ihre eventuelle Abreise. Die Streikenden verzichteten jedoch unter diesen Umständen auf die „Solidarität" der biederen Mecklenburger. Ungetrübte Freude haben aber auch die Unternehmer nicht an ihren Importirten. Ein Tiroler, der den Unternehmern nicht weniger als 62 M. Transport- und Verpflegungskosten verursacht haben soll, war so wenig von der Flensburger Gastfreundschaft erbaut, daß er, ohne sich die Arbeit auch nur angesehen zu haben, Flensburg den Rücken kehrte. — Der Streik in Tangermünde hat durch Vergleich sein Ende erreicht. Der Lohn wurde auf 33 Pf. statt der geforderten 35 Pf. festgesetzt; Junggesellen erhalten 30 Pf. und alte, nicht mehr im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft befindliche Kollegen 30—33 Pf. pro Stunde. Weiter wurde vereinbart, daß im Dezember d. J. die Meister mit der Gesellen-Lohnkommission zusammentreten, um die Arbeitsbedingungen für das nächste Jahr festzusetzen.

Die Klempner und Installateure in Kassel haben ihren Streik nach fünfwöchiger Dauer beendet. Die Bewegung ist zu ungunsten der Arbeiter verlaufen. Da mehrere Maßregelungen vorkommen werden, so wird gebeten, den Zuzug fernzuhalten.

[1]) Oder Streik noch nicht beendet. [2]) Der April 1890 kommt hier zum zweiten Male zur Nachweisung. [3]) In diesen Fällen hatten die Streikenden keine Forderung gestellt; es handelt sich dabei fast durchweg um sogenannte Sympathiestreiks westfälischer Bergleute. [4]) Darunter 3709 Arbeiter des Buchdrucks in 25 Streiks, von denen 21 erfolglos verliefen, 4 getheilten Erfolg hatten. 295 dieser Streikenden waren minderjährig, 234 brachen den Kontrakt.

Die Gothaer Brauerei-Arbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern zehnstündige Arbeitszeit, Anfangslohn 20 M., Bezahlung der Sonntagsarbeit über zwei Stunden und Entschädigung der Ueberstunden mit 40 Pf. Bis jetzt hat eine Brauerei sämmtliche Forderungen bewilligt.

Ausland.

Dem Streik der Pariser Erdarbeiter wollen jetzt auch die Maler und Anstreicher beitreten. Ein diesbezüglicher Beschluß soll in den nächsten Tagen gefaßt werden.

Soziale Rechtspflege.

Eine für die unfallversicherten Arbeiter außerordentlich wichtige Entscheidung, die einen Bruch mit der bisherigen Praxis des Reichs-Versicherungsamtes bedeutet, hat das Rekursgericht für Unfallsachen gefällt. Der Arbeiter Traut verlangte von der hessen-nassauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft eine Unfallrente und machte geltend, daß er sich im Herbst 1896 durch einen Fehltritt eine Fußverletzung zugezogen habe. Mehrere Aerzte, die gutachtlich gehört wurden, erklärten, die Erwerbsfähigkeit des Klägers sei infolge des Unfalles nicht mehr beschränkt. Die Berufsgenossenschaft verweigerte Traut darauf die Rente. Das Schiedsgericht, bei dem Traut Berufung einlegte, ließ sich dann von dem Oberarzt Dr. Weintraut ein Obergutachten erstatten, worin etwa folgendes ausgeführt wurde: Direkte Folgen des Unfalles lägen nicht mehr vor, wenn auch T., der früher eine wetterfeste Person gewesen sei, jetzt an nervöser Zerrüttung kranke. Es habe sich bei ihm eine schwere Neurasthenie herausgebildet, die seine Erwerbsfähigkeit um die Hälfte beeinträchtige. Mit dem Unfalle hinge das nur indirekt zusammen; man könnte es eher **als eine Folge der Unfall-Versicherungsgesetzgebung bezeichnen.** Denn eine wesentliche Ursache des Leidens sei der Kampf um die Rente, der Wunsch, möglichst viel herauszuschlagen, der zuweilen die Verletzten geradezu zu Betrügern werden lasse. Das Schiedsgericht wies die Berufung nunmehr zurück, indem es ausführte, daß eine Folge von gewissen Rechtsverhältnissen auch nicht mittelbar als Folge eines Unfalles gelten und nicht der Berufsgenossenschaft zur Last gelegt werden könne. Das Reichs-Versicherungsamt unter dem Vorsitz des Geh. Regierungsrathes Stolzmann hob jedoch die Entscheidung auf und verurtheilte die Berufsgenossenschaft, dem Kläger 50 pCt. der Vollrente zu gewähren. Der Vorsitzende bemerkte, daß das Gericht seinem Urtheil das Gutachten des Dr. Weintraut zu grunde gelegt habe.

Das Gutachten des Herrn Dr. Weintraut bildet wohl so ziemlich das äußerste, was den unfallversicherten Arbeitern nachgesagt worden ist. Ob der Herr schon einmal darüber nachgedacht hat, daß die nervöse Aufregung, in die die verkrüppelten Arbeiter oft verfallen, weit eher dem Umstande zuzuschreiben ist, daß die Berufsgenossenschaften um weniger Mark Rente willen oft mit dem Verletzten die hartnäckigste und für den Arbeiter verbittertsten Kämpfe führen? Der Herr möge sich nur einmal in die traurige Lage eines solchen mit seiner Familie meist im tiefsten Elend lebenden Mannes hineinversetzen und sich dann selber sagen, wie sein Urtheil in den meisten Fällen charakterisirt werden müßte!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 30. September. (Privat-Telegramm des „Vorwärts".) Der Dringlichkeitsantrag Schwegel, die Regierung solle die geheimen Abmachungen mit Ungarn darlegen, erhielt nach glänzender Rede des Genossen Daszynski's die Majorität: 172 gegen 162 Stimmen. Da bei Dringlichkeitsanträgen aber Zweidrittel-Majorität nöthig ist, gilt er als abgelehnt. Für Graf Thun bedeutet diese Abstimmung trotzdem eine ernste moralische Niederlage. Die Obstruktion ist damit endgiltig erledigt; die ganze Opposition folgt der von der Sozialdemokratie empfohlenen Taktik. Die Regierung ist in großer Verlegenheit, was sich deutlich in den provokatorischen Reden des Ministerpräsidenten kundgab. Parlamentarisch wird der Ausgleich sicher scheitern; es bleibt dem Grafen Thun nur noch der Staatsstreich.

Wien, 30. September. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Graf Thun hebt hervor, die Bedürfnisse der Monarchie und die Interessen der Bevölkerung drängten gebieterisch zur Aufnahme einer positiven parlamentarischen Arbeit hin. Die Behandlung des Ausgleiches müsse jedoch mit der ernstesten Absicht auf Fertigstellung aufgenommen werden. Es dürfe sich nicht darum handeln, den Ausgleich zu begraben, sondern denselben lebendig zu machen. Der Ministerpräsident weist sodann auf die verschiedenen Strömungen sowie die Scheidung der Meinungen hin. Die Majorität sei nach wie vor für die Arbeit und in den Reihen der Minorität zeige sich das Bestreben, die Opposition auf dem Gebiete des Ausgleiches aufzugeben, um in die Arbeit einzutreten. Diese Arbeit zu stören stehe im Widerspruch mit den Grundsätzen des parlamentarischen Lebens, insbesondere mit dem Grundsatze der Majorität. Die Störung der Arbeit durch die Minorität der Vertretung widerspreche dem parlamentarischen Prinzipe der Majorität. Die Regierung habe sich mit der Majorität geeinigt in dem Wunsche der ernsten Arbeit auf allen Gebieten. Der Ministerpräsident bittet das Haus vorerst in die Berathung der Ausgleichsvorlage und sodann in jene aller Regierungsvorlagen einzutreten, welche dem Bedürfniß des Staates und der Befriedigung dringender Forderungen der Bevölkerung entsprechen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.) Die Rede des Ministerpräsidenten wurde durch den Lärm seitens der Schönerianer wiederholt unterbrochen. Abg. Frhr. Schwegel begründet seinen gestern eingebrachten Dringlichkeitsantrag. Er vermißt Aufklärungen seitens des Ministerpräsidenten über etwaige Konsequenzen einer wirthschaftlichen Trennung und fragt nach dem Wesen der zwischen den beiderseitigen Regierungen getroffenen Vereinbarungen. Es sei Pflicht des Ministerpräsidenten, die Hindernisse zu beseitigen, welche die Thätigkeit des Hauses lähmen. Redner verwahrt sich gegen das Zustandekommen des Ausgleiches mittels § 14. Nach dem Abgeordneten Schwegel spricht nochmals Ministerpräsident Graf Thun und führt aus, das gegenwärtig interimistische Verhältniß mit Ungarn müßte auf grund des § 14 geschaffen werden, weil das im Vorjahre eingebrachte Ausgleichsprovisorium nicht zur Annahme gelangte.

Die Abgeordneten Prade und Daszynski stimmen der Dringlichkeit zu. Abg. Groß führt aus, Oesterreich werde nunmehr durch das dynastische Gefühl zusammengehalten. Der Abg. Lueger fordert Auskunft über die bezüglich der Erhöhung der Quote getroffenen Vereinbarungen. Hierauf wird die Dringlichkeit betreffend die Bekanntgabe der Abmachungen der beiderseitigen Regierungen im Falle der Aktionsunfähigkeit des Parlamentes abgelehnt und die Dringlichkeit bezüglich der ersten Lesung der Ausgleichsvorlagen angenommen. Nächste Sitzung findet am Montag statt.

Budapest, 30. September. (B. H.) Der unter dem Verdacht eines Attentatsvorhabens gegen das rumänische Königspaar in Orsova verhaftete angebliche Anarchist hat sich jetzt als ein arbeitsloser Photograph namens Georg Boscovics aus Belgrad entpuppt. Der Verhaftete bestreitet, irgend etwas Strafbares im Schilde geführt zu haben.

Paris, 30. September. (B. H.) In Regierungskreisen verlautet, zwischen der französischen und der englischen Regierung werde demnächst ein Meinungsaustausch zwecks freundschaftlicher Beilegung der Faschoda-Angelegenheit stattfinden.

Rom, 30. September. (W. T. B.) Wie die „Tribuna" meldet, hätten die französische und die englische Regierung den Vorschlägen der italienischen betreffend die Konferenz zur Berathung der Maßnahmen gegen die Anarchisten zugestimmt. Es sei somit die Zustimmung aller Regierungen erfolgt.

Hongkong, 30. September. (Meldung des Reuter'schen Bureaus.) Der chinesische Flüchtling Kang-Yu-Wei ist an Bord des Dampfers „Bellaret" und begleitet von dem englischen Kreuzer „Bonaventure" hier eingetroffen. Er wurde an Land gebracht durch die polizeiliche Oberaufsicht und in der Polizeikaserne untergebracht. Bei Sichtung von zwei chinesischen Kreuzern, welche den Kurs auf Kongkong gerichtet hatten, hatte die „Bonaventure" klar zum Gefecht gemacht.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Poetzsch in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Nr. 230. 15. Jahrgang. 1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt. Sonnabend, 1. Oktober 1898.

Kommunales.

Aus der Magistratssitzung am Freitag. Das Marktstättegeld, welches vor Errichtung der Markthallen dem Stadtsäckel eine jährliche Pachtsumme von 93 000 M. einbrachte, ist jetzt begreiflicherweise sehr stark herabgesunken, es beträgt nur noch 8500 M. Dasselbe wird jetzt noch von den hergerichteten Ständen auf den Jahrmärkten, den Weihnachtsmärkten, Bürgersteigen ꝛc. erhoben. Da nun die Einziehung dieses geringfügigen Stättegeldes mit vielen Schwierigkeiten verknüpft ist, so hat das Magistratskollegium beschlossen, vom 1. Januar 1899 ab von demselben abzusehen und zu dieser Maßnahme die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung nachzusuchen.

Die von der städtischen Baudeputation ihm unterbreiteten Pläne zur Errichtung einer 36klassigen Gemeindeschule (Doppelschule) und eines Straßenreinigungs-Depots mit einem Kostenaufwande von 595 000 M. bezüglich 13 500 M. hat das Magistratskollegium genehmigt; es wird die hierzu erforderliche Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung nachsuchen.

Zur Unterstützung seiner Bestrebungen zur Beseitigung der Trunksucht durch Errichtung eines Trinkeraspls hat der „Deutsche Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke" beim Magistrat um einen Beitrag nachgesucht. Das Magistratskollegium ist der Bitte insoweit nachgekommen, als es beschlossen hat, bei der Stadtverordneten-Versammlung zu beantragen, für den angegebenen Zweck in den nächstjährigen Etat einen Beitrag von 500 M. einzustellen.

Der Gesanglehrer am Berlinischen Gymnasium Zum Grauen Kloster, Professor Heinrich Bellermann, tritt im Oktober d. J. in Ruhestand. An seiner Stelle hat das Magistratskollegium den bisher am Askanischen Gymnasium wirkenden Gesanglehrer Langenlutje gewählt.

Das im Treptower Park errichtete Riesenfernrohr möchte das betreffende Komitee gerne der Stadt Berlin erhalten wissen und es hat sich deshalb an den Magistrat mit dem Anerbieten des Ankaufs für die Stadt gewendet, obwohl ihm, dem Komitee, von außerhalb günstige Ankaufsanerbietungen gemacht worden seien. Das Magistratskollegium hat indessen dennoch beschlossen, den Ankauf abzulehnen.

An der am Sonntag im Festsaale des Rathhauses stattfindenden Gedächtnißfeier für den verstorbenen Dichter und Schriftsteller Fontane wird sich der Magistrat durch eine Deputation betheiligen. Deputirt wurden vom Kollegium Bürgermeister Kirschner, Stadtschulrath Fürstenau und Stadtrath Friedel.

In der Angelegenheit betreffend die Errichtung eines städtischen Untersuchungsamts für Nahrungs- und Gesundheitsmittel und Gebrauchsgegenstände hat bekanntlich die Staatsbehörde ihre Absicht kundgegeben, ein staatliches Institut hierfür zu errichten, falls die Stadtgemeinde sich verpflichtet, niemals ihrerseits eine ähnliche Anstalt zu schaffen und ferner alle hygienischen Untersuchungen bei dem staatlichen Institut bewirken zu lassen. Der Magistrat hat diese Angelegenheit durch eine Subkommission vorberathen lassen und sich nach Berichterstattung derselben in seiner gestrigen Sitzung dahin schlüssig gemacht, der Staatsbehörde zu antworten, daß eine derartige Verpflichtung von ihm nicht übernommen werden könne, da einzelne Untersuchungen, z. B. des Nutzwassers, des Rieselwassers, des Gases ꝛc. nicht aus der Hand der städtischen Verwaltung gegeben werden könnten und für diese Verwaltungen bereits derartige Laboratorien bestehen.

Lokales.

Ziehfuhrwerke. „Zeig' mir den Wagen, in den Du Deine Möbel verpacken willst, und ich werde Dir sagen, wie reich Du bist," könnte man ein bekanntes Sprichwort variiren. Was alles in der Noth der Umzugstage zum Möbeltransport verwendet wird, ist erstaunlich. Da sind zuerst jene großen Kastenungethüme, die in schreienden Farben bemalt sind und durch ihre schwerfällige Fortbewegung so oft den Straßenverkehr hemmen. In ihren gepolsterten Wänden werden die Möbel und der reiche Hausschmuck jener Glückbegnadeten geborgen und mit Decken und Kissen sorgsam vor jeder Beschädigung geschützt, die einen oder gar zwei dieser Ungethüme mit ihrem Hausrath füllen können. Sie kennen die eigentliche Noth des Umzuges nicht. Für sie ist es ein Leichtes, sich einen Wagen zu beschaffen, kommt es ihnen doch auf zehn Mark mehr oder weniger nicht an. Von denen, die den bekannten Berliner Möbelwagen, grün gestrichen, mit herabzulassenden Planvorhängen an der Seite, benutzen, ist auch nur selten zu sagen, daß sie unter der Wagenmoth allzusehr zu leiden haben. Ihre Möbel werden immer noch regelrecht verpackt und sie können gewöhnlich auch die Umzugskosten ohne zu große Schmerzen bezahlen. Anders steht es meistens schon bei denen, die mit jenen Wagen vorlieb nehmen müssen, die der Grünkram- oder Kohlenhändler auf einem kleinen, bemalten Schilde so schön anpreist mit: „Hier werden Möbel und andere Fuhren gefahren." Der abgebildete, gebräuchliche Möbelwagen mit zwei kräftigen Pferden stellt sich in der Wirklichkeit gewöhnlich als ein schon etwas romponirter Geschäftswagen dar. Wenn es hoch kommt, ist er mit einem etwas schwächlichen Pferde bespannt. Es kommt aber auch vor, daß nur ein oder zwei Hunde ihn als „Ziehfuhrwerk" charakterisiren. In resignirter Galgenstimmung werden ihm die sieben Sachen aufgeladen. Vorn kommt das Sopha, auf dem Mutter und vielleicht noch ein oder zwei Männer mit zerbrechlichen Gegenständen in der Hand Platz nehmen. Die andern gehen meist mit einer Lampe oder einem Spiegel nebenher und achten darauf, daß die aufgepackten Sachen unterwegs nicht herabfallen und verloren gehen. Sind die Bettgestelle, die zwei oder drei Spinden, die wenigen Tische und Stühle und mancherlei Kram doch das ganze bischen Eigenthum, das sie besitzen. Diejenigen, die einen großen Möbeltransportwagen zum Umzug gebrauchen, hätten vielleicht diese Sachen als „alten Krempel" auf dem Boden stehen lassen. Außer diesen Fuhrwerken, die von vornherein zum Möbeltransport bestimmt sind, müssen auch noch allerlei Geschäftswagen herhalten. Bei denen, die nicht mal dies sich leisten können, wird aus der Noth ein Gebot gemacht und irgend ein zweirädriger Karren oder sogar ein Kinderwagen in Dienst gestellt. Diese Umziehenden fühlen die Noth des Umzugs am meisten. Sie haben die größte Quälerei und ihre wenigen Geräthe werden am meisten beschädigt.

Und wenn man nun die Anzahl der verschiedenen Möbelwagen-Kategorien mit einander vergleicht, so muß man zu dem Schluß kommen, daß unsere wohlhabende Bevölkerung, trotz aller ihr zu Gebote stehenden Wohnvergünstigungen, im Verhältniß unseßhafter ist, als die ärmeren Schichten, die so oft vom Ziehteufel besessen geschildert werden. —

Ueber die Bauthätigkeit in Berlin im Jahre 1897 geben nachfolgende Zahlen Aufklärungen. Es wurden insgesammt 1522 Bauscheine und 5987 Baugenehmigungen ertheilt. Hierdurch wurde der Bau von 526 Vorderhäusern, 911 Seitenflügeln, 542 Quergebäuden, 356 Hintergebäuden, 452 Schuppen und Buden und 4611 sonstiger Räume gestattet. Hierunter befinden sich nicht weniger als 10 Kirchen, Kapellen resp. Synagogen, 8 Schulgebäude, 10 Theater, Zirkus oder öffentliche Versammlungsräume, 276 Fabriken und Werkstätten, 95 Lagerhäuser und Speicher und 246 Ladenbauten.

Eine neue Art der Stein- und Mörtel-Förderung auf Bauten hat bereits bei mehreren Neubauten in Berlin und seinen Vororten Anwendung gefunden und scheint sich so zu bewähren, daß sie wohl in größerem Umfange sich einführen dürfte. Nach dem in Berlin seit alters herrührenden Brauche werden die für einen Bau erforderlichen Ziegel und der Mörtel zu den auf den Gerüsten befindlichen Arbeitsstellen der Maurer bekanntlich durch Arbeitsleute befördert, welche diese in hölzerne Mulden, den sog. „Mollen", geladenen Materialien auf der Schulter empor tragen und sie oben auf das Gerüst bezw. in die Mörtelkästen herabstürzen. Ganz abgesehen davon, daß hierbei verhältnißmäßig viel Ziegelbruch entsteht bezw. Mörtel verloren geht und durch letzteren eine starke Verschmutzung der Rüstungen stattfindet, hat diese Beförderungsweise den Nachtheil, daß zu ihr nur ganz hervorragend kräftige Arbeiter gebraucht werden können, die aber vielfach schon nach kurzer Zeit der übermäßigen Anstrengung und den mannigfachen Gefahren ihres Berufes erliegen.

Bei dem neuen Verfahren erfolgt die Verladung der Ziegel und des Mörtels nicht mehr in Mulden, sondern in Kästen aus verzinktem Eisenblech, die mittels Tragebändern wie ein Tornister auf dem Rücken getragen werden. Es hat dies noch den Vortheil, daß der Träger eines Kastens, der 30 bis 36 Ziegel oder eine entsprechende Mörtelmenge faßt, unter niedrigen Rüstungen sich bewegen und leichter überall hin gelangen kann, als ein Steinträger mit seiner sperrigen Mulde auf der Schulter. Das Entladen des Kastens wird durch Herunterklappen des beweglichen Bodens mittels zweier seitlich angebrachten Hebel bewirkt; die Höhe, aus der die Ziegel herabfallen, ist so gering, daß nur wenig Bruch entstehen kann. Bei der neuen Einrichtung kommt eine Förderung durch Menschenkraft überhaupt nur in wagerechter Richtung in betracht, während der anstrengendste Theil der zu verrichtenden Arbeit, das Bewegen der Last nach oben, durch eine einfache Vorrichtung erfolgt, die an jeder beliebigen Stelle des Baues zwischen 2 Balken angebracht, soweit die Balken der verschiedenen Geschosse senkrecht über einander liegen, auf leichteste Weise allmälig bis zu der erforderlichen Höhe verlängert werden kann. Diese Vorrichtung bedarf keines Antriebes durch Maschinenkraft, sondern wird derart betrieben, daß das Körpergewicht eines in dem einen Förderkorbe mit einem entleerten Kasten herabfahrenden Arbeiters den in dem anderen Korbe befindlichen Kasten heraufzieht. Der Arbeitsvorgang stellt sich also derart, daß ein Theil der Arbeiter unten die auf Schulterhöhe gestellten Kästen beladet, während ein anderer dieselben auf ein in gleicher Höhe angebrachtes Brett in den Förderkorb stellt, darauf unbelastet auf der Leiter bis zu dem in Frage kommenden Gerüst emporsteigt, dort die ankommenden Kästen auf den Rücken nimmt und ihren Inhalt an den einzelnen Arbeitsstellen entladet, endlich aber mit den leeren Kästen nach unten fährt und sie zur neuen Beladung bereit stellt.

Eine neue Omnibuslinie eröffnet heute (Sonnabend) den 1. Oktober der Berliner Spediteurverein vom Blücherplatz zum Wannseebahnhof Großgörschenstraße.

Die Bohrungen für die Unterpflasterbahn, mit denen seit mehreren Tagen in der Kleiststraße dicht am Nollendorfplatz begonnen worden ist, sollen dem Vernehmen nach in nächster Zeit auch an verschiedenen anderen Stellen der geplanten Strecke vorgenommen werden. Es handelt sich dabei zunächst um die Ermittelung der Bodenbeschaffenheit in den verschiedenen für die Bahnanlage in betracht kommenden Tiefen, was namentlich für die Einbettung des Bahngerüstes in dem Zuge der Bülow-, Kleist- und Tauentzienstraße, wo der Boden zumeist viel Grundwasser enthält, von Bedeutung ist.

Herr G. S. Schäfer, Lehrer und Sprecher der humanistischen Gemeinde, schied am letzten Sonntag, seinem 70. Geburtstag, nach dreißigjähriger Thätigkeit aus seinem Amte. In seinem Abschiedsvortrag führte er aus, wie seine ganze Lebensaufgabe darauf gerichtet gewesen sei, für die Verbreitung einer vernunftgemäßen Weltanschauung, für die Religion der That als sittliche und moralische Lebensführung zu wirken.

Der wegen Mordversuches, begangen an seiner Ehefrau, flüchtige Schankwirth Sarrach ist gegen Mitternacht ergriffen worden. Sarrach kam Donnerstag Abend um 11¼ Uhr in eine Wirthschaft mit weiblicher Bedienung an der Spandauer Brücke, wurde hier erkannt, festgenommen und nach dem Polizei-Präsidialgebäude gebracht. Hier wurde er von dem herbeigeholten Hausverwalter Glaede rekognoszirt und in Gewahrsam genommen. In dem Verhör, das man gestern mit ihm anstellte, behauptete er, in der Trunkenheit gehandelt zu haben. Er habe sich in einer Art Delirium befunden, wisse nicht, womit er seine Frau geschlagen und wohin er später das Werkzeug geworfen habe. Dem stehen die Aussagen seiner Frau und der Pförtnersleute gegenüber, die ihn noch um 11¼ Uhr abends gesehen und und gesprochen haben, als er ihnen ein Glas Bier anbot. Hiernach ist er ganz nüchtern gewesen. Den Brief an seine Frau in Rixdorf geschrieben und auf die Post gegeben zu haben, giebt Sarrach zu. Er behauptet auch, daß es ihm mit den Selbstmordgedanken ernst gewesen sei. Er habe in Berlin erst noch einmal ein Lokal besuchen und sich dann das Leben nehmen wollen.

Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft verlängert heute Sonnabend die Straßenbahnlinie „Danzigerstraße—Hermannplatz" (Rixdorf) durch die Berliner-, Richard- und Kannerstraße bis zur Verbindungsbahn.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Gestohlen ist vermuthlich eine silberne Zylinder-Remontoir-Uhr mit der Nr. 23 755, auf zehn Steinen gehend, nebst Nickelgliederkette mit schwarzer Emaille, welche Mitte September cr. von einem unbekannten etwa zwölf Jahre alten Knaben bei einer Trödlerin in der Gollnowstraße zum Kauf angeboten wurde. Als der Knabe aufgefordert wurde, zunächst seine Mutter, von der er zum Verkauf der Uhr beauftragt sein wollte, herbeizuholen, entfernte er sich unter Zurücklassung erwähnter Uhr, ohne wieder zurückzukehren. Der unbekannte Eigenthümer wolle sich in den Vormittagsstunden im Polizeipräsidium, Zimmer 326, melden.

Uhrendiebe sind gestern Mittag auf frischer That gefaßt worden, als sie versuchten, einen Einbruch in der Uhrenfabrik von Pinkus, Neue Schönhauserstr. 9, auszuführen. Die in der halben ersten Etage belegenen Pinkus'schen Geschäftsräume sind mit Rücksicht auf die dortselbst lagernden hohen Werthobjekte durch Sicherheitsschlösser und gepanzerte Thüren derartig geschützt, daß ein Einbruch in die Lokalitäten zur Nachtzeit ausgeschlossen erscheint. In der Mittagszeit von 1—3 Uhr, also zu einer Zeit, in welcher Einbruchsdiebstähle bei dem starken Verkehr in dem Hause für undurchführbar gehalten werden mußten, werden die Thüren zum Komptoir nur ins Schloß geworfen. Diese weniger sorgfältige Sicherung des Geschäftslokals benutzte nun am gestrigen Tage eine aus drei Personen bestehende Einbrecherbande, um mit Hilfe von Nachschlüsseln und Brecheisen in die Pinkus'schen Lagerräume einzudringen. Zufälligerweise begab sich der in demselben Hause wohnende Geschäftsinhaber kurz nach 1 Uhr, um einen vergessenen Gegenstand zu holen, in das Komptoir zurück und traf hier die Einbrecher, die in diesem Augenblick das Geschäft betreten hatten. Herr P., ein sehr kräftiger Mann, packte einen der Burschen, der hastig in die Tasche griff, vermuthlich um eine Waffe hervorzuholen, und warf ihn zu Boden. Die beiden Komplizen ergriffen die Flucht, doch gelang es, einen derselben auf der Straße festzunehmen; beide Verbrecher wurden dann nach der Polizeiwache in der Großen Hamburgerstraße gebracht. Hier wurden bei den Verhafteten verschiedene Einbruchswerkzeuge, ferner Schlagringe, Messer und gestoßener Pfeffer vorgefunden. Der letztere sollte zweifellos dazu dienen, bei etwaiger Ueberraschung hinzukommenden Personen in die Augen geworfen zu werden, um diese wehrlos zu machen.

Der gestern beim Dombau tödtlich verunglückte Arbeiter heißt Hilgus und nicht Siebusch, wie wir gestern berichteten. Er wohnte in Rahnsdorf.

Der wegen muthmaßlichen Mordes an der Frau Singer inhaftirte Schneider Guthmann hat im Laufe der Untersuchung unter anderem zu seiner Entlastung auch den Umstand geltend gemacht, daß er an dem am 19. Juni in Ziebingen (Kreis Weststernberg) stattgehabten Krieger-Bezirksfest theilgenommen habe. Wie eine vom Untersuchungsrichter an Ort und Stelle angeordnete Recherche ergab, hat sich an dem genannten Tage ein junger, schmächtiger Mensch in Ziebingen und auf dem Festplatz daselbst thatsächlich umhergetrieben, der infolge seines auffallend belästigenden Benehmens vom Festplatze gewiesen werden mußte. Ob diese Person mit dem Guthmann identisch gewesen ist, konnte jedoch mit Bestimmtheit nicht konstatirt werden.

In einem Anfalle eines Nervenleidens hat sich Donnerstag Abend die 55 Jahre alte Frau des Bankbeamten L. das Leben genommen. Die Frau war schon seit vier bis fünf Jahren krank, fühlte sich aber in der letzten Zeit besser. Vorgestern Abend ließ man sie daher ohne Bedenken allein nach der Markthalle auf dem Magdeburgerplatz gehen, um einzukaufen. Sie wollte um 7 Uhr wieder zu Hause sein. Als sie um 8 Uhr noch nicht wieder da war, machten sich ihr Mann und drei Söhne auf die Suche. Als sie um 9 Uhr an die Herkulesbrücke kamen, fanden sie die Gesuchte als Leiche wieder. Frau L. war um 8½ Uhr von der Brücke in den Kanal gesprungen, von Schiffern herausgeholt worden, aber schon nach wenigen Minuten gestorben.

Ein dreister Einbruchsdiebstahl ist in der Nacht zum Freitag in der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee" am Bahnhof Börse verübt worden. Die Diebe, die einen Regenschirm am Thatorte zurückließen, sind durch das Fenster eingestiegen und haben sich, wie eine ausgetrunkene Kognakflasche bezeugt, bei ihrer Gastrolle gemüthlich Zeit gelassen. Große Beute ist ihnen jedoch nicht in die Hände gefallen, da sowohl das eiserne Geldspind, wie auch die amerikanische Kasse den Zerstörungsversuchen erfolgreichen Widerstand leisteten. Nur eine Kiste Zigarren erbeuteten sie. Die Enttäuschung hat sie dann dazu getrieben, die vorgefundenen Sachen des Expedienten, sowie alles, was nicht niet- und nagelfest war, durcheinanderzuwerfen.

Die Einbrecher, die bei dem Grafen Eulenburg eine so reiche Beute gefunden haben, sind noch nicht ermittelt. Die beiden Brüder Pilze aus der Ackerstraße, die als verdächtig festgenommen waren, mußten gestern Nachmittag entlassen werden, da man ihnen eine Betheiligung nicht nachweisen kann. Werthsachen und Pfandscheine, die man bei ihnen fand und beschlagnahmte, hat die Polizei in Gewahrsam behalten. Die Brüder behaupten, sie aufgekauft zu haben und das Gegentheil hat man ihnen noch nicht beweisen können. Die Einbrecher haben übrigens auch die Häuser Brücken-Allee 2, 3 und 4, die ebenfalls an den Schloßpark von Bellevue angrenzen, heimsuchen wollen. Der Verdacht lenkt sich jetzt gegen mehrere Personen, die in der letzten Zeit in der Brücken-Allee gebettelt haben.

An der Abiturientenprüfung im Friedrichs-Realgymnasium in der Albrechtstraße hat vorgestern mit Erlaubniß des Kultusministers auch eine junge Dame, ein Fräulein Hedwig Levy, theilgenommen. Die Dame, die aus der Provinz stammt, bestand die Prüfung glänzend und will Mathematik studiren. Von den sieben Abiturienten der Anstalt fiel einer durch.

Die Treptow-Sternwarte giebt auch für die Michaelisferien wieder Abonnementskarten für Lehrer und Schüler zum Ausnahmspreise von 1 M. aus. Beide Arten von Karten, Lehrer- wie Schülerkarten, berechtigen zum unbeschränkten Einzelbesuch aller Veranstaltungen der Treptow-Sternwarte während der Michaelisferien. Es finden statt: Führungen durch das Astronomische Museum und Erklärungen des Riesen-Fernrohrs täglich von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends. Astronomische Vorträge von Direktor F. S. Archenhold mit Lichtbildern. Beobachtungen mit dem Riesen-Fernrohr täglich von 2 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts. Die Karten sind an der Kasse der Treptow-Sternwarte zu haben.

Feuerbericht. Donnerstag Abend brannten Wilhelmstr. 186 Hobelspäne im Keller. Kurzschluß an der elektrischen Leitung veranlaßte einen Alarm nach Königstr. 43. Prenzlauerstr. 46 mußte ein Schornsteinbrand beseitigt werden. Friedrichstr. 3 geriethen Kaffeehülsen beim Rösten in Brand und verursachten dadurch eine Alarmirung. Thurmstr. 85 setzte eine umgefallene Petroleumlampe einige Möbelstücke in Brand. Verschiedene Wirthschaftsgegenstände wurden Skalitzerstraße 70 durch in Brand gerathenen Spiritus beschädigt. Krautstraße 3 war ein kleiner Kellerbrand abzulöschen.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburger Säuglingssterblichkeit. Der Einfluß der wirthschaftlichen Lage auf die Höhe der Säuglingssterblichkeit tritt in Charlottenburg nicht weniger deutlich hervor, als in Berlin. Im Jahre 1897 starben in Charlottenburg 930 Kinder des 1. Lebensjahres (ohne Todtgeborene). Darunter waren allein 606 Kinder von Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeitern, Tagearbeitern, Tagelöhnern, Lohndienern u. s. w. und 80 Kinder von Dienstboten, Knechten, Mägden u. s. w. Von dem Rest kamen z. B. auf die Kinder der in Besitz, Beruf und Erwerb Selbständigen 91. Vergleicht man diese Zahlen mit den Geburten aus 1897, so bestätigt sich auch hier die alte Regel, daß in den wirthschaftlich am ungünstigsten gestalteten Bevölkerungsschichten die Säuglingssterblichkeit am größten ist. 1897 kamen in Charlottenburg auf je 1000 Geborene überhaupt 192 Sterbefälle von Kindern des 1. Lebensjahres; es starben aber speziell unter den Kindern der Gehilfen, Gesellen, Fabrikarbeiter u. s. w. 217 pro 1000 Geborene, bei den Dienstboten u. s. w. (wo die zahlreichen unehelichen Geburten ins Gewicht fallen) sogar 302 pro 1000, dagegen zum Beispiel in der wirthschaftlich am günstigsten gestellten Klasse der in Besitz u. s. w. Selbstständigen nur 137 pro 1000 Geborene. Wie sehr die Lebensbedrohung der Kinder von der wirthschaftlichen Lage der Eltern abhängt, das zeigt sich — da die verschiedenen Bevölkerungsschichten, die Wohlhabenden bezw. die Unbemittelten, sich vorwiegend in bestimmten Stadttheilen konzentriren — auch dann, wenn man die Charlottenburger Säuglingssterblichkeit nach Stadtbezirken gesondert betrachtet. Im zweiten Heft der „Charlottenburger Statistik" sind bezirksweise die 1897er Sterbefälle von Kindern des ersten Lebensjahres mit der durch die Personenstands-Aufnahme von Ende Oktober 1897 ermittelten Kinderbevölkerung verglichen (wobei die Sterbefälle aus Krankenhäusern theils nach den Wohnungen der Verstorbenen den betreffenden Bezirken zugeschrieben, zum theil überhaupt außer betracht gelassen sind). In der ganzen Stadt waren die im Jahre 1897 gestorbenen Kinder gleich 268 pro 1000 der Ende Oktober 1897 lebenden, bis 1 Jahr alten Kinder. In den einzelnen Bezirken schwankte aber die Sterblichkeit von 56 bis 478 pro 1000 der Kinderbevölkerung des betreffenden Bezirkes. Dabei war im allgemeinen die Sterblichkeit um so geringer, je bemittelter die Bevölkerung des Bezirkes ist, andererseits um so höher, je stärker darin die Arbeiterklasse vorwiegt. Die wohlhabenden Ostbezirke XIX bis XXII, die sich vom Nollendorfplatz über die Kaiser Wilhelm-Kirche bis in die Hardenbergstraße und zum Savignyplatz erstrecken, standen am günstigsten. Sie bilden damit die Fortsetzung der angrenzenden, ähnlich günstigen Bezirke des Berliner Westens. Im Charlottenburger Osten betrug 1897 die Säuglingssterblichkeit zwischen 56 und 165 pro 1000, blieb also überall erheblich hinter dem Durchschnitt der ganzen Stadt (268 pro 1000) zurück. Das Minimum, 56 pro 1000, hatte Bezirk XXa (Tauenzien-, Nürnberger-, Ansbacher-, Bayrentherstraße nördlich). Am ungünstigsten — wir müssen uns auf die Angabe der äußersten Gegensätze beschränken — standen die Bezirke III, IV, VI, d. h. der besonders stark mit Arbeitern bevölkerte Stadttheil, der die Dankelmann-, Schloß-, Kaiser Friedrich-, Kirchstraße u. s. w. mit ihren Nebenstraßen in sich schließt. Die Säuglings-

sterblichkeit lag hier zwischen 389 und 478 pro 1000. Das Maximum, 478 pro 1000, hatte Bezirk IV (Dankelmannstraße und Umgegend), in dem — nebenbei bemerkt — über drei Viertel der männlichen selbstthätigen Bevölkerung zur Arbeiterklasse gehören. Das Charlottenburger Statistische Amt führt diese außerordentlichen Verschiedenheiten — in dem ungünstigsten Bezirk war die Säuglingssterblichkeit 8—9 mal so groß wie in dem günstigsten! — zurück auf die nach Beruf und Wohlhabenheit verschiedene Bevölkerungszusammensetzung der Bezirke (worüber wir in Nummer 219 Näheres mitgetheilt haben) und auf die hiermit zusammenhängenden Wohnungsverhältnisse, zum theil aber auch auf Verhältnisse des Bodens, der Luft, der Kanalisation u. s. w.

Todessturz auf dem Kasernenhofe. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich auf dem Reitplatz des 1. Garde-Ulanen-Regiments in Potsdam. Das Pferd eines Ulanen der 4. Eskadron, der erst kurz zuvor aus dem Manöverterrain zurückgekehrt war, kam zu Fall, infolge dessen der Reiter mit dem Kopfe so heftig an eine Mauer geschleudert wurde, daß er einen Schädelbruch erlitt, was seinen sofortigen Tod nach sich zog. Der Bedauernswerthe, welcher von Beruf Sattler ist, gehörte seit 1896 dem genannten Regiment an.

In Sachen der Stadtrechtsverleihung an Rixdorf hat die Regierung zu Potsdam wegen der etwa nöthig werdenden Abfindung für den jetzigen Gemeindevorsteher Boddin, der am 1. April 1899 sein 25jähriges Amtsjubiläum feiern könnte, angefragt. Wie der „Voss. Ztg." zufolge verlautet, ist diese Angelegenheit schon so gut wie geordnet; die Wahl Boddins zum Bürgermeister soll nahezu ausgeschlossen sein. Der Kreistag wird sich im nächsten Monat und der Provinziallandtag im Februar 1899 mit der Angelegenheit beschäftigen.

Im Strafgefängniß Plötzensee ist zum Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Oberinspektors Gennat der bisherige Polizei-Inspektor Binding ernannt worden, dessen Stellung der Hauptmann a. D. Freiherr v. Maltzahn einnehmen wird.

Musik.

Theater des Westens. Donnerstag, **den 29. September,** zum ersten Male: „Der Streik der Schmiede", Oper in einem Akt (frei nach Fr. Coppée's gleichnamigem Gedichte) von Viktor Léon. Musik von Max Jos. Beer.

Inmitten der gegenwärtigen Noth der musikalisch-dramatischen Kunst ist es begreiflich, daß die Betheiligten nach allem Möglichen greifen, was Hilfe verspricht, und so nun auch nach der sozialen Frage. Das Leid der armen Mutter, die weißen Haare des Alten, die aufgeregten Arbeitermassen, Klingklang-Motive u. dergl. müssen doch wohl Eindruck machen. Um Derartiges recht erfolgreich herauszubringen, griff man diesmal nach einer bereits bewährten Unterlage. Der beliebte, auch in Deutschland bekannte französische Dichter Coppée hatte in den 60er Jahren ein Deklamationsstück „Grève des forgerons" verfaßt, das nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland Beifall fand; beispielsweise wurde es vor etwa 20 Jahren in Oesterreich, als der damals noch so mächtige Liberalismus Muße hatte, über die sozialen Fragen mit Bequemlichkeit hinüberzugleiten, bis zum Ueberdruß vorgetragen. Daraus machte Viktor Léon einen — soviel wir sehen, nicht übersetzten, sondern gleich ursprünglich deutschen — Operntext. Um nun auf dem Gebiet solcher Themen etwas sowohl diesem Gebiet als der Musik Würdiges zu schaffen, dazu gehörte mehr, als das Herbeiziehen einiger Stückchen Arbeiterleben. Der leichtfertige Agitator höhnt den unter der Gewalt des häuslichen Elends zur Arbeit zurückkehrenden braven Alten und wird von ihm im Hämmer-Duell erschlagen. Das Textbuch ist geschickt und nicht ohne den Versuch, seelische Wandlungen zu zeigen, gemacht; eine Unterlage für eine musikalische Schöpfung bietet es nur im einzelnen, und eine Fähigkeit, dem Boden des Proletarierlebens künstlerisch Neues abzugewinnen, bewährt es so gut wie gar nicht. Wer Monticellis' in Deutschland leider noch ignorirte „Gabriella" kennt, wird wohl bedauern, daß nicht dieses weit feinsinnigere Drama musikalisch verwerthet worden ist.

Max Josef Beer, ein Wiener, ist seit längerem durch Klavier- und einige dramatische Kompositionen bekannt. Seine Musik zum Text Léon's ist ebenfalls geschickt gemacht und nützt die liedartigen und Ensemble-Partien desselben zu gefälligen Nummern aus; der Sang des Alten „Feuer lodern, Funken sprüh'n" und besonders das charakteristische Chorlied von der Arbeit werden ihre Wirkung nicht verfehlen, und auf das schöne Quintett mit Chor — gegen Ende — sei noch besonders aufmerksam gemacht. Im übrigen besteht zwischen Arbeiterwelt einerseits, Opernaufregungen, altgewohnten Fermaten und dergleichen andererseits eine allzugroße Kluft, als daß die künstliche Verquickung dieser Elemente nicht leicht zu durchschauen wäre.

Vielleicht das künstlerisch Beste des Ganzen war das Spiel von Frl. Nora Nolden als Christine, die unglückliche Tochter des Alten; es giebt nicht viele solche Leistungen. Ihre gutgebildete Stimme würde wohl noch besser zur Geltung kommen, wenn sie nicht manchmal gar zu hell und schrill klänge. Auch Herr Juan Luria als der Alte gab, namentlich gegen Ende, eine packende Darstellung; Herrn Franz Battisti's Agitator erschien bei aller anerkennenswerthen Bemühung etwas gemacht; Frl. Joh. Brackenhammer und Herr Hermann Steffens boten in Nebenrollen Gutes. Eine noch deutlichere Aussprache wäre Allen, eine natürlichere Haltung dem Chor recht sehr zu wünschen. Nach reichlichem Beifall konnte der Regisseur für den Komponisten danken. — sz.

Gerichts-Zeitung.

In dem Meineidsprozeß Pieck und Genossen, der seit Donnerstag das Schwurgericht hiesigen Landgerichts I beschäftigt, gestaltete sich die Beweisaufnahme sehr umfangreich und eröffnete einen Blick in einen tiefen Abgrund von Schlechtigkeit und Sittenlosigkeit. Wer die Schuld an dem Uebermaß von Haß trägt, den die Drinkmann'schen Eheleute gegen einander ausspielten, konnte durch die Beweisaufnahme auch nicht völlig aufgeklärt werden. Es scheint, als ob das Wort „où est la femme?" auch bei diesem Ehedrama eine Hauptrolle gespielt hat, wenigstens trat unter den Zeugen auch ein Frl. G. auf, mit der der alte Drinkmann, nachdem er seine Frau nach 30jähriger Ehe verlassen, es zu halten scheint. Jedenfalls behauptete die Angeklagte Frau Drinkmann, daß ihr Mann alles aufbiete, um sie selbst ins Zuchthaus zu bringen, damit er sich von ihr scheiden lassen und die G. heirathen könne. Auf der anderen Seite steht fest, daß der Zeuge Drinkmann seiner Frau außer der zweijährigen Zuchthausstrafe auch eine Anklage wegen falschen Offenbarungseides zu verdanken hatte, die im Januar d. J. gegen ihn verhandelt worden ist, aber mit seiner Freisprechung endete. Drinkmann blieb bei seiner Vernehmung dabei, daß seine Frau einen Meineid geschworen habe, als sie in einem Zivilprozeß bekundete, daß sie aus eigenen Mitteln einem dritten die Summe von 1000 M. geliehen habe; seine Frau sei dazu gar nicht im stande gewesen. Die Erörterung dieser Frage nahm geraume Zeit in Anspruch und bedingte die Klarlegung der Vermögensverhältnisse des Drinkmann'schen Ehepaares. Es ging daraus hervor, daß D. früher vielfach in Grundstücken spekulirt und in guten Vermögensverhältnissen sich befunden hat. Einige Häuser waren auf den Namen der Frau Drinkmann geschrieben, die sich eine Zeit lang auch im Besitze einer Villa in einem Vorort befunden hat. Die Vermögensverhältnisse sind aber schließlich ganz schlecht geworden und als der Zeuge D. seine Frau verlassen hatte, mußte diese sogar die Hilfe der Armenverwaltung für sich in Anspruch nehmen. Auch unter den näheren Familiengliedern scheinen zwei Parteien zu bestehen, die in dieser das Elternpaar betreffenden betrübenden Angelegenheit gegen einander arbeiten. Als Drinkmann zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt worden war, hat sofort sein Schwiegersohn, der in London sich aufhaltende Kaufmann Joseph alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Vater von der Zuchthausstrafe zu befreien. Er ist es gewesen, der dem Privatdetektiv-Institut den Auftrag ertheilte, die Unschuld des Drinkmann klarzulegen, wobei er sofort den Verdacht aussprach, daß seine Schwiegermutter die jetzigen beiden ersten Angeklagten zum Meineide angestiftet habe. Bei dieser Gelegenheit hat die Frau Joseph sich dahin geäußert: Ihre Mutter sei eine sehr schlechte Frau, der sie alle Schlechtigkeiten zutraue. Auf der anderen Seite trat wieder der als Zeuge vernommene 22jährige Sohn Reinhold Drinkmann auf die Seite seiner Mutter und ließ gewaltigen Haß gegen seinen Vater durchblicken. Auf die Frage, ob ihn sein Vater in der Jugend öfter mißhandelt habe, antwortete der Zeuge: „aber nicht zu wenig!" und als einer der Vertheidiger darauf aufmerksam machte, daß der alte Drinkmann in einem seiner Prozesse eine Art Gedächtnißschwäche hervorgekehrt habe, antwortete der Zeuge mit einem verächtlichen Blick auf den Vater: „Der hat ein sehr gutes Gedächtniß!" Dieser Zeuge theilte dem Gerichtshof auch noch mit, daß sein in London lebender Bruder s. Z. gleichfalls von dem Vater arg mißhandelt und am Arm verletzt worden sei; er sprach auch die Vermuthung aus, daß Joseph die Angekl. Pieck durch irgend welche Mittel veranlaßt habe, ihr sogen. Geständniß abzulegen. Die Pieck blieb übrigens bei letzterem unentwegt stehen. Die Methode, wie sie von den Detektivs umgarnt worden, wurde auch des längeren erörtert. Als der Direktor Schulz vom Detektivinstitut „Jus" den Auftrag von Joseph erhalten hatte, suchte er zunächst den Aufenthalt der Pieck zu erforschen, die unter sittenpolizeilicher Kontrolle stand. Er lauerte ihr schließlich am Alexanderplatz auf und gesellte sich zu ihr, als sie aus dem Polizeipräsidial-Gebäude kam. Er traf mit ihr mehrere Male zusammen und verabredete dann mit seinem Beamten einen Plan, wonach er die Pieck eines Tages in ein Restaurant führen und der Beamte dann wie ganz zufällig hinzukommen sollte. Schulz hatte sich dem Mädchen als Baumeister vorgestellt. Der Beamte sollte die Rolle eines Assessors spielen. Auf diese Weise hat die P. dann privatim ein Geständniß abgelegt. Sie versicherte wiederholt vor Gericht, daß sie von niemand zu diesem Geständniß gepreßt worden sei und auch Joseph sie dazu nicht überredet habe, vielmehr nur ihr Gewissen keine Ruhe gelassen habe. Die Beweisaufnahme dauerte gestern Nachmittag noch fort.

Das uns in später Abendstunde mitgetheilte Urtheil lautet auf Freisprechung sämmtlicher Angeklagten. Die Geschworenen hatten sämmtliche Schuldfragen verneint.

Wegen Beamtenbeleidigung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und wissentlich falscher Anschuldigung hatte sich gestern der vielfach wegen gleicher Vergehen vorbestrafte Arbeiter Ernst Voß vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. In der Nacht zum 18. November v. J. prügelte er seine Ehefrau in der Reinickendorferstraße. Auf das Hilfegeschrei der Mißhandelten eilte ein Schutzmann herbei. Sofort kehrte sich die Wuth des Angeklagten gegen den Beamten. Er zog sein Messer und drohte, jeden niederzustechen, der ihm nahe kam. Als mehrere andere Beamte hinzukamen, entspann sich ein heftiger Kampf. Voß wurde überwältigt und gefesselt zur Wache gebracht. Dort will er, wie er am folgenden Tage an das Polizeipräsidium berichtete, in der furchtbarsten Weise von den Schutzleuten mißhandelt worden sein. Man habe ihn gefesselt, hochgehoben und dann wiederholt absichtlich zu Boden geworfen. Einer der Schutzleute habe ihm den rechten Fuß ins Genick gesetzt und ihn dadurch zu Boden gedrückt, ein anderer habe ihn mit der Stiefelspitze ins Auge gestoßen. Der Angeklagte blieb im Termine dabei, daß er seine Behauptungen aufrecht halte und wenn er eine noch so hohe Strafe bekomme und zeitlebens für die Gerichtskosten arbeiten solle. Die Schutzleute bekundeten, daß sie derb hätten anfassen müssen, um den Widerstand des Angeklagten zu bewältigen, aber vorsätzlich gemißhandelt hätten sie ihn nicht. Da auch mehrere Zivilisten bekundeten, daß der Angeklagte sich betragen habe wie ein wildes Thier, so hielt der Gerichtshof den Angeklagten vollauf für überführt und verurtheilte ihn nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einer Gefängnißstrafe von zwei Jahren sechs Monaten.

Antisemitisches. Interessante Gesichtspunkte kamen zur Erörterung in der Strafsache gegen den Apotheker Adolf Oehlmann und den Buchdrucker Heinrich Ahlfeld in Hannover. Beide sind am 24. Mai vom dortigen Landgerichte von der Anklage der Beleidigung freigesprochen worden. Oehlmann hatte als Vorsitzender des Antisemitenvereins ein Flugblatt verfaßt, welches sich gegen die jüdischen Geschäftsleute von Hannover richtete, und Ahlfeld hatte es gedruckt. Der Kaufmann B. Benjamin und 13 weitere in Hannover wohnende Geschäftsleute mosaischer Konfession hatten gegen beide Herren Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Das Landgericht hat den Inhalt des Flugblattes eingehend geprüft und als beleidigend charakterisirt. Es hat den Angeklagten den Schutz des § 193 nicht zugesprochen, aber doch auf Freisprechung erkannt, „weil nicht die jüdischen Geschäftsleute in Hannover, sondern die Gesammtheit derselben beleidigt sei". — Die Revision der 14 Nebenkläger gegen dieses Urtheil wurde gestern vor dem Reichsgericht durch Justizrath Haber-Hannover vertreten. Der Reichsanwalt schloß sich den Ausführungen desselben an und verwies auf verschiedene Reichsgerichtsurtheile, aus denen hervorgehe, daß auch eine Kollektiv-Mehrheit beleidigt werden könne und daß jeder, der zu derselben gerechnet werde, das Recht habe Strafantrag zu stellen. So habe z. B. vor einigen Jahren jemand die „jüdischen Geschäftsleute am Brühl in Leipzig" beleidigt und das Reichsgericht habe jeden einzelnen derselben als durch die Aeußerung getroffen angesehen. — Das Reichsgericht hob das hannoversche Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Zu den Liegnitzer Straßentumulten. Der Termin zur Hauptverhandlung gegen die acht Theilnehmer an den Tumulten in der Breslauerstraße zu Liegnitz ist nunmehr auf den 13. Oktober vor dem dortigen Schwurgericht anberaumt worden. Unter den geladenen 25 Zeugen befinden sich mehrere, welche kürzlich von der Strafkammer daselbst aus gleichem Anlasse bereits verurtheilt worden sind. Einigen der Angeklagten ist ein Vertheidiger von Amtswegen bestellt worden. Die Anklage richtet sich gegen „Schirmer und Genossen". Im Anschluß hieran wird ferner noch gemeldet, daß die von der Strafkammer Verurtheilten die bereits angemeldete Revision wieder zurückgezogen haben, so daß also, da auch seitens der Staatsanwaltschaft auf jedes Rechtsmittel verzichtet worden ist, die Strafen nunmehr rechtskräftig geworden sind.

Abermals ein begnadigter Schutzmann. Der Schutzmann Walstab in Breslau wurde seinerzeit von der dortigen Strafkammer wegen Vergehens im Amte (Freiheitsberaubung) zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Nachdem das Reichsgericht die gegen das Urtheil eingelegte Revision verworfen, richtete W. ein Gnadengesuch an den Kaiser. Dieses hat nunmehr den Erfolg gehabt, daß die gegen W. erkannte Freiheitsstrafe in eine Geldstrafe von 20 — **zwanzig** — Mark umgewandelt worden ist!

Bei den Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung in Inowrazlaw, die für die III. Abtheilung am 23. November 1897 stattgefunden haben, waren gewählt worden der Sanitätsrath Dr. Forner mit 878 Stimmen, der Ziegeleibesitzer Grosmann mit 501 Stimmen und der Thierarzt Czapla mit 499 Stimmen, während die Kandidaten Kaiser und Espenhagen 382 und 377 Stimmen erhielten. Von den 1318 eingeschriebenen Wählern hatten 881 gestimmt. Auf die Klage des Redakteurs Bartolomäus erklärte der Bezirksausschuß die Wahl mit folgender Begründung für ungiltig: Das bei der Wahlhandlung angewandte Verfahren krankte an wesentlichen, das Wahlrecht beschränkenden Mängeln und sei geeignet gewesen, einen Einfluß auf das Ergebniß der Wahl auszuüben. In der Zeit zwischen 10 und 1 Uhr habe der Wahlvorstand die Wähler in der Reihenfolge der Wählerliste verlesen und nur diejenigen zur Wahl zugelassen, die sich beim Aufruf ihres Namens gemeldet hätten. Dann sei es den gerade anwesenden Wählern, die noch nicht gestimmt hätten, zwar gestattet worden, zwanglos zur Stimmabgabe an den Vorstandstisch heranzutreten, aber nur auf kurze Zeit. Der Wahlvorstand habe alsbald auf das erste Verfahren zurückgegriffen, in dem die, welche ihr Wahlrecht noch nicht ausgeübt hatten, wieder der Reihe nach aufgerufen worden seien. Für diesen Wahlmodus biete die Städte-Ordnung keine Unterlage.

Das Ober-Verwaltungsgericht hob diese Entscheidung wieder auf und erklärte die Wahl für giltig. Der Vorsitzende v. Frank führte begründend aus: Der Senat sei dem Bezirksausschuß nicht beigetreten. Nach dem bestehenden Recht habe der Wahlvorstand bei der Stadtverordnetenwahl nach seinem pflichtmäßigen Ermessen zu verfahren. Wenn er analog den Vorschriften für die Landtagswahlen verfahren sei, so sei dies weder gesetzwidrig noch zweckwidrig. Dem bei der Vorinstanz erhobenen Einwande, daß der Magistrat keine Wahlbezirke geschaffen habe, obwohl weit über 500 Wähler vorhanden gewesen seien, müsse entgegengehalten werden, daß die Schaffung von Wahlbezirken ganz vom Ermessen des Magistrats abhänge.

Opernhaus und Schauspielhaus als Nebengebäude des königlichen Schlosses. Die Generalintendantur der königlichen Schauspiele war vom Magistrat wegen der Dienstwohnungen der Hausinspektoren des Opernhauses und des Schauspielhauses zur Gemeinde-Grundsteuer herangezogen worden. Die Generalintendantur klagte darauf beim Bezirksausschuß und verlangte die Freistellung jener Wohnungen von der Steuer. Sie berief sich auf die Bestimmung des Kommunalabgaben-Gesetzes, wonach die königl. Schlösser und ihre Nebengebäude von der Steuer befreit seien. Der Magistrat machte dagegen geltend, daß Opernhaus und Schauspielhaus nicht als Nebengebäude des Schlosses angesehen werden könnten. In der Verhandlung wurde eine Aeußerung des Finanzministers vorgetragen, die dahin ging, daß die beiden Kunstinstitute zum königlichen Hofstaate gehörten und als Nebengebäude des Schlosses gelten müßten. Allerdings sei die Frage, wer Eigenthümer der beiden Kunsthäuser sei, nicht so einfach zu beantworten. Darauf komme es indessen nicht an, entscheidend sei vielmehr die thatsächliche Benutzung. Der Bezirksausschuß gab der Klage der General-Intendantur statt und stellte sie von der Steuer frei.

Gegen die Wahl des Kaufmanns Jesche zum Stadtverordneten von Altdamm hatte der Händler Repnow Protest eingelegt und geltend gemacht, daß die Wahl ungiltig sei, weil schon ein Bruder des Jesche Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung wäre. Nach § 17 Absatz II der Städte-Ordnung dürften Brüder nicht zugleich einer Stadtverordneten-Versammlung angehören. Die Stadtverordneten wiesen den Protest als unbegründet zurück, indem sie für ausschlaggebend erachteten, daß der Bruder des Neugewählten mit diesem nur die Mutter gemeinsam hat, also nur sein Halbbruder ist. Repnow klagte nunmehr beim Bezirksausschuß in Stettin und hatte damit Erfolg. Die Wahl Jesche's wurde für ungiltig erklärt. Die Städte-Ordnung schließe die gleichzeitige Zugehörigkeit eines bestimmten Kreises von Verwandten zu einer Stadtverordneten-Versammlung aus, darunter auch die von Brüdern. Nach Ansicht des Gerichts seien damit auch Halbbrüder gemeint, da ja zwischen solchen Blutsverwandtschaft bestehe. Die Stadtverordneten-Versammlung legte Berufung ein und betonte, daß § 17 Absatz II Ausnahmebestimmungen enthalte und deshalb einschränkend auszulegen sei. Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte jedoch die Vorentscheidung.

Versammlungen.

Der Wahlverein des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises war am Mittwoch bei Bickel in der Hasenhaide versammelt. Dr. Weyl kritisirte in seinem Vortrag die letzten politischen Ereignisse. Besonders ging er auf die beabsichtigte Beschränkung des Koalitionsrechtes ein und betonte, daß England in den Jahren 1870—74 ein scharfes Gesetz gegen Streikende hatte, es aber fallen lassen mußte. Für seine Ausführungen wurde dem Redner einstimmiger Beifall zu theil. Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende machte zum Schluß noch auf die Generalversammlung am 11. Oktober aufmerksam.

Der Wahlverein für den dritten Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch im Märkischen Hof eine Versammlung ab. Fritz Zubeil schilderte in einem beifällig aufgenommenen Vortrage die Leiden, Kämpfe und Erfolge der Sozialdemokratie. An den bemerkenswerthesten Episoden aus der Parteigeschichte zeigte der Redner, daß auch die schärfsten Unterdrückungsmaßregeln nicht im stande waren, das beständige Wachsthum unserer Partei aufzuhalten. Sollte man jetzt, wie es aus Anlaß des Genfer Attentats versucht wird, mit neuen Knebelgesetzen gegen die Arbeiterbewegung vorgehen, so werde die Partei auch in diesem gegen sie geführten Vernichtungskriege Sieger bleiben, ebenso wie sie die bisherigen Unterdrückungsversuche mitsammt den Unterdrückern besiegt hat. — Unter Vereinsangelegenheiten theilte der Vorsitzende mit, daß am Sonntag, den 9. Oktober, abends, eine öffentliche Versammlung mit nachfolgendem gemüthlichen Beisammensein stattfindet.

Eine Volksversammlung für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis, die leider nur mäßig besucht war, tagte am Donnerstag im Schützenhause, um die Fortsetzung der Tagesordnung der Versammlung vom 13. September zu erledigen. Das Andenken des verstorbenen Genossen Lissauer ehrt die Versammlung durch Erheben von den Sitzen. Zitzewitz erstattet nunmehr Bericht über den Verlauf der Verhandlungen der Brandenburger Provinzialkonferenz und die von derselben erledigten Anträge. Redner spricht am Schluß seiner Ausführungen die Erwartung aus, daß die Konferenz ihre Arbeiten und Beschlüsse zur Zufriedenheit der Genossen erledigt habe. Liepmann und Kotzke äußerten sich hierauf in eingehender Weise über den Ausfall der Reichstagswahlen und die Schwierigkeiten bei der Agitation in den ländlichen Wahlkreisen der Mark Brandenburg. Hennig erstattet sodann seinen Bericht als bisheriges Mitglied des Zentral-Wahlkomitees, dessen Thätigkeit durch die erhebliche Stimmenzunahme bei der Reichstagswahl belohnt worden sei. Die Ausgabe für den fünften Wahlkreis zur Landagitation betrug insgesammt 552,35 Mark. Redner hält es für wünschenswerth, daß man in nächster Zeit nicht nur mehr Mittel aufbringen, sondern auch eine wie bisher rege Agitation unter der Landbevölkerung entfalten möge. Als Mitglied des Zentral-Wahlkomitees für die Provinz Brandenburg wird, nachdem eine große Anzahl Genossen ablehnten, für das kommende Jahr Kotzke gewählt.

Es erfolgte nunmehr der Bericht des Vertrauensmannes Richter über die Abrechnung der verflossenen Reichstagswahl. Abgehalten wurden 17 Wählerversammlungen, die im allgemeinen gut besucht waren. Die Thätigkeit der Genossen kennzeichnet sich durch Verbreitung von insgesammt 458 280 Drucksachen (Flugblätter, Zirkulare u. s. w.) Die Gesammt-Einnahme betrug 3393,33 M., die Ausgabe 3277,21 M., so daß ein Bestand von 116,12 M. verbleibt. Nachdem Friedländer namens der Revisoren die Richtigkeit derbisher ermöglichten Abrechnung bekundet, wird dem Vertrauensmann hierauf Entlastung ertheilt. Hennig theilt mit, daß für verausgabte Bons 88,95 M. eingegangen seien, für 44,20 M. aber noch ausstehen. Der von ihm gestellte Antrag: Die bisher bestehende Schuldentilgungs-Kommission aufzulösen, wird hierauf angenommen. Als Revisoren für den Vertrauensmann werden Friedländer, Roth und Rast ernannt. Mit dem Wunsch des Vorsitzenden, auch in Zukunft eine unermüdliche Agitation für die sozialdemokratische Bewegung und den Wahlverein für den fünften Reichstags-Wahlkreis zu entfalten, wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. In einer Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher sprach P. Jahn über das „Neue Innungsgesetz". Nach einer kurzen Diskussion wurden die Mitglieder Fritzsche, Huhn und Mai in die Werstatt-Kontrollkommission gewählt. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende die Mitglieder, rege für die in nächster Zeit stattfindenden Wahlen zu den Gesellenausschüssen zu agitiren.

Die Stuckateure beschäftigten sich in ihrer Versammlung am 26. September mit den Anträgen zum Verbandstag. Ein Antrag

des Hauptvorstandes lautet: „Der Verbandstag wolle erwägen, ob es möglich wäre, einen besoldeten Generalbevollmächtigten permanent anzustellen. Die Wahl findet auf dem statutenmäßigen Verbandstage statt.“ Diesem Antrage gab die Versammlung ihre Zustimmung, dagegen lehnte sie die Wahl einer Agitationskommission für Norddeutschland ab. Die Reise-Unterstützung wünscht man nach der Kilometerzahl berechnet. Die zur Debatte stehende Arbeitslosenunterstützung empfiehlt man vorläufig fallen zu lassen. Sodann bewilligte die Versammlung einem invaliden Arbeiter eine Unterstützung von 50 M.

Die Maurer zentraler Richtung verhandelten am 27. September über die Verbreitung der Fachzeitung. Es wurde beschlossen, die gegenwärtige Form der Verbreitung beizubehalten und aus der Lokalkasse pro Quartal und Mitglied einen Betrag von 15 Pf. für diesen Zweck beizusteuern. Fritsche beantragte die Herabsetzung der Streikfondsbeiträge von 50 auf 25 Pf. Er motivirte diesen Antrag besonders damit, daß es in diesem Jahre den Mitgliedern möglich sei, ihre Beiträge bis ultimo November zu entrichten. Die Versammlung trat dem bei. Die Ersatzwahl für die Lohnkommission fiel auf das Mitglied Raabe.

Charlottenburg. Hier tagte am 27. September eine Versammlung des Wahlvereins, in der Paul Hirsch über das Thema: „Das Junkerthum, der Hort der Reaktion“, sprach. Redner zeigte in eingehender Weise, welchen verderblichen Einfluß das Junkerthum im preußischen Landtag ausübe und plädirte zum Schluß für eine Betheiligung an der Wahl. Dem Redner wurde Beifall gezollt. In der Diskussion fragte ein Genosse an, wie es denn zugehe, daß die Versammlung dem Referenten Beifall gezollt habe, da er doch gegen den Kreisbeschluß gesprochen habe. Ihm wurde bedeutet, daß man einen Redner sehr gut applaudiren könne für seine Ausführungen, wenn sie belehrend wirken, auch wenn man nicht mit dem Grundprinzip des Redners einverstanden sei. Der einmal gefaßte Beschluß des Kreises werde dadurch nicht in Frage gestellt, es sei denn, der neue Parteitag gebe eine neue Parole heraus, dem müßte man sich allerdings fügen. Zur Aufnahme gelangten 53 neue Mitglieder. — Das Stiftungsfest findet am 20. November statt. Außerdem wurde vom Vorsitzenden auf den Anfang November stattfindenden Besuch der Urania aufmerksam gemacht und um rege Betheiligung gebeten.

Charlottenburg. Die Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter hielten am 25. September in Bismarckshöhe eine Versammlung ab. Genosse Schröer referirte über die Lage der im Baugewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter. In einer fast zweistündigen Rede erläuterte Redner die Arbeiterbewegung, wobei er die Kämpfe vom Mittelalter bis auf die heutige Zeit schilderte. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen, und erstatteten hierauf die Revisoren Bericht, worauf die Versammlung dem Vertrauensmann Decharge ertheilte.

Friedrichsberg. Eine Versammlung der Frauen fand am Montag Abend hier im Kronprinzen-Garten statt. Die Referentin, Frl. Klara Bien, legte in treffender Weise dar, wie heute nicht nur der Mann, sondern in gleichem Maße auch die Frau hinaus muß ins Erwerbsleben, und wie unhaltbar es deshalb sei, die Frauen von den wenigen Rechten, die den erwerbsthätigen Männern heute noch zustehen, gänzlich auszuschließen und sie so mit Kindern und Unzurechnungsfähigen auf die gleiche Stufe zu stellen. Die Genossen, welche theilweis den Bemühungen der Frauen noch kühl gegenüberstehen, sie mögen bedenken, es giebt keine Lösung der sozialen Frage ohne Lösung der Frauenfrage. Lebhafter Beifall belohnte die Rednerin und ließen sich eine Anzahl Frauen und Mädchen in die Liste eintragen zur Gründung eines Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins. Ein Komitee von drei Frauen soll die weiteren Vorbereitungen treffen.

Rummelsburg. Eine gut besuchte Protestversammlung gegen die geplante Verschlechterung des Koalitionsrechtes, tagte am Dienstag, den 27. d. M., hierselbst im Lokal des Herrn Piatkowsky. Schuhmann, Berlin, wies an der Hand eines reichhaltigen Materials nach, wie zu allen Zeiten die Herrschenden es verstanden haben, die unteren Klassen zu unterdrücken, und daß die Scharfmacher jetzt an der Arbeit seien, den Arbeiter seines wichtigsten Rechtes, des Koalitionsrechtes, zu berauben. Die einzig richtige Antwort auf diese Machinationen sei der Masseneintritt in die Organisationen, in die gewerkschaftlichen sowie in die politische. Nach einer lebhaften Diskussion, in welcher der Unwille über das geplante Attentat gegen das Vereinigungsrecht deutlich zum Ausdruck kam, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige öffentliche Versammlung der Arbeiter von Rummelsburg protestirt gegen jede Verschlechterung des Koalitionsrechtes und gegen einseitigen Schutz der Arbeitswilligen, sie ist vielmehr der Meinung, daß es Pflicht eines auf gerechter Grundlage aufgebauten Gemeinwesens ist, die Möglichkeit zu gewähren, sich mit seinen Berufs- oder Klassengenossen zu verbinden. Die Versammelten erwarten daher von den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie jeden Versuch, das Koalitionsrecht zu verschlechtern, mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Adlershof. Am 22. d. M. hielt der hiesige Arbeiter-Bildungsverein seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand der Bericht des Vorstandes. Demselben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl sich um 22 vermehrt hat, so daß der Verein jetzt 125 Mitglieder zählt. An den Vereinsversammlungen nahmen im Durchschnitt 49 Mitglieder theil. Die Kassenverhältnisse waren folgende: inklusive eines Baarbestandes von 112 M. 47 Pf. wurde eine Einnahme von 325 Mk. 77 Pf. erzielt, dem eine Ausgabe von 188 Mk. 92 Pf. gegenüberstand. Ein Antrag, dem Vertrauensmann 50 M. zu überweisen, wurde abgelehnt, da die spezialisirte Abrechnung zeigte, daß im letzten Halbjahr 80 M. für Agitationszwecke aus Vereinsbeiträgen geleistet wurden. Die nun folgende Vorstandswahl zeitigte folgendes Ergebniß: Matthecka, 1. Vorsitzender; Lehmann, 2. Vorsitzender; Neumann, 1. Kassirer; Driest, 2. Kassirer; Worbs, Schriftführer; Feiertag, Beisitzer. Zu Bibliothekaren wurden Kusinsky und Seidlitz und zu Revisoren Thieme und Wedell gewählt. Einige örtliche Angelegenheiten hielten die Mitglieder noch längere Zeit beisammen, worauf der Schluß der gut besuchten Versammlung erfolgte.

Köpenick. Am 27. September sprach hier Metallarbeiter Massatsch über die Beschränkung des Koalitionsrechtes durch hohe Zuchthausstrafen. Der Vortrag wurde mit lebhafter Zustimmung aufgenommen und gelangte sodann die von den Berliner Gewerkschaften gestellte Resolution einstimmig zur Annahme.

Tischler-Verein. Heute Abend 8½ Uhr, Melchiorstraße 15: Versammlung.

Sozialdemokratischer Agitationsverein Stralsund-Franzburg-Rügen. Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Mörschel, Jüdenstraße 35/36: Generalversammlung.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 20 des 8. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der bevorstehende Parteitag der Sozialdemokratie. — Gesundheitsverhältnisse der preußischen Industrie-Arbeiterinnen. Von Henriette Fürth. — Das Zuchthausgesetz. — Aus der Bewegung. — Den Gegnern der Frauenrechte. Von Max Kegel. (Gedicht.) — Feuilleton: Die Geschichte vom artigen kleinen Jungen. Skizze von Mark Twain. — Notizentheil von Lily Braun und Klara Zetkin: Weibliche Fabrikinspektoren. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenstimmrecht. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauengenossenschaften. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1898 unter Nr. 2970) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Vermischtes vom Tage.

— Für die National-Gallerie wurde das Gemälde „Abend im Dorfe“ von Franz Skarbina und die Skulptur „Die Sünderin“ von R. Geiger angekauft. Beide sind in der Großen Berliner Kunstausstellung ausgestellt. —

y. Ein Rehbock im Hemde wurde auf der Landesnebener Feldmark bei Lauenburg erlegt. Das Hemd war mit anderen alten Kleidungsstücken als Scheuche an Bäumen befestigt; das Wild gewöhnte sich aber daran und kam ihm zu nah, sodaß der Rehbock sich völlig darein verwickelte. —

— Wie die „Hessische Dorfzeitung“ berichtet, beabsichtigen die am Fuße des Dörnbergs gelegenen Gemeinden Zierenberg und Dörnberg auf dem Plateau des Berges die Stelle, auf der das Kaiserpaar und Gefolge im August ein Frühstück einnahmen, auf gemeinschaftliche Kosten durch einen Denkstein mit folgender Inschrift zu bezeichnen: „Stehe, Wanderer, und lese! Hier speisten Kaiser Wilhelm II. und Kaiserin Viktoria Augusta am 19. August 1898 zu Abend.“ Unter diesen Worten soll dann noch das Menu jener Mahlzeit, um dessen Mittheilung das kaiserliche Hofmarschallamt angegangen werden soll, eingemeißelt werden. —

— Eine wahre Selbstmord-Epidemie ist in Charenton bei Paris ausgebrochen. Vor acht Tagen wurden dort vier Frauen, am folgenden Tage drei Männer erhängt aufgefunden. Dienstag Abend entdeckte die Polizei in einem Gebüsch am Saume des an den Ort angrenzenden Bois de Vincenay wieder drei Erhängte. —

— Das Ostende Londons leidet jetzt schon über sechs Wochen an Wassermangel. Die Londoner Wassergesellschaften zahlen dabei hohe Dividenden. —

— In Buluwayo (Südafrika) wurden zwei Europäer zu einer Geldstrafe von 8000 M. verurtheilt, weil sie Spirituosen an die Eingeborenen verkauft hatten. —

— Im Staate Louisiana (Nordamerika) sind in der letzten Woche 43 Fälle von gelbem Fieber vorgekommen, von denen 15 tödtlich verliefen. Im Staate Mississippi sind 174 Personen erkrankt, 74 gestorben. —

— Der Generalpostmeister in Sidney hat sich veranlaßt gesehen, „um der übertriebenen Geschwätzigkeitsneigung der Damen zu steuern“ (wie er sich in seinem Erlaß ausdrückt), die Dauer von Unterhaltungen am Fernsprecher auf höchstens zehn Minuten festzusetzen. —

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet während der Parteitagswoche am Dienstag, den 4., Donnerstag, den 6., und Freitag, den 7. Oktober, abends von 7½ bis 8½ Uhr statt.

Radfahrer 33. So ziemlich jedes Fahrrad-Geschäft verkauft soliden Leuten unter den von Ihnen gewünschten Bedingungen ein Rad.

A. M. Darüber können wir leider nicht Auskunft geben.

W. Möhling. Die Beschwerde an das Kammergericht müßte von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein. Da die Ablehnung der Beschwerde wahrscheinlich ist, die Ablehnung aber 50 M. Gerichtskosten erfordert, so ist zu einer Einlegung der Beschwerde nicht zu rathen. — **H. B. F. 15.** Die Kasse müßte für die ersten 13 Wochen aufkommen. Sie ist beim Magistrat, Gewerbedeputation, zu verklagen. Die Berufsgenossenschaft haftet erst vom Ablauf der 13. Woche ab. — **1000.** Wenn kein ausdrückliches Anerkenntniß im Jahre 1896 oder später erfolgt ist, so liegt Verjährung vor. — **P. K. 100.** Bleiben Sie bei der von Ihnen gewählten Art der Vertheidigung; Kläger muß abgewiesen werden. — **W. M. 15.** Ja — **E. Sch.** 1. Wenn kein Testament hinterlassen ist, erbt in der Mark Brandenburg die Ehefrau die eine Hälfte des am Todestage vorhandenen gemeinschaftlichen Vermögens, die Kinder die andere Hälfte. 2. Wenn Kinder vorhanden sind, nein. 3. Das Testament wäre giltig. — **J. L. 34.** Sie thun gut, mit den Papieren in der Sprechstunde vorzusprechen. — **N. R. 18.** An die Polizeibehörde. — **M. N. U.** 1. Eine Prüfung ist nicht vorgeschrieben. 2. Das Mündel müßte sich unter Darlegung der Verhältnisse an das Vormundschaftsgericht wenden. 3. Auch dies müßte dem Vormundschaftsgericht vorgetragen werden. — **A. B.** Die Mutter soll Ihre Brüder auf Alimentenzahlung verklagen. Ihre Brüder sind zweifellos verpflichtet. — **A. M. 43.** Sie müssen schleunigst unter Darlegung des Sachverhalts Beschwerde einlegen. Dieselbe ist an das Gericht zu richten und in ihr Aufhebung der Ordnungsstrafe zu beantragen. — **P.** Leider sind Sie zur Tragung des Schadens verpflichtet; der Maler ist im Rechte.

Briefkasten der Expedition.

Vertrauensmann der Vergolder. In Ihrer Annonce fehlt die Angabe des Versammlungslokals.

Witterungsübersicht vom 30. September 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = 4° R.
Swinemde.	762	WSW	2	bedeckt	11	Haparanda	773	Still	—	bedeckt	6
Hamburg	762	W	1	wolkenl.	7	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	761	Still	—	bedeckt	8	Cork	763	NNW	3	stb. bed.	12
Wiesbaden	760	N	1	heiter	6	Aberdeen	760	SO	4	bedeckt	13
München	759	NO	3	Regen	9	Paris	765	SO	3	Regen	8
Wien	759	NNW	3	Regen	11						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 1. Oktober 1898.
Ziemlich trübe und nebelig mit leichten Regenfällen und schwachen nördlichen Winden; Temperatur wenig verändert.
Berliner Wetterbureau.

Verband der in Buchbindereien,
der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin.)
Montag, den 3. Oktober 1896, abends 8½ Uhr,
in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstr. 75:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Th. Völker über „Die bildende Kunst und die Berliner Kunstausstellung.“ 2. Abrechnung vom Sommerfest. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Bevollmächtigte.

Billets zur Treptower Sternwarte à 80 Pf. (sonst 1,50 M.) und zum Aquarium à 40 Pf. sind im Bureau zu haben.

Morgen, Sonntag, vormittags 10 Uhr:
Morgensprache
der Leder- und Papiergalanterie-Arbeiter
im Restaurant von **Augustin, Kastanien-Allee 11.**
Sämmtliche im Norden und Nordosten wohnenden **Hausarbeiter** sind freundlichst eingeladen. 25/7

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10½ Uhr,
im Lokal von **Lehder,** Bismarck-Straße 74:
Bezirks-Versammlung für Charlottenburg
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Dr. jur. **Hugo Heinemann** über: „Der neue Strafgesetz-Entwurf in der Schweiz und das Koalitionsrecht in Deutschland“. 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Mitglieder zur Gründung einer eigenen Verwaltungsstelle, eventuell Neuwahl der Bezirksleitung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. — Gäste haben Zutritt. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Die **Bibliothek** befindet sich **Annenstr. 39, part.,** und ist geöffnet von 9—1 Uhr vormittags und von 4—7 Uhr nachmittags: **Dienstags und Donnerstags von 9—1 Uhr vormittags und 4—9 Uhr nachmittags.**
107/19 **Die Ortsverwaltung.**

Verein deutscher Schuhmacher
(Schäftebranche). (Filiale V.) 272/6
Heute, abends 9 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstraße 57:
Versammlung.
T.-O.: Berichterstattung der Delegirten von der Provinzialkonferenz.

Empfehle meine beiden Lokale 61759*
Pferdebucht bei Cöpenick und
Kiekemal bei Station Hirschgarten
den geehrten Ausflüglern aufs angelegentlichste.
Hochachtungsvoll **W. Magdeburg.**

Verein der Maschinisten, Heizer
und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 2. Oktober, nachm. 5 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 19—20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vierteljähriger Kassenbericht. 138/17
2. Bericht der Revisoren.
3. Anträge.
Der Vorstand.

Achtung, Vergolder!
Montag, den 3. Oktober, abends 8 Uhr:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Situationsbericht über den Streik der Versilberer. 2. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Die Kommission.

Verband der Möbelpolirer.
Montag, 3. Oktober, abends 8½ Uhr, Hermannstr. 197 (Rixdorf):
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Schriftsteller **Knaack** über: Die Volksschule der Gegenwart und Zukunft. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 147/8
Die Generalversammlung findet am 31. Oktober statt. Mitglieder, welche Anträge stellen wollen, werden ersucht, dieselben bis zum 17. d. bei J. Schulz, Memelerstr. 60a, einzureichen.
Heute Abend in sämmtlichen Zahlstellen: Ausgabe von Billets, Herren à 50 Pf., Damen à 30 Pf., inkl. Tanz, zu dem am 8. Oktober in **Keller's Festsälen, Koppenstr. 29,** stattfindenden
Stiftungsfest.
Auftreten der Gesellschaft Strzelewicz.
Prolog gesprochen von Frl. Richter. **Festrede** gehalten von Kollege G. Reuter.
Während der Vorstellung im kleinen Saal, nach derselben in beiden Sälen: **Ball.** — Zahlreiches Erscheinen erwartet
Das Komitee. Der Vorstand.

Ohne ärztliche Untersuchung
können männliche Personen in die Allgemeine Zuschuß-Kranken- und Sterbekasse für Arbeiter aller Berufe Deutschlands (E. H.-K., Sitz Meißen), gegr. 1891, eintreten. Diese Kasse bietet jedermann Gelegenheit, sich für den Krankheits- und Sterbefall genügend zu versichern. Eintritt vom 14. bis 50. Lebensjahre. Krankengeld wird auch Sonntags und Festtags gewährt. Zahlstellen können an allen Orten errichtet werden. Nähere Auskunft, Statuten u. s. w. durch den Geschäftsführer B. Reinhold, Meißen (Sachsen), Kleinmarkt 6.

Neu! **Charlottenburg.** Neu!
Die Mittheilung, daß ich **Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 64,** Ecke der Kantstr.,
eine **Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft**
eröffnet habe; von den einfachsten bis zu den elegantesten, speziell **Arbeitersachen jeder Art.** 61688*
Streng reelle Bedienung! Allerbilligste, jedoch feste Preise!
J. Rosenthal, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 64.

Wo? machen wir unsere Herrenpartie hin?
Zum alten 61602*
Freund auf Pichelswerder.

G. Lindenhayn, Grünau,
Friedrichstr. 1—2. — Wilhelmstr. 9.
Empfehle den geehrten Vereinen und Genossen auch für die Wintermonate mein Lokal und bitte dieselben, mich zu unterstützen, da mir seitens der Behörde jeder öffentliche Tanz untersagt ist.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Sprechst. 9-6. Zahnarzt **Wolf,** Leipzigerstr. 22. *

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Am Sonntag Tour nach **Teupitz.**
Abfahrt 6½ Uhr Schlesische Brücke. 19/4
Nächste Versammlung der Filiale I bei **Wilke.**

Borstenberger'sche Sterbekasse No. 31.
Gegründet zu Berlin 1845.
Aufnahme neuer Mitglieder an jedem ersten Sonntag im Monat nachmittags von 4 bis 7 Uhr bei **Kummer,** Ackerstraße 13; Männer wie Frauen, welche gesund sind u. das 45. Lebensjahr nicht überschritten haben, können der Kasse beitreten. 13265
Beitrag jährlich 3,20 M.
Sterbegeld 45 = 90 M.
C. Wünsche,
N., Ackerstr. 65.

Theater-Vereine.
Vereinszimmer, event. mit kleiner Bühne, auch Sonntags zu vergeben Neue Hochstr. 49. 13365

Flora-Säle
1000 Pers. faß. Elektr. Beleuchtung.
Besitzer: Bernh. Nieft, Weberstr. 17.
Sonnabende Septemb. bis Dezember gratis zu vergeben. *
Empfehle Freunden u. Genossen mein
Weiß- u. Bayrisch-Bierlokal.
A. Kubaczewski, 967b
Stallschreiberstraße Nr. 55.

Empfehle mein **Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal, franz. Billard, separ. Vereinszimmer.**
Albert Becker,
59749* **Blumenstr. 49.**

Vereinszimmer
20 Pers., zu vergeb. Reichenbergerstr. 10

Jeden Morgen
von **7 Uhr** ab: Verkauf von **Liesen, Rückenfett, Knochenfleisch** 2c., **Bratenschmalz,** sowie alle übrigen Fleisch- und **Wurstwaaren** z. billigst. Preisen.
Wurstfabrik
Wilhelmstr. 56,
Hof rechts. [13278*

ff. Harzer Kanarien-Roller
mit prachtvollen Touren, Licht- und Kunstsänger, à St. 6, 8 10 u. 12 M., 3 St. 15, 20, 25 u. 30 M. mit Porto u. Verpackung; gebe dieselben 14 Tage auf Probe, jedoch nur gegen Nachn. oder Betrag vorher einsenden. Anfr. mit Retourmarke an 61330*
L. G. Müller, Vogelzüchterei in Nordhausen a. Harz.

Größte Auswahl in **Hosen, Joppen** und **Knaben-Garderoben** bei
Ferd. Drescher, [13406
Lübbenerstr. 1, Ecke Görlitzerstraße.

Betten, Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Portièren, Regulateure, Remontoir-Uhren, Anzüge, Hosen, Reisekoffer, Operngläser spottbillig
Pfandleihe Neanderstr. 6.

Schaukasten billig Manteuffelstr. 8, Laden. [13235

Schlafst. f. 2 anständ. Herren sofort Frau Dümmeler, Waldemarstr. 69, v. I.

Schlafstelle sofort zu vermiethen für 1 anständ. Herrn b. Schulz, Schlesischestraße 6, Querged. I. 13415

Möbl. Schlafstelle, Flureing., 2 H., bei Anschütz, Admiralstr. 16 v. III.

Schlafstelle, separat, 2fenstr. Stube, Markgrafenstr. 9 Querg. III. geradezu,

„Eigentum des Vorstandes der SPD“

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 1. Oktober.

Opernhaus. Siegfried. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Raub der Sabinerinnen. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Cyrano von Bergerac. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Großmama. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Zaza. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Eugen Onégin. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Frühlingswende. Hierauf: Eifersucht. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Mauerblümchen. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Napoleon oder: Die hundert Tage. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Die Geier-Wally. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Heinrich Heine. Vorher: Ein kleines Mißverständniß. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Eine Ehrlose. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Unser lustiges Berlin. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Jocko's Streiche. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Sonnabend:
Mauerblümchen.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Die Haubenlerche.
Sonntag abends 8 Uhr:
Mauerblümchen.
Montag:
Mauerblümchen.

Central-Theater

Direktion: Josef Ferenczy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Theehaus-Geschichte.
Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von C. M. Röhr und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Hr. Kapellmstr. C. Goldmann. Kassenöffnung ½7 Uhr, Anf. ½8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.**
Sonntag Nachmittag zu bedeutend ermäßigten Preisen: **Die Fledermaus.** Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55—57.
Direktor: Rich. Schultz.
Novität. Zum 28. Male: Novität.
Das Paradies der Frauen.
Im 2. Bilde: **Die Moden des Jahrhunderts.**
Im 5. Bilde: **Eva's Vermächtniß.**
Anfang d. Vorst. ½8 Uhr, Ende gegen 11 Uhr. Morgen u. folgende Tage: **Das Paradies der Frauen.**

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Jocko's Streiche
Englische Burleske in 3 Akten von W. Sallis.
Jocko: Paul Herbig
vom Stadttheater in Nürnberg als Gast.
Mit grösstem Lacherfolge aufgeführt am Volks-Theater in München und Apollo-Theater in Nürnberg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Volksvorstellung** zu kleinen Preisen: **Maria Stuart.**
Abends 8 Uhr: **Jocko's Streiche.**

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Die Geier-Wally.
Schauspiel in 5 Akten nach d. Roman von Wilh. v. Hillern, bearbeitet von Hildebrandt.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Sonntag Nachmittag kleine Preise: **Kean.** Abends: **Die Geier-Wally.**

Max Kliem's Theater.

Hasenhaide Nr. 14—15.
Täglich im Theater-Saal:
Vorstellung.
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 5½ Uhr.

Thalia-Theater.

Sonntag, den 2. Oktober 1898, nachmittags 3 Uhr:
Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.
Zum ersten Male:
Die Braut von Messina.
Ein Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5—10 Uhr.

Kunst-Schaubühne

in der **Urania,**
Invalidenstrasse No. 57.
Sonntag, den 2. Oktober, 5 Uhr:
Im Lande der
Pyramiden.
Parquet 1 M., Stehpl. 50 Pf.

Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Im Theatersaal von 6 Uhr ab:

Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entrée.
Neues Oktober-Programm.
Heute 25 Pf. Entree.
Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

Castan's Panopticum.

Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Helmerding.
Unser lustiges Berlin.
Große Gesangsposse in 4 Bildern von E. Sondermann u. Ch. Bischoff.
Couplets von Alfred Bender.
Musik von Curt Goldmann.
Anf. 7½ Uhr. Morgen: Dieselbe Vorst.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang präzise 8 Uhr.
Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Logen 1 bis 2 M. Tageskasse 11—1 Uhr.

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen und Schauspiel-Ensemble
Zum Schluß:
Der liebe Onkel.
Lustspiel in 4 Akten von Rudolph Kneisel.

Zum Todten-Sonntag

„Die Weber"
werden noch **Vereine** zur Betheiligung betreffs Abhaltung einer großen **Vorstellung** gesucht. 13296
Theater-Verein „Erika".
Dienstags Mauteuffelstr. 9 Restaur.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 118.
Direktion: **E. Waldmann.**
!Prolongirt!
Consuela Tortajada.
Neu!
Familie Agoust.
Ein Pariser Restaurant.
14 Debuts.
Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: **Richard Winkler.**
Novität! **Täglich:** Novität!
Tantalus
oder: **Hungrige Liebe.**
Schwank in 1 Akt v. Georg Kaiser.
Neu! Neu! Neu!
Das verschleierte Ballet!
Operetten-Burleske von Stix. Musik von Roth. In Szene gesetzt von Otto Wendt.
Gesammtauftreten des durchweg neuengagirten **Künstler- und Spezialitäten-Personals.**
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Frödel.
Das neue Oktober-Programm.
Neu! Wilhelm Frödel **Neu!**
als Fahrrad-Dienstmann in der Ausstattungs-Ges.-Posse
Berlin, wie es liebt und radelt!
Neu! Kriesel's Neu!
amerikanische Doggen-Meute
Der Indianer-Ueberfall.
Die Kraft-Turner Sahlsdorf.
Auftreten des vorz. **Schauspiel- u. Künstlerpersonals.**
Nur noch kurze Zeit!
Elsa Ballani.
Anfang 7½ Uhr, Sonntag 6 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf Vorm. v. 1-11 Uhr.

Olympia-Theater

(Circus Renz) Karlstrasse.
Heute u. folgende Tage:
Größter Schlager der Saison
MENE TEKEL
Anfang 7½ Uhr.
Parquet 2,10 M. inkl. Garderobe.
Vorverkauf v. 10 Uhr vorm. an.

Volks-Theater im Welt-Restaurant

Dresdener-Straße 97.
Novität! Täglich: Novität!
Isabella.
Komische Oper von Franz von Suppé.
Novität! Novität! Novität!
Außerdem der reizende Schwank: Neu!
Die Unentbehrliche.
Kolossaler Lacherfolg!
Gesammtauftreten des durchweg neu engagirten **Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.**
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons haben an allen Wochentagen Giltigkeit. — Direktion: **A. Kolig.** Artistischer Leiter: **A. Runge.**

Circus Busch.

Sonnabend, den 1. Oktober 1898, abends 7½ Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Neues glänzendes Programm.
Auftr. d. Hrn. **Franz Gebhardt,** Ritter v. p., bisheriger Chef der k. k. spanischen Hofreitschule in Wien.
Zum 1. Male auf dem Lippizaner-hengst **Conversano.**
Außerdem: Aufzug sämmtlicher Reitertypen in prunkhaftester Ausstattung.
Zusammenkunft der Blumen, gr. Ballet-Divertissement. (150 Dam.)
Die neuen Freiheitsdressuren d. Dir. Busch. Auftr. des ausgezeichneten Reitkünstlers **Mr. Leon.** Eigerl-Klown **Mr. Alf. Daniels.**
Morgen, Sonntag: **2** gr. brill. Vorstellungen nachm. 4 Uhr u. abds. 7½ Uhr.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
Heute, Sonnabend:
Die beiden Waisen.
Schauspiel in 6 Akten von Oxenfurt.

Mähr's Theater

Oranienstr. 24.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Charley's Tante.
Burleske.
The tree Brothers Wells, Akrobaten an den hängenden Ketten.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.

Filz- u. Seiden-Hutlager

Einsegnungs-Hüte von 1,50 M. an.
Herrenhüte v. 2,50 an.
Etabl. 1872. **P. Grund,**
1. Geschäft: **Brunnenstraße 180.**
2. Geschäft: **Dresdenerstraße 134,** 5945* am Kottbuser Thor.

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitschke,** gegründet 1872, **Skalitzerstr. 13.** Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. *

Geschäfts-Eröffnung!

Sonnabend, den 1. Oktober 1898
eröffne ich hier
Muskauerstrasse 55/56
(Ecke Pücklerstrasse 39|40)
die erste Abtheilung meines
Consumhauses.

Das „Consumhaus" stellt eine verbesserte Form des Waarenhauses dar.

Ich biete **sämmtliche** Waarenhaus-Artikel, nicht etwa einzelne Lockmittel, zu

aussergewöhnlich billigen Preisen
bei nur guten Qualitäten.

Sämmtliche Käufe werden an meiner Kasse quittirt. Die Scheine bitte aufzuheben.

Ein Dritttheil des Reingewinnes soll an die Abnehmer vertheilt, ein weiteres Dritttheil als Tantièmen und Gehaltserhöhungen der

Mitarbeiter

verwendet werden.

Herrmann Schlesinger

Berlin SO.
Pücklerstr. 39.

Achtung! Schöneberg! Achtung!

Das seit 14 Jahren bestehende Geschäft von
Adolf Ertz, Inhaber: **H. Behrend**
verlege ich nach **Hauptstraße Nr. 129** und führe **Anzüge** für Herren und Knaben sowie **Arbeiter-Garderobe** in bewußter prima Qualität weiter. 6153L*

M. Schulmeister

Schneidermeister
Dresdenerstr. 4 **Hauptstr. 143**
Kottbuser Thor, **Schöneberg,**
empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

Hohenzollern-Mäntel mit einer 5 Mtr. weiten Pellerine in schwarz, grau, blau u. modefarben, von	Mk.	25 an.
Winter-Paletots aus Eskimo, Floconné- und Krimmer-Stoffen, schwarz, blau, braun und modefarb., 1- u. 2reih., mit Lama gefüttert	Mk.	16–40
Winter-Joppen wasserdichte Stoffe in allen modernen Farben	„	5–15
Jaquet-Anzüge in gediegenen woll. Zwirnstoffen, Covercoats ꝛc.	„	16–34
Rock-Anzüge in guten, wollenen, schwarzen Kammgarn- u. Satinstoffen, moderne Façons	„	25–38
Gehrock-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- u. Kammgarn-Stoffen, 2reih.	„	30–45
Sport- u. Radfahrer-Anzüge, Loden-Mäntel	v.	9 M. an.
Beinkleider in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Kammgarn und Cheviot	v. Mk.	5–10
Knaben-Paletots u. -Anzüge, kleidsame Façons in gr. Ausw.		
Schul-Anzüge in Cheviot, Velour- u. dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- u. 2reihig	von	5 Mk. an.

Arbeitersachen für sämmtl. Gewerke zu den billigsten Preisen.
Bestellungen nach Maaß von englischen, französischen u. deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1878. Telephon Amt IV 447.

Rasiren 5 Pf.

Haarschneiden 20 Pf., Kinder 15 Pf.
Schnelle, saubere Bedienung.
H. Freimüller,
5883*] **Dresdenerstr. 3.**
am Kottbuser Thor.

Wo kaufen Sie

Ihre Zigaren? Bei [5055*
Binnebösse, Schillingstr. 36.

Erkläre den Portier Herrn **Karl Bussas** für einen ehrenhaften Mann.
13256* **Elise Guth.**

Bitte zu beachten!
Den Genossen sowie allen Freunden und Bekannten von **Moabit** zur Nachricht, daß ich am 1. Oktober Rostockerstr. 55 eine **Besohl- und Reparatur-Werkstatt** sowie für **Maaßarbeit** neu eröffnet habe.
Um geneigten Zuspruch bittet
K. Grasnickel, Schuhmachermstr., **Rostockerstr. 55.**

CARL HAGENBECK's INDIEN.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
Sonntag, den 2. Oktober:
Unwiderruflich letzte Vorstellung
Drei grosse Gala-Abschieds-Schaustellungen der Indier in d. gedeckten Riesenarena: 3, 5, 7 Uhr; als Schluss der letzteren:
Grosser Revanche-Ringkampf
zwischen **Bhabool Khan** und **Theodor Heidtke,**
Siegespreis 100 Mark.
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Poetzsch in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Volkswirthschaftliche Rundschau.

Anfänge der Volkswirthschaft.

Die mit Beginn unseres Jahrhunderts im Gefolge des Ueberganges zur maschinellen Großproduktion sich vollziehende Umgestaltung der bisherigen wirthschaftlichen Verhältnisse lenkt naturgemäß den Blick auf die dem Bestehenden vorangegangenen älteren Wirthschaftsformen zurück, wie sie sich theilweise noch in den weniger entwickelten Ländern erhalten hatten. Besonders fesselten die früheren Agrarwirthschaftsformen das wissenschaftliche Interesse. Einmal, weil noch immer die Landwirthschaft als wichtigster Produktionszweig galt und je weiter man in die zurückliegenden Zeiten hinabstieg, desto mehr als breite Grundlage des ganzen Wirthschaftslebens erschien, und zweitens, weil die wirthschaftstechnische Bedeutung der vor sich gehenden Umwälzung noch den Wenigsten klar war und daher die Aufmerksamkeit vor allem sich auf die Rechtsverschiebungen richtete, für deren Beurtheilung in den alten Dorf- und Mark-Verfassungsurkunden, den Flurordnungen, Wald- und Feldrechten ein überreichliches Material vorlag. So entstand denn in Deutschland und dem skandinavischen Norden in den dreißiger, vierziger Jahren eine fleißige, agrargeschichtliche Forschung, die zunächst meist an die vorhandenen Ueberreste der alten Landgemeinde-Verfassungen anknüpfte und deshalb zunächst einen lokalgeschichtlichen Charakter trug, später jedoch auch zu allgemeineren Darstellungen fortschritt. Erinnert sei in dieser Hinsicht nur an die Namen Kindlinger, Dahlmann, Falck, Olufsen, Hanssen, Stüve, Haxthausen, Grimm, Landau, Thudichum, Waitz, besonders aber an Maurer, der zuerst die lokalen Untersuchungen seiner Vorgänger gesammelt und durch eigene Forschungen ergänzt in seiner „Einleitung zur Geschichte der Mark-, Hof-, Dorf- und Stadtverfassung" (München 1854) unter einheitlichen Gesichtspunkten zur Darstellung brachte.

Das Ergebniß dieser Untersuchungen war, daß man die bei den Germanen in ältester Zeit vorgefundenen Grundeigenthums- und Anbauformen als allgemeine typische Urformen des Ackerbaues auffaßte, die überall dort zu finden sein müßten, wo ein Volk aus niederen wirthschaftlichen Zuständen zur „Erfindung des Ackerbaues" fortschreite: eine Auffassung, die noch mehr Geltung erlangte, als dann bei weiterer Nachforschung auch bei den romanischen und slavischen Völkern, den alten Indern, Chinesen, Peruanern ꝛc. — auf die Mexikaner hatte schon Maurer hingewiesen — ähnliche Ackergemeinschaftsformen entdeckt wurden. Nun stand fest: die Wirthschaftsweise der alten Germanen, wie sie uns Cäsar und Tacitus schildern, das ist die Wirthschaftsstufe aller primitiven Ackerbauer. Daß neben den relativ hochentwickelten Völkern, bei denen man derartige Agrarformen entdeckt hatte oder entdeckt zu haben glaubte, andere Stämme saßen, die, wie z. B. die Indianer und Ozeaner, davon abweichende, noch primitivere Anbauformen hatten, zog man nicht in betracht. Für den Wirthschafts- und Rechtshistoriker waren diese „Wilden" einfach „Menschen im Naturzustande", die weit unter der Stufe jener Gesittung standen, die mit dem Ackerbau beginnt: eine Ansicht, zu der nicht wenig die ebenfalls aus einseitigster Berücksichtigung der arischen Wirthschaftszustände entstandene Meinung beitrug, daß die Viehzucht dem Ackerbau voraufgeht und alle Wirthschaftsentwicklung sich nach dem Schema: Jäger, Hirte, Ackerbauer vollzieht. So war es denn nur natürlich, daß, als im Jahre 1874 der belgische Nationalökonom Emile de Laveleye die Resultate der bisherigen agrargeschichtlichen Untersuchungen zusammenstellte und diesem Werk den Titel „De la propriété et de ses formes primitives" gab*), das Buch in den fachwissenschaftlichen Kreisen allgemeine Anerkennung fand, obgleich es sich darin zumeist gar nicht um primitive Formen handelt, selbst wenn man das Wort nur auf Grundeigenthumsverhältnisse bezieht.

Auch als in den letzten Jahrzehnten durch die zunehmenden ethnologischen Forschungen die Wirthschaftsverhältnisse der sogen. Naturvölker mehr und mehr aus dem früheren Dunkel hervortraten, zog daraus die Wirthschaftshistorik nur äußerst geringen Nutzen. Die neuerlangten Aufschlüsse nutzbringend für ihre Gebiete zu verwerthen, das verstanden nur die Soziologie und die Kulturgeschichte (vergl. speziell J. Lippert's „Kulturgeschichte der Menschheit in ihrem organischen Aufbau", Stuttgart 1886/87); dagegen sind die in dieser Richtung unternommenen Versuche der Wirthschaftshistoriker meist recht kläglich ausgefallen. Selbst Lamprecht's Schilderung der germanischen Urzustände im ersten Bande seiner „Deutschen Geschichte" ist durchaus einseitig, von den niedlichen Leistungen Brentano's und Richard Hildebrand's zu schweigen. Bringt es doch der letztere in seiner Schrift „Recht und Sitte auf den verschiedenen wirthschaftlichen Kulturstufen" (Jena 1896) fertig, die Papuas, Melanesier und Neuseeländer den reinen Jägervölkern zuzuzählen und die Bintenne-Weddas, Ainos, Kukis ꝛc. mit unseren germanischen Vorfahren auf dieselbe Wirthschaftsstufe zu stellen, um dann daraus den Schluß zu ziehen, die Angaben Maurer's, Gierke's, Hanssen's, Lamprecht's ꝛc. über das Gemeinde-Eigenthum und die alte deutsche Markgenossenschaft seien nur „Hirngespinnste".

Umsomehr ist der Versuch eines Eindringens in die wirthschaftlichen Urzustände anzuerkennen, den kürzlich Prof. K. Bücher in den beiden ersten Kapiteln seiner in zweiter Auflage erschienenen „Entstehung der Volkswirthschaft" (Tübingen 1898), sowie in einer kleineren Schrift „Die Wirthschaft der Naturvölker" (Dresden 1895) unternommen hat. Nicht als wenn Bücher gleich auf den ersten Wurf das Problem gelöst hätte; er bietet nur Ansätze und zwar zum theil recht oberflächliche Ansätze — immerhin aber bedeutet seine Behandlung der Materie gegenüber den älteren Darstellungen einen entschiedenen Fortschritt. Die bisher trotz aller Anfeindung noch immer gebräuchliche, schon von Herder als irreführend gekennzeichnete Eintheilung des wirthschaftlichen Entwicklungsganges in eine Jagd-, Viehzucht-, Ackerbaustufe verwirft Bücher vollständig. Die Art des Nahrungserwerbes ist nach seiner Ansicht nicht lediglich eine Frage der technischen Entwickelung, sondern hängt auf den unteren Stufen wesentlich von den Naturbedingungen ab. In bezug auf technische Kunstfertigkeit ständen, sagt er, noch heute manche Jäger- und Nomadenvölker weit über sogenannten Ackerbauern, und neuerdings sei man zu der Annahme gekommen, „daß die Nomaden eher als verwilderte Ackerbauer zu betrachten seien" („Wirthschaft der Naturvölker" S. 9).

Das letztere ist nun allerdings bloße Annahme, die bislang noch jeglichen Beweises entbehrt. In den äußerst wenigen Fällen, wo sich eine Abwendung vom Ackerbau und Uebergang zu mehr reiner Viehwirthschaft bei einem Nomadenvolk nachweisen läßt, so z. B. bei den Kara-Kirgisen, handelt es sich um Ausnahmen. Jedenfalls aber ist die Viehzucht keine allgemeine Vorstufe des Ackerbaues; vielmehr hat sich aus dem Jägerleben, das allenthalben die unterste Stufe gewesen ist, je nach den besonderen natürlichen Bedingungen hier eine primitive Viehwirthschaft, dort ein primitiver Landbau entwickelt. In Australien und Ozeanien z. B., wo es an einheimischen Thieren zur Zucht fehlte, konnte keine Viehzucht entstehen. Ein Aufschwung von der Jäger- zu einer höheren Entwickelungsstufe konnte dort nur durch Uebergang zum Anbau erfolgen; dagegen ist wieder in der arktischen Zone oder in wasserarmen Steppengebieten keine eigentliche Ackerwirthschaft möglich.

Ist das aber richtig, und die wirthschaftlichen Zustände der sogen. Naturvölker bestätigen die Richtigkeit, so ist es ein Nonsens, die Urzustände der arischen Völker, besonders der Germanen und Slaven, als Normaltypen zu setzen und nach diesen dann den gesammten wirthschaftlichen Entwickelungslauf zu beurtheilen. Der Uebergang der Germanen und Slaven zum Ackerbau erfolgte von einer hochentwickelten nomadischen Viehwirthschaft aus, wie wir sie ähnlich — neuere Kulturelemente natürlich abgerechnet — in den westsibirischen Steppen vorfinden. Eine solche Viehwirthschaft führt aber nicht nur zur Ausbildung ganz besonderer Kunstfertigkeiten, ganz anderer Eigenthumsformen, Familienverfassungen, Rechts- und Moralanschauungen, wie das Jägerleben sie zeitigt, sondern es bedingt auch der Fortbestand der Viehwirthschaft neben dem primitiven Anbau ganz andere Anbauformen, Feldsysteme, Haus- und Hofanlagen ꝛc. Die Vorbedingungen sind in beiden Fällen durchaus verschieden. Deshalb aber kann das Wirthschaftsleben unserer arischen Vorväter auch nicht als typisch gelten; eher könnte man es als „anormal" bezeichnen, denn in ganz Amerika und Ozeanien, wie auch den größten Theilen Afrika's ist der Uebergang zum Ackerbau von der Jägerstufe aus erfolgt.

Zu solchen Folgerungen gelangt indeß Bücher nicht. Die Verschiedenheit der Entwickelungsgänge in dieser Beziehung kommt ihm nicht voll zum Bewußtsein, obgleich er mehrfach den Einfluß der Naturbedingungen auf die Wirthschaftsgestaltung hervorhebt und S. 15 seiner „Entstehung der Volkswirthschaft" sogar daraus den Schluß zieht, daß, da im einzelnen die Wirthschaft durchaus von den Naturbedingungen abhängig sei, es keinen Sinn hätte, „Entwickelungsstufen konstruiren zu wollen, die für Neger und Papuas, Polynesier und Indianer gleichmäßig passen sollten". Immer wieder beurtheilt er die Wirthschaftskultur der nichtarischen Rasse von Gesichtspunkten aus, die einseitig unserer eigenen früheren Entwickelung entlehnt sind; manchmal allerdings auch umgekehrt die Wirthschaftsinstitutionen der altgermanischen Zeit nach dem Leben der heutigen Ozeanier und Neger. Das zeigt sich gleich in seinen Ausführungen über die erste Form des Anbaues, den er als einfachen „Hackbau" schildert, welchen anfangs ausschließlich die Frau neben ihrer bisherigen Thätigkeit des Einsammelns von wildwachsenden Früchten und Wurzeln betreibt; der Mann besorgt höchstenfalls die gröberen Rodungen (Entstehung der Volkswirthschaft S. 14). „Ueberall scheint der Ackerbau," sagt Bücher S. 15 seiner „Wirthschaft der Naturvölker", „ursprünglich Frauenarbeit gewesen zu sein, und als solche ist er eine große kulturfördernde Macht. Die Frau hat den Ackerbau erfunden, offenbar im Anschluß an das Wurzelsuchen, das sie seit uralter Zeit geübt hatte; mehlhaltige Knollen und Wurzelgewächse bilden deshalb den Grundstock ihrer Pflanzungen."

Diese Darlegungen sind zwar an und für sich richtig, gelten jedoch nur für die Völker, die den Uebergang zum Ackerbau als Jäger gemacht haben. Bei den vorgeschritteneren Hirtenstämmen, die etwas Landbau treiben, fällt die Last des Ackerbaus, wie sich bei den asiatischen Nomaden zeigt, nicht der Frau zu — sie hilft nur nöthigenfalls — sondern den Verarmten und Halbfreien. Zudem besteht zwischen den Betriebssystemen ein bedeutender Unterschied; der Ackerbau der Völker, die nebenher Jagd und Fischfang treiben, ist nur erweiterter Gartenbau, der Ackerbau der Halbnomaden hingegen Feldbau, meist nach dem System der extensiven Feldgraswirthschaft.

Speziell den arischen Wirthschaftsverhältnissen entlehnt ist auch die Anschauung, als gäbe es auf den unteren Stufen der Ackerwirthschaft kein Sondereigenthum an Grund und Boden, als sei alles Land „Gesammteigenthum des Stammes oder der Dorfgemeinschaft" („Die Wirthschaft der Naturvölker" S. 13). Gewiß giebt es zuerst nur Stammes- oder Dorf- resp. Geschlechtsgrundbesitz. Innerhalb des gemeinsamen großen Jagdreviers finden eben alle genug Raum, und da die Bevölkerung nur dünn ist und die Ansprüche anfangs sehr bescheiden sind, mag jeder vom Land nehmen, was er will, und anbauen wo er will, so lange er nur dem gleichen Recht der anderen Genossen nicht in die Quere kommt. Vermehrt sich aber die Bevölkerung, wird der Boden im Verhältniß zur Nachfrage nach Land knapper und knapper, so bilden sich, begünstigt durch Eroberungen und vorhandene Reichthumsunterschiede, bald allerlei Vorrechte und spezielle Besitzrechte heraus, die schließlich zu ganz sonderbar verwickelten Grundeigenthumsverhältnissen führen können, wie die zuerst nach Neuseeland und den Viti-Inseln gesandten englischen Verwaltungsbeamten zur genüge erfahren haben. Wie schnell sich dieser Prozeß vollzieht, hängt von den besonderen lokalen Umständen ab; während bei den ackerbautreibenden nordamerikanischen Indianern zur Zeit ihrer ersten Bekanntschaft mit den Europäern der Boden sich noch völlig im Gemeinbesitz der Stämme und Dörfer befand, finden wir in Polynesien neben dem Gemeineigenthum überall ein ausgeprägtes Sondereigenthum der Einzelnen und der Großfamilien, dem sich öfter noch verschiedene Formen eines durch Eroberung und Eingliederung entstandenen Obereigenthums und Schutzeigenthums anschließen.

Ebenso beurtheilt Bücher die „geschlossene Hauswirthschaft" der Naturvölker ganz nach dem Prototyp der altgermanischen Ackerbaufamilie. Die tiefen Unterschiede, die eine frühzeitige Entwickelung des Tauschverkehrs auf die hauswirthschaftlichen Verhältnisse hervorzubringen vermag, kommen nur ungenügend in Ansatz. Unbekannt ist ihm allerdings auch diese Thatsache nicht, wie die Bemerkungen S. 80 seiner „Entstehung der Volkswirthschaft" beweisen: „Der Tauschverkehr erweitert sich durch das beschränkte Vorkommen mancher Naturgaben und die örtlich gebundene Produktion vielbegehrter Güter; ja er kann einen ziemlich beträchtlichen Umfang annehmen, wenn die einzelnen Hauswirthschaften klein, die natürliche Ausstattung benachbarter Gebiete auffallend ungleich ist." Und in einer Anmerkung fügt er hinzu: „Diesem Umstande ist der verhältnißmäßig reich entwickelte Wochenmarktverkehr des alten Griechenland und der heutigen Negerländer zuzuschreiben; in Ozeanien ruft die Kleinheit der Inseln und die ungleiche Entwickelung des Hausfleißes wie des Feldbaues bei ihren Bewohnern sogar stellenweise einen lebhaften Seeverkehr hervor."

Derartige richtige Ausführungen lassen sich mehrere aufzählen; aber sie bleiben theoretische Ansätze, die auf die Schilderung der thatsächlichen Verhältnisse nur geringen Einfluß haben. So fertigt er z. B. die von Reisenden berichtete Thatsache, daß sich auf den Südsee-Inseln theilweise schon besondere Handwerkerstände gebildet haben, einfach mit der Bemerkung ab (Wirthschaft der Naturvölker S. 22), bei näherer Prüfung hätten sich diese Aussagen nicht bestätigt; und S. 25 stellt er gar die Behauptung auf, es bestände nur „ein Tauschverkehr von Stamm zu Stamm."

So einfach, wie Bücher unterstellt, liegen die Wirthschaftsverhältnisse keineswegs. In der Südsee finden wir schon auf Neu-Guinea bei den Papuas an verschiedenen Punkten einen lebhaften Austauschverkehr, im Norden speziell zwischen der Annohuerschaft der Astrolabe-Bai und den Bilibili-Inseln, im Süden vornehmlich am Port Moresby und der Hood-Bai. Selbst eine ziemlich weitgreifende Arbeitstheilung hat sich schon an einzelnen Stellen durchgesetzt, indem einzelne Dorfschaften sich fast ausschließlich auf Fischfang, andere ausschließlich auf den Landbau und eine industrielle Thätigkeit beschränken, und dann ihre Produkte auf öffentlichen Märkten gegeneinander austauschen, Lebensmittel sogar zum theil in verarbeitetem Zustande. Die Fische z. B. werden, um sie vor dem Verderben zu schützen auch geröstet und getrocknet auf den Markt gebracht. (Vergl. O. Finsch, „Hausbau, Häuser und Siedelungen an der Südostküste von Neu-Guinea", S. 12). Daß dieser Tauschhandel nicht innerhalb der Dorfschaft, sondern von Dorf zu Dorf resp. von Stamm zu Stamm getrieben wird, ist richtig; doch bringt nicht das Dorf als solches durch beauftragte Häuptlinge oder Vorsteher seine Tauschartikel in den Handel; jede Einzel- oder Großfamilie handelt nach ihrem eigenen Belieben und somit sind die ersten Ansätze zu einer sozialen Differenzirung gegeben. Noch mehr gilt dies vom Bismarck- und Salomon-Archipel. Auf einigen nördlichen Inseln des letzteren wird die Töpferei beinahe, wie man sagen kann, manufakturmäßig betrieben. Thatsächlich finden wir denn auch schon auf Neu-Pommern überall regelmäßige Märkte eingerichtet, auf denen aus weitem Umkreis her die benachbarten Tribes ihre Ackerbauprodukte, Geflügel, Schweine, Kanoes, Holz- und Tongeräthe zum Verkauf bringen und zwar wird nicht Produkt gegen Produkt ausgetauscht, sondern die meisten Verkäufe werden in Muschelgeld (Diwarra) abgeschlossen. Auch das Ausleihen von Muschelgeld gegen Zinsen ist schon gebräuchlich, gewöhnlich zum Satze von zehn Prozent; d. h. wer von einem anderen zehn Faden Diwarra leiht, muß nach Jahresfrist elf Faden zurückgeben.

Allerdings ist zumeist die industrielle Thätigkeit noch Nebenbeschäftigung neben dem Landbau und Fischfang; doch auch die ersten Ansätze zur Bildung bestimmter Handwerkerklassen lassen sich nachweisen. Wenigstens im südlichen Polynesien trifft man vielfach neben der landbesitzenden Klasse eine Schicht freier Landloser an, die theils gegen Abgabe von Naturalien den Grundbesitzern die Pflanzungen bestellen hilft, theils selbständig Fischfang oder bestimmte Handwerkszweige treibt und die gewonnenen Produkte gegen andere austauscht. Andererseits wieder finden wir, daß die höheren Stände, wenn sie auch große Pflanzungen besitzen, diese doch nicht selbst bewirthschaften, sondern von den niederen Klassen bestellen lassen, während sie selbst sich vortheilhafteren Gewerben zuwenden, der Tischlerei und Zimmerei, dem Bootsbau ꝛc., z. B. die Matabules und Muas auf Tanga. Gerade auf dieser frühzeitigen Entwickelung des Tauschverkehrs beruht in der Hauptsache die ganz eigenthümliche Standesschichtung der Polynesier, die zu der Einfachheit der demokratischen indianischen Verfassungen in so merkwürdigem Gegensatz steht.

Weil Bücher diese Verschiedenheit übersieht, bleibt ihm auch die Ursache der Sklaverei unbekannt. Er leitet sie aus dem Bedürfniß der Ackerbaufamilie nach Arbeitskräften ab. Nach der Niederlassung der Geschlechtsgenossenschaften in Dörfern und Höfen, so meint er (Entstehung der Volkswirthschaft S. 62), hätte sich der Gemeinsinn gelockert, es seien aus dem großen Verband engere patriarchale Hausgemeinschaften ausgeschieden, und um die aus der Auflösung der Sippengemeinschaft entspringenden Nachtheile auszugleichen, hätte man in den Kreis der Familie fremde Elemente einzugliedern gesucht. So sei die Institution der Sklaverei und der Hörigkeit entstanden (S. 65).

Das ist eine seltsame Ansicht, deren Unrichtigkeit schon dadurch widerlegt wird, daß sich die Sklaverei auch bei Viehzüchtern und selbst bei hochentwickelten Jäger- und Fischervölkern vorfindet, wie den Klinkit und Haidahs an der Nordwestküste Amerika's. Weit besser ist entschieden die Erklärung, die man oft hört, daß überall dort die Bedingungen für die Entstehung der Sklaverei vorhanden sind, wo die Produktion bereits soweit vorgeschritten ist, daß die Sklavenarbeit einen Ueberschuß zu liefern vermag. Doch auch diese Erklärung ist nicht erschöpfend, denn sie sagt uns zum Beispiel nicht, warum bei den meisten Negerstämmen und den Melanesiern die Sklaverei existirt, bei ungefähr auf gleich hoher Stufe des Ackerbaues stehenden amerikanischen Indianerstämmen dagegen nicht. Es kommt noch eine weitere Bedingung hinzu: es muß auch für den durch Sklavenarbeit gewonnenen Produktionsüberschuß die Möglichkeit eines Absatzes im Tauschverkehr gegeben sein.

Man sieht, Bücher's Versuch ist noch recht weit von einer Lösung der Aufgabe entfernt. Er steht noch zu sehr unter dem Einfluß älterer Wirthschaftsanschauungen und zieht aus seinen theoretischen Erörterungen nicht immer die Konsequenzen. Dennoch haben beide Arbeiten ihren Werth. Es ist doch endlich mal ein Anfang gemacht zu sachgemäßer, kritischer Verwerthung der ethnologischen Forschungsresultate für die Wirthschaftshistorik, und zwar ein Anfang, der auf sicheren theoretischen Grundlagen fußt. H. C.

*) Deutsche vermehrte Ausgabe unter dem Titel „Das Ureigenthum", herausgegeben von Dr. Karl Bücher, Leipzig 1879.

Elektromonteur-Kursus.
Praktische und technische Ausbildung. [1312b
Montag, Mittwoch und Freitag, abends 8—10 Uhr.
Seydelstrasse 30a.

Möbel und **Polsterwaaren.** Reelle Arbeit.
Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. [5878g*
Franz Tutzauer, Brunnenstraße 152.

Ausschließlich eigenes Fabrikat
Damen-, Herren- und Kinderwäsche,
Arbeiter-Hemden, Blousen, Jacken und Hosen,
Strumpfwaaren. 5008g*
D. Wurzel & Co., Wäsche-Fabrik,
17. Wrangelstrasse 17, Ecke Mantenffelstraße.

Kein Laden!

Größte Auswahl neu eingetroffener Formen!
Herrenhüte, weich, wetterfest, à 2,50 u. 2,75. | Cylinder, eleg. Form, à 7,50.
do. steif, von 1,75 bis 3,00. | Velourhüte, Neuheit, à 7,50.
Saison-Ausverkauf! Kinderhüte von 75 Pf. an. Herrenhüte, steif, von 1 Mk. an,
do. weich, „ 1,50 an.
Zu jedem Hut ein vergoldetes Monogramm gratis. Geöffnet bis 9 Uhr abends.
Alwin Sussmann, Hut-Engros-Gesch., Holzmarktstr. 38, parterre.

C. Joël's Victoria-Garten
Köpnicker Landstrasse am Treptower Park. 6032g*
Empfehle meinen großen Saal den geehrten Vereinen auch zu Winterfestlichkeiten.
Telephon-Amt IV 2724. **C. Joël, früher Andreasstr. 21.**

J. Wernau's Festsäle
Schwedterstr. 23-24.
Einige Sonnabende im November und Dezember an Vereine unter koulanten Bedingungen zu vergeben. 6136g*
Fernsprecher Amt III. Nr. 2440.

Quittungsmarken u. Kautschukstempel
lief. seit **20** Jahren für tausende Kassen u. Vereine
Jean Holze, Hamburg
Gr. Drehbahn 45.
Verlag sozial. Bilder.
Illustr. Preislisten gratis u. franco.
Soeben erschien das neue
Fraktionsbild d. soz.-dem. Partei 1898.

Bitte genau auf Nr. 35 zu achten.

Jede Uhr
repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gutgehens nur **1 Mark 50 Pf.** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pincenez.
Carl Lux, Uhrmacher,
35 Chaussee-Straße 35.

Herren- und Knaben- Hüte!
unbedingt am reellsten u. billigsten in **Kliefmann's Fbrklg., Mariannenstr. 33p.**
Herren- u. Knab.-Mützen spottbillig!

Blaue Köper-Anzüge und Mechaniker-Kittel
bequem gearbeitet.
C. Flach & Co., Spezialfabrik, **Köpnickerstr. 111, Hof part.**

Deutschlands bedeutende Schuh-Fabriken

[58218*]

Weltbekannt
durch
außerordentliche Haltbarkeit,
durch
vorzügliche Paßform,
durch
unerreicht billige, feste Preise,
durch
unübertroffene Leistungen
auf dem Gebiete
der Schuh-Industrie.

CONRAD TACK & CIE
SCHUHWAAREN & FABRIKEN
BURG b. MAGDEBURG

Wir unterhalten
in Berlin
folgende Verkaufsstellen
unter eigener Firma:
O. Andreasstraße 50.
S. Oranienstraße 65.
SW. Friedrichstraße 240–241.
W. Potsdamerstraße 57–58.
C. Rosenthalerstraße 14.
C. Spittelmarkt 15.
NW. Thurmstraße 37.
NW. Wilsnackerstraße 22.

Conrad Tack & Cie, Burg bei Magdeburg.

Maschin.-Kleidung

Maschin.-Jackets
Guter blauer Baumwollstoff, mit Steh- od. Umlegekragen, auch schräg an der Seite zum Knöpfen. Als Maass genügt Brustweite.

Qual. II	I	Blau Leder
1,90	2,10	2,80 u. 3,50

Maschin.-Hosen
Aus demselben Stoff wie obige Jackets. Als Maass genügen Leibweite und Schrittlänge.

Qual. II	I	Blau Leder
1,50	1,75	2,20 u. 2,80

Baer Sohn
Chausseestr. 24a Brückenstr. 11 Gr. Frankfurterstr. 16.
Aufträge v. 20 M. an franco.
Obige Preise gelten für normale Figuren.

Umsonst erhält Jedermann
das 11. reich illustrirte Preisbuch mit 12 Seiten Inhalt.

Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Annonce 5 pCt. 5875L*
Otto Gerholdt,
2 Dresdenerstr. 2, Ecke Skalitzerstraße

Für nur 7 Mark

versende ich gegen Nachnahme eine grosse, hochfeine **Concert-Accord-Zither** mit 6 Mannalen, 25 Saiten, fein poliert und elegant ausgestattet, mit Stimmvorrichtung, wundervoll im Ton und in einer Stunde zu erlernen. Versand complet mit neuester Schule, Notenständer, Schlüssel, Ring und Carton. Früherer Preis dieser Zither 16 Mark. Ein solches Prachtinstrument dürfte in keiner Familie fehlen. 3 manualige zu **3 Mark.** Täglich lobende Anerkennungen und Nachbestellungen. Man bestelle bei
Heinr. Suhr, Musik-Instrumenten-Fabrik, **Neuenrade i. W.**

Jeder **echte**

Auer-Glühkörper

trägt den

STEMPEL „AUERLICHT."

Plakat für Verkaufsstellen.

Plakat für Verkaufsstellen.

Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft

BERLIN C., Molkenmarkt 5.

Gr. Möbelverkauf,
passende Gelegenheit für Brautleute, Gneisenaustr. 15, Möbel-Ausstattungsmagazin, sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Möbel zu sehr mäßigen Preisen verkauft werden. Durch große Gelegenheits-Einkäufe zu billigen Preisen ist es mir möglich, schon Einrichtungen für 100 bis 300 Mark zu liefern, ferner herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 3000 Mark. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Besonders billig sind die an Herrschaften kurze Zeit verliehen gewesenen und zurückgesetzten Möbel, Kleiderspind 20, Küchenspind, Kommoden 15, Bettstelle mit Matratze 20, nußbaumfournirte Kleiderspinden und Wäschespinden 36 Mark, Muschelspinden und Vertikow 36, französische Muschelbettstellen mit Matratzen 40, Säulen-Kleiderspinden, Trumeaux, Plüschgarnitur 60 Mark. Buffets, Kouliffentische, Paneelsofas, Damen-, Herrenschreibtische. Gekaufte Möbel werden unentgeltlich 3 Monate aufbewahrt, durch eigene Gespanne transportirt. 5196Q*

Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8.
Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. 8½ 7-8.
Große Hamburgerstr. 20. I.

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4.
Wegen **Umbau** meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner 6126L*

Teppiche!
Gardinen!
Portièren!
Steppdecken!
Tischdecken!

zu **sehr billigen Preisen** zum

Ausverkauf!

Versicherungs-Bureau
Neue Friedrichstr. 71 II sucht Agenten für **Krankenkassen-, Feuer-, Glas-Versicherungen.** 1276b

Möbel, baar u. Theilzahlung, **billigst** Frankfurter Allee 110 I, Ecke Königsbergerstr.

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden. 10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, **1 Mark.** nur **neue moderne Sachen.** [6156L*
Prima Qualität 1,50 und 2,–.
Die beliebten **Arbeitshüte** immer noch **65 Pf.**
Hutfabrik-Komptoir Barnimstr. 4 u. 5.

Total-Ausverkauf
wegen vollständiger Auflösung des **Detail-Geschäfts** in
Teppichen,
Gardinen,
Portièren,
Tischdecken,
61779* **Steppdecken,**
Möbelstoffen
zu erstaunlich billigen Preisen.
Hermann Bursch,
Alte Jakobstr. 93.

Ausnahme-Preise
vom Sonnabend, den 1. Oktober bis Freitag, den 7. Oktober.

Herrenstiefel
4,50 5,50 6,50 8,35 Mk.
Dieselben sind mit Schaft und Gummizügen in allen Grössen und Weiten am Lager.

Damenstiefel
4,00 4,90 5,30 6,25 7,30 Mk.
in den feinsten Ausführungen.

Goodyear-Welt-Damen-Knopf-Stiefel.
Ein grosser Posten neuester Façons à Paar 7,90 Mk.

[6159L

Wichtig für Brautleute!
Möbel, Spiegel, Polsterwaaren verkaufe wegen Ersparniß der Ladenmiethe bedeutend billiger. Eig. Werkstelle i. Hause.
Tischlermeister,
Bukow, Invaliden-Straße 13.

Herren- und Knaben-Hüte, Kindermützen
giebt einzeln ab **Fabrik** 6069Q*
Markusstr. 50, Werkhof.
Sonntags nicht geöffnet.

Arbeitsmarkt.

Papierzuschneider
verlangen **Gutmann & Meyer,** Cartonfabrik, Greifswalderstr. 4.

Tücht. Farbigmacher, die auch versilbern, und ein **Arbeitsbursche** verl. **Mehring,** Wrangelstr. 12.

Einen ordentlichen Jungen zum Gängelaufen verlangt **Wilhelm Guttsmann,** Dresdenerstr. 75. 13335

Geübte Notenstanzerinnen oder Arbeiterinnen am Balancier sof. gesucht. **Deutsche Musikwerke,** Fehrbellinerstraße 45.

Stuhlflechterin sind. dauernde Beschäft. bei E. Schulze, Reichenbergerstr. 142.

Tapezirer-Lehrling verl. [33/14* Hollmann, Josephstr. 5.

Papierzuschneider,
durchaus perfekten, nur aus Kartonfabrik, bei 30 M. Lohn u. dauernder Stellung gesucht. Offerten unter **E. 6** an die Exped. d. Bl. 13275

Mädchen
auf Bronzefiguren verl. **Heinrichs,** Zionskirchstr. 50. 13345

Steppdecken-Näherinnen
finden dauernde Beschäftigung **Sachs, Neue Königstr. 60.**

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Poetzsch in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.